



Landtag von Baden-Württemberg

73. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 14. Juli 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 15:57 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5115	2. Zustimmung des Landtags zur Berufung von Mitgliedern der Landesregierung und Vereidigung	5133
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Reichardt . . .	5115	Ministerpräsident Teufel	5133
Umbesetzung in der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“	5115	Minister Pfister	5134
Erweiterung der Tagesordnung	5115	Minister Rech	5134
Abg. Drexler SPD (zur Geschäftsordnung)	5115	Ministerin Tanja Gönner	5134
Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	5117	Minister Mappus	5134
Abg. Dr. Noll FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	5117, 5118	3. Aktuelle Debatte – Schwerpunkte der Landespolitik für den Rest der Legislaturperiode – beantragt von der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE	5134
Abg. Birzele SPD (zur Geschäftsordnung)	5118	Ministerpräsident Teufel	5134
Abg. Kretschmann GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	5118	Abg. Drexler SPD	5140
Beschluss	5118	Abg. Kretschmann GRÜNE	5147
Verabschiedung der Abg. Dr. Inge Gräßle	5118	Abg. Oettinger CDU	5152
1. Regierungserklärung zum Verfassungsvertrag der Europäischen Union und Aussprache	5119	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5159
Ministerpräsident Teufel	5119	4. Antrag der Fraktion der SPD – Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung – Drucksache 13/3355 – dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	5166
Abg. Kretschmann GRÜNE	5124	Abg. Drexler SPD	5166, 5176
Abg. Herrmann CDU	5125	Abg. Kretschmann GRÜNE	5168, 5175, 5179
Abg. Rust SPD	5128	Abg. Oettinger CDU	5169
Abg. Theurer FDP/DVP	5130	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5170

Ministerpräsident Teufel.....	5172	Anlage	
Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung)	5178		
Beschluss	5178	Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzung in der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“	5180
Nächste Sitzung	5179		

Protokoll

über die 73. Sitzung vom 14. Juli 2004

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 73. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Dr. Gräßle und Frau Abg. Dederer erteilt.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Herr Kollege Klaus Dieter Reichardt hat heute Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich, Herr Kollege, und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall im ganzen Haus)

Im Eingang befindet sich die Mitteilung des Rechnungshofs vom 1. Juli 2004 – Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 2002. Sie ist Ihnen als Drucksache 13/3330 zugegangen. Ich schlage vor, die Mitteilung des Rechnungshofs, Drucksache 13/3330, an den Finanzausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP für eine Umbesetzung in der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnung um den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD – Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung –, Drucksache 13/3355, zu ergänzen. Zunächst sollte der Antrag nach einer Vereinbarung unter den Fraktionen als Punkt 3 b behandelt werden. Wie mir jetzt angezeigt wurde, beantragt die CDU-Fraktion die gesonderte Behandlung des Dringlichen Antrags unter einem neuen Tagesordnungspunkt 4.

Gemäß § 78 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung lasse ich darüber abstimmen, ob erstens die Tagesordnung um den Dringlichen Antrag ergänzt wird und zweitens der Dringliche Antrag unter Tagesordnungspunkt 4 der heutigen Tagesordnung behandelt wird.

Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen noch einmal nachvollziehen, was wir

in der Präsidiumssitzung für den heutigen Tag ausdiskutiert haben. Die SPD-Fraktion war der Auffassung, dass wir den heutigen Tag nicht ohne eine Debatte über die neue Regierung und die Regierungspolitik für die restliche Legislaturperiode verstreichen lassen können. Nur mit massivem Einsatz – ich sage es einmal vorsichtig – waren die anderen beiden Regierungsfractionen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was heißt „die anderen beiden“?)

überhaupt dazu zu bewegen, dies zu akzeptieren. Deswegen hat man dann für die Aktuelle Debatte diese Formulierung „Schwerpunkte der Landespolitik für den Rest der Legislaturperiode“ gefunden.

Damals wussten wir natürlich noch nicht, wie die Regierungsbildung ablaufen sollte. Wir wussten auch nicht, welche Ministerien unter welchen Bedingungen neu besetzt werden. Als das dann bekannt wurde, haben wir den Dringlichen Antrag „Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung“ gestellt. Das hat den Grund, dass die Regierungsbildung natürlich maßgeblich von dieser Besetzungssaktion bei Toto-Lotto und Rothaus beeinflusst worden ist. Insofern sind wir übereingekommen, die Aktuelle Debatte und den Antrag Drucksache 13/3355 als Punkte 3 a und 3 b miteinander zu verbinden, weil dies auch miteinander zu tun hat.

Warum, auf welchen Druck hin, um das einmal zu sagen, die CDU-Fraktion jetzt plötzlich diese Punkte 3 a und 3 b auseinander ziehen will, ist mir völlig schleierhaft. In der Bevölkerung und in der veröffentlichten Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird das als ein Komplex gesehen, und zwar auch aus gutem Grund. Wir wissen nämlich in der Zwischenzeit alle, dass diese Regierungsumbildung nicht zustande gekommen wäre, zumindest nicht so wie jetzt, wenn man nicht zwei Versorgungsposten in staatseigenen Betrieben für zwei Minister zur Verfügung gestellt hätte.

Zumindest beim Sozialminister war doch klar, dass er nicht freiwillig aus der Regierung geht. Er hatte ja auch die geschlossene Unterstützung der CDU-Fraktion. Er war ja in einem Telefongespräch mit dem „Schwäbischen Tagblatt“, Tübingen, so ehrlich, aus dem Gespräch, das er mit Erwin Teufel hatte, zu erzählen. Der Ministerpräsident habe wörtlich gesagt:

Ich werde dich nicht gegen deinen Willen entlassen, aber ich habe auch ein Angebot für dich.

(Drexler)

– So der Ministerpräsident.

(Unruhe)

Dieses Angebot war wohl so gut, dass Herr Repnik

(Abg. Dr. Lasotta CDU: „Dr. Repnik“!)

– Herr Dr. Repnik, Entschuldigung –,

(Zuruf von der CDU: „Sozialminister Dr. Repnik“!)

– Herr Sozialminister Dr. Repnik –

(Abg. Hauk CDU: So viel Zeit muss sein!)

– so viel Zeit muss sein –,

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Richtig! – Abg. Dr. Birk CDU: Sagen Sie es doch bitte noch einmal!)

dass Herr Sozialminister Dr. Repnik dann sein Amt aufgegeben hat und in Zukunft lieber Toto-Lotto-Chef spielen möchte.

(Unruhe)

Es geht nicht um die Frage, ob dies gerechtfertigt oder gut war, sondern es geht allein darum, dass der Ministerpräsident diesen Posten für jemand anders gebraucht hat und deswegen diese Besetzung vorgenommen hat, und zwar ohne Ausschreibung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen gehört dies zu Punkt 3 der Tagesordnung und kann im Grunde genommen nicht davon getrennt werden.

Im Übrigen verstehe ich auch nicht Ihre Haltung. Selbst bis in Ihre Kreise hinein ist diese Besetzung doch umstritten. Junge Union: „Ende der unrühmlichen Versorgungsspielen!“ Sie fordert sogar eine Privatisierung der Landesunternehmen. Junge Union Baden-Württemberg!

Der CDU-Wirtschaftsratsvorsitzende Zeitel: „Für den Posten bei einem führenden Unternehmen des Landes muss der berufen werden, der am besten dafür qualifiziert ist.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Das hat mit der Geschäftsordnung nichts mehr zu tun! – Abg. Fleischer CDU: Das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat doch etwas mit der Regierungsumbildung zu tun und ist kein separater Punkt. – Natürlich ist das zur Geschäftsordnung! Ich muss doch inhaltlich erklären, worin der Zusammenhang besteht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Oder glauben Sie vielleicht, dass das jetzt so ablaufen kann? Wir hatten doch eine Vereinbarung.

Wenn der CDU-Wirtschaftsratsvorsitzende Zeitel erklärt, er plädiere für eine Ausschreibung und es gehe darum, dass derjenige, der qualifiziert ist, den Posten bekommen soll, aber nicht derjenige, der versorgt werden muss, ist dies doch ein deutliches Zeichen dafür, dass Ihre gesamten Vor-

feldorganisationen der gleichen Auffassung sind wie die SPD-Landtagsfraktion.

(Abg. Döpfer CDU: Geschäftsordnung!)

Der Bund der Steuerzahler spricht von Ämterpatronage.

(Abg. Fleischer CDU: Klarer Missbrauch der Geschäftsordnung! Das weiß er auch!)

Dann gibt es jemanden, der eine ganz tolle Aussage gemacht hat. Er hat in einer öffentlichen Erklärung mitgeteilt, Landesbetriebe seien keine Parteibetriebe.

(Beifall bei der SPD)

Das war nicht ich, sondern das war der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Er wird wie folgt zitiert:

Die FDP hat sich unmittelbar nach der Regierungsumbildung gegen die Praxis des Koalitionspartners ausgesprochen, ehemalige CDU-Minister mit Posten in landeseigenen Unternehmen zu „versorgen“.

Wörtlich, Herr Noll:

Wir Liberalen sagen Nein dazu, dass Landesbetriebe auch Parteibetriebe sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist toll.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Drexler SPD: Es gibt doch keine zeitliche Begrenzung bei Diskussionen über die Geschäftsordnung, Herr Präsident.

Präsident Straub: Die Redezeiten in der Geschäftsordnungsdebatte dürfen jeweils fünf Minuten nicht überschreiten.

Abg. Drexler SPD: Wo steht das?

Präsident Straub: In der Geschäftsordnung.

Abg. Drexler SPD: Man muss aber doch in der Lage sein, hier angemessen – –

(Lebhafte Unruhe – Abg. Seimetz CDU: Man diskutiert nicht mit dem Präsidenten! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, das ist schon peinlich. Das finde ich auch. Ich finde es gut, wenn die CDU sagt, dass dies peinlich sei.

(Zuruf von der CDU: Ihr Verhalten ist peinlich!)

Ich sage noch einmal: Wir können die beantragte Trennung nicht verstehen. Ich weiß auch nicht, warum Sie zunächst

(Drexler)

der Zusammenfassung zugestimmt haben und jetzt für die Trennung sind.

Ich sage Ihnen nur: Wir halten diese Art von Politik für falsch. Wir halten es für falsch, für eine Umbildung der Regierung Versorgungsposten auszuwerfen für diejenigen, die man nicht mehr will, oder für diejenigen, die keine Lust mehr haben zu arbeiten.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist für Sie nur schlimm, weil keiner von der SPD einen Posten bekommt!)

Und für Herrn Teufel vielleicht noch ein einleuchtendes Zitat:

(Zuruf von der CDU: Sagen Sie es in Berlin!)

Wer den Papst zum Vetter hat, kann leicht Kardinal werden.

Das hat William Shakespeare gesagt. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Drexler, was Sie hier veranstalten, ist ein sehr vordergründiges Schein- und Showgeschäft.

(Beifall bei der CDU)

Es ist deshalb vordergründig, weil erstens zum Tagesordnungspunkt 2 – Zustimmung des Landtags zur Berufung von Mitgliedern der Landesregierung – im Regelfall keine Aussprache vorgesehen ist. Das wissen Sie, das wissen wir, und das haben wir auch im Präsidium – ich darf es sagen, ohne dass ich die Nichtöffentlichkeit verletze – ausführlich erörtert. Wir haben auch – das Ergebnis war ja diese Tagesordnung – ausführlich erörtert, wie wir einem berechtigten Wunsch, in sachlichem Zusammenhang über die Landespolitik für den Rest der Legislaturperiode sprechen zu können, nachkommen können. Wir sind dann in Abstimmung mit der Landesregierung darauf gekommen, dass wir diesen zusätzlichen Punkt in die heutige Tagesordnung aufnehmen. So weit, so gut und so weit unbestritten.

Jetzt versuchen Sie, zwei Dinge miteinander zu verknüpfen, die nichts miteinander zu tun haben.

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sie haben doch zugestimmt!)

Herr Kollege Drexler, das Thema lautet „Schwerpunkte der Landespolitik für den Rest der Legislaturperiode“. Ihr Dringlicher Antrag zielt auf etwas ganz anderes. Deshalb haben die beiden Punkte nichts miteinander zu tun. Wir sagen Ihnen aber zu, dass beide Punkte beraten werden.

(Zurufe von der SPD)

Es kann keiner von Ihnen unterstellen, wir wollten Dinge unterdrücken oder etwa gar nicht zur Sprache bringen. Wir

hätten ja auch infrage stellen können, ob Ihr Antrag überhaupt dringlich ist.

(Abg. Stickelberger SPD: Der ist oberdringlich!)

Die Frage kann man sehr wohl stellen. Wir haben diese Frage zurückgestellt, weil es besser ist, die Dinge hier im Parlament zu debattieren als draußen vor den Türen und in der Presse. Wir haben diese Frage zurückgestellt. Aber die beiden Themen haben nichts miteinander zu tun. Deshalb macht es Sinn, sie getrennt zu beraten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir plädieren wie die Fraktion der CDU dafür, die beiden Punkte zu trennen. Jetzt sage ich mal, lieber Herr Drexler: Wenn es Ihnen wirklich um die Sache geht, und zwar bei beiden Punkten, dann

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

ist es richtig, sie nicht in einer Debatte zu vermischen. Wenn Sie ehrlich über landespolitische Schwerpunkte

(Abg. Schmid SPD: Ein Schwerpunkt ist der Filz! – Weiterer Zuruf von der SPD: Professor Dr. Dörring!)

für den Rest der Legislaturperiode und – ich sage dazu – darüber hinaus debattieren wollen, dann konterkarieren Sie das Ziel, wenn Sie gleichzeitig versuchen, das mit einer Schlamm Schlacht zu verbinden.

(Abg. Drexler SPD: Schlamm Schlacht? Sie haben doch von Parteibetrieben gesprochen!)

Zu dem von Ihnen zitierten Ausspruch von mir würde ich gerne unter Punkt 4 ausführlich etwas sagen. Deshalb

(Abg. Drexler SPD: Sie können auch jetzt schon etwas sagen!)

ist es der Sache nur dienlich, wenn wir die Punkte voneinander trennen. Lassen Sie uns in aller Ruhe über die Sachpolitik für den Rest der Legislaturperiode diskutieren. Es will sich keiner, am wenigstens ich, davor drücken, den von Ihnen eingebrachten Dringlichen Antrag zu diskutieren. Wir bestreiten nicht die Dringlichkeit – Herr Kollege Hauk hat es gesagt –, aber wir werden uns zu dem Antrag ganz klar und sauber äußern.

Noch einmal: Wir wollen die Themen schön getrennt behandeln: hier das Thema „Wie geht es weiter in der Landespolitik?“, dort das Thema „Welche Konsequenzen zieht man aus Dingen, die möglicherweise zu diskutieren sind?“. Wir stellen uns beiden Themen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade haben die Kollegen Hauk und Dr. Noll „überzeugend“ dargelegt, dass die Punkte 3 a und 3 b nichts miteinander zu tun haben.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Getrennt behandelt werden sollen!)

Ich erlaube mir deshalb die bescheidene Frage: In welcher Verfassung haben dann die beiden Fraktionsvorsitzenden Oettinger und Dr. Noll der Verbindung dieser beiden Punkte ursprünglich zugestimmt?

(Beifall bei der SPD)

Wann ist Ihnen die Erleuchtung gekommen, dass die beiden Punkte richtigerweise als getrennte Tagesordnungspunkte behandelt werden sollen, und wer hat dabei welchen Druck ausgeübt?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eine Nachfrage an den Kollegen Birzele: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass auf mich schon deswegen kein Druck ausgeübt werden konnte, weil ich zu dem Zeitpunkt, an dem die Tagesordnung festgelegt wurde, noch nicht dem Präsidium angehört habe?

(Abg. Birzele SPD: Das war gar nicht im Präsidium! Es war eine Vereinbarung der Fraktionsvorsitzenden!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Gegenrufe von der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder, der die Debatte über die Regierungsumbildung verfolgt, weiß, dass die Fragen, welche Perspektiven für das Land eröffnet werden, mit welchen Personen dies gemacht wird, welche Personen dafür geeignet sind und wie man Personen, die zumindest nach Auffassung des Ministerpräsidenten nicht geeignet sind, „wegbekommen“ hat, bei diesem Vorgang eine Einheit darstellten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wollen Sie jetzt nach vorn oder nach rückwärts diskutieren? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Seitwärts!)

Das werden wir nachher auch so diskutieren, weil dies zusammengehört. Daran können Sie uns selbstverständlich nicht hindern.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Der einzige Grund dafür, dass Sie die beiden Punkte jetzt trennen wollen, ist die Intervention des Staatsministeriums.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Genau das ist der Grund, kein anderer.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das stimmt doch überhaupt nicht! Quatsch!)

Deswegen muss man dies ablehnen. Das Parlament muss seine eigene Tagesordnung ja wohl noch souverän bestimmen können und darf nicht auch sie noch von der Exekutive bestimmen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Da das Parlament die Tagesordnung bestimmt, lasse ich jetzt nach § 78 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob erstens die Tagesordnung um den Dringlichen Antrag Drucksache 13/3355 ergänzt wird und ob zweitens dieser Dringliche Antrag unter Punkt 4 der Tagesordnung behandelt wird. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birzele: Welchem Antrag? Es sind ja zwei!)

– Beide Anträge.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Getrennte Abstimmung! – Abg. Schmid SPD: Sie tricksen, Herr Präsident!)

– Wenn Sie getrennte Abstimmung wünschen,

(Abg. Birzele SPD: Wir bitten um getrennte Abstimmung über Dringlichkeit und Tagesordnungspunkt!)

lasse ich getrennt abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag abstimmen, die Tagesordnung um den Dringlichen Antrag Drucksache 13/3355 zu ergänzen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Das war nicht die Mehrheit!)

Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen, den Dringlichen Antrag unter Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Für die Begründung des Dringlichen Antrags Drucksache 13/3355 schlage ich eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache über diesen Antrag eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vor. – Auch darüber besteht Einverständnis. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, unsere Kollegin Dr. Inge Gräßle ist bei der Europawahl am 13. Juni 2004 ins Europäische Parlament gewählt worden. Sie hat die Wahl angenommen und angekündigt, dass sie in den nächsten Tagen ihr Landtagsmandat niederlegen wird. Diese Plenarsitzung wäre also ihre letzte gewesen. Leider muss Frau Kollegin Dr. Gräßle heute unabweisbar in Brüssel präsent sein, weshalb ich ihr, wie erwähnt, Urlaub erteilt habe.

Trotz unserer bedeutsamen Tagesordnung soll allerdings ihr Abschied hier nicht untergehen.

(Präsident Straub)

Frau Kollegin Dr. Gräßle kann auf eine achtjährige Tätigkeit im Landtag zurückblicken. Ihre Arbeitsschwerpunkte waren zunächst der Wirtschaftsausschuss sowie der Ausschuss für Umwelt und Verkehr und in dieser Legislaturperiode der Ständige Ausschuss und der Sozialausschuss. Darüber hinaus gehörte sie unter anderem der Enquetekommission „Rundfunk-Neuordnung“ an. Zu Beginn dieser Wahlperiode ist sie stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied des Landtagspräsidiums geworden.

Für ihren nicht unbedingt erwarteten Entschluss, bei der Europawahl zu kandidieren, erntete Frau Kollegin Dr. Gräßle allseits Hochachtung. Ich spreche deshalb sicher im Namen des ganzen Hauses, wenn ich sage: Wir haben Frau Dr. Gräßle schätzen gelernt als inhaltlich tief pflügende Politikerin und als selbstbewusste und streitbare, aber stets sympathische Kollegin. Umso mehr wünschen wir ihr für ihr künftiges Wirken als Europaabgeordnete alles Gute, zuvörderst Standfestigkeit, Durchsetzungskraft und persönliche Zufriedenheit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung zum Verfassungsvertrag der Europäischen Union und Aussprache

Das Wort zur Regierungserklärung erteile ich Herrn Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor genau einem Jahr habe ich in diesem Hause eine Regierungserklärung zum Abschluss des Europäischen Konvents abgegeben. Ein Jahr später, am 18. Juni 2004, wurde schließlich eine politische Einigung der Regierungskonferenz über eine europäische Verfassung erreicht, eine Einigung, die sich äußerst eng an den Konventsentwurf anlehnt. Ich teile die Einschätzung des Präsidenten Giscard d'Estaing, dass ca. 90 % des Konventsentwurfs übernommen worden sind.

Wir müssen aber sehen: Diese Verfassung ist zunächst nicht mehr als ein „Dokument der Chancen“. Diese Chancen muss Europa im Interesse seiner Bürger nutzen. Denn wir sind noch nicht am Ende des Verfassungsprozesses. Das Werk muss nun vor den Bürgern bestehen und nach der jeweiligen nationalen Verfassung ratifiziert werden, bei uns mit Zweidrittelmehrheit durch den Bundestag und den Bundesrat.

Ich habe diesen Verfassungsprozess als gewähltes Mitglied des Bundesrats im Konvent intensiv begleitet. Minister Dr. Palmer hat diese Arbeit in der Regierungskonferenz als Vorsitzender des Europaausschusses des Bundesrats nahtlos und mit Erfolg fortgesetzt. Hierfür möchte ich ihm heute herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, eine Regierungskonferenz wird auch künftig bei großen Vertragsänderungen erforderlich sein; denn die Mitgliedsstaaten bleiben die „Herren der Verträge“. Wäre das anders, stünde der Schritt zur Staatswerdung der Europäischen Union unmittelbar bevor.

Unser Land hat sich immer als ein „europapolitischer Treuhänder der Länder“ verstanden. Wir haben für die deutschen Länder und für ein föderal aufgebautes Europa einiges erreicht.

Ich beschränke mich heute auf fünf Gesichtspunkte, auf die hin ich den Verfassungstext untersuchen möchte.

Erstens: Gibt der Verfassungstext die erforderlichen Antworten auf die institutionellen und verfahrensmäßigen Herausforderungen der Osterweiterung?

Eines ist klar: Je mehr Mitglieder die Europäische Union hat, umso einfacher, verständlicher und transparenter müssen im Grunde genommen ihre Verfahren sein und umso einfacher und transparenter müssen ihre Institutionen aufgebaut sein und agieren können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Theurer FDP/DVP)

Ziel des Verfassungsprozesses musste es sein, die Handlungsfähigkeit der auf 25 Staaten erweiterten Europäischen Union zu erhalten und, wenn möglich, zu stärken.

Meine Damen und Herren, es war auch wichtig, Europa ein Gesicht zu geben. Die Verfassung schafft das Amt eines länger amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates wie auch das neue Amt des europäischen Außenministers. Beides trägt entscheidend dazu bei, dass das künftige Europa seine Kräfte besser bündeln kann und besser steuerbar wird und überhaupt für den Bürger noch besser wahrnehmbar wird. Mit dem Amt des europäischen Außenministers wird also Europa ein Gesicht gegeben und endlich eine Antwort auf die berühmte Frage Henry Kissingers nach der „Telefonnummer Europas“ gegeben. Die Antwort „Kein Anschluss unter dieser Nummer“ wird es künftig nicht mehr geben.

Zur verbesserten Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union gehört vor allem ein effizientes und transparentes Rechtsetzungsverfahren. An dieser Frage war ja die Regierungskonferenz in ihrem ersten Durchgang im Dezember vergangenen Jahres gescheitert.

Entscheidend ist, dass sich das Prinzip der doppelten Mehrheit schlussendlich durchgesetzt hat. Das ist ein großer Erfolg, gerade auch für Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn nur die doppelte Mehrheit der Staaten und der Bevölkerung trägt dem Gedanken der Union als Union der Staaten und Bürger Rechnung.

Die Regierungskonferenz hat das Staatenquorum gegenüber dem Konventsentwurf um 5 Prozentpunkte auf 55 % und das Bevölkerungsquorum ebenfalls um 5 Prozentpunkte auf 65 % erhöht. Damit kommen künftig Entscheidungen im Ministerrat dann zustande, wenn 55 % der Staaten, die

(Ministerpräsident Teufel)

gleichzeitig 65 % der EU-Bevölkerung vertreten, zustimmen. Meine Damen und Herren, gegenüber den komplizierten Regelungen des Nizza-Vertrags ist das für die Handlungsfähigkeit der EU ein Quantensprung. Auch die Sperrminorität von vier Mitgliedsstaaten, die vor allem den Interessen der kleinen Staaten Rechnung tragen soll, kann diesen Erfolg nur bedingt trüben. Ich will aber nicht verhehlen, dass ich die Lösung des Konvents, die dieses Sperrquorum nicht vorsah, und auch die von ihm vorgesehenen etwas niedrigeren Quoren für besser gehalten hätte.

Mit der Frage des Abstimmungsmodus im Ministerrat hängt auch die Frage der Ausweitung der Entscheidungen, die mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können, eng zusammen. Ihr Gegenmodell, das Prinzip der Einstimmigkeit, bedeutet in einer Union von 25 und mehr Mitgliedern Stagnation und Handlungsunfähigkeit. Dies ist überwunden.

Meine Damen und Herren, erhalten bleibt auch die vom Konventsentwurf vorgesehene Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates. Ich halte das in Anbetracht des historischen Tiefstands der europaweiten Wahlbeteiligung von 44,2 % bei den letzten Europawahlen im Juni für ein wichtiges Signal an die europäischen Wähler.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Eine wichtige Frage, die im Konvent und in der Regierungskonferenz gleichermaßen umstritten war, betraf die Größe und die Zusammensetzung der Kommission. Ich habe hier immer die Auffassung vertreten, dass nur eine kleine Kommission effektiv arbeitet. Der Konvent hatte für die Zeit ab 2009 eine Kommission von 15 Kommissaren mit Stimmrecht und weiteren so genannten „delegierten“ Kommissaren ohne Stimmrecht aus den übrigen Mitgliedsstaaten vorgesehen. Diese Lösung war in der Regierungskonferenz nicht konsensfähig.

Die Regierungskonferenz hat sich deswegen auf eine Kommission von 18 Kommissaren geeinigt, aber erst für die Zeit ab 2014. Die Vertretung eines Mitgliedsstaats in der Kommission erfolgt auf der Grundlage gleichberechtigter Rotation der Mitgliedsstaaten. Das bedeutet, dass Deutschland eines Tages nicht mehr in jedem Kommissionskollegium vertreten sein wird. Das ist der Preis, den wir für eine echte Verkleinerung der Kommission zahlen müssen.

Als Zwischenergebnis halte ich fest: In Sachen Handlungsfähigkeit erreicht die Europäische Verfassung das Klassenziel, die europäische Zukunft wirkungsvoll zu gestalten. Aber wir wissen alle: Eine Verfassung ist immer nur so stark wie der Wille zu ihrer Anwendung.

Zweite Frage: Sind wir auf dem Weg zu einem bürgernahen, subsidiaritätsgerechteren Europa mit einer klareren Kompetenzordnung?

Ich beginne mit der Bürgernähe: Europa bedarf nach der Erweiterung mehr denn je der Verwurzelung beim Bürger, wenn es dauerhafte Akzeptanz finden will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das wird umso besser gelingen, je mehr es von den Bürgern her gedacht wird und je mehr es von den untersten Ebenen her gedacht wird, von den Ebenen, die den Bürgern am nächsten sind, nämlich den Gemeinden und den Regionen. Ziel muss ein nach dem Subsidiaritätsprinzip von unten nach oben aufgebautes Europa sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herzstück des Verfassungsvertrags, meine Damen und Herren, ist ohne Zweifel die Grundrechtecharta. Durch ihre Aufnahme in das Verfassungsdokument werden die Grundrechte und Grundfreiheiten des Bürgers rechtsverbindlich festgeschrieben. Die Verankerung der Grundrechtecharta ist zugleich ein Auftrag, eine Mahnung an die Europäische Union. Sie muss noch viel deutlicher „leben“, dass der Bürger im Mittelpunkt des Einigungsprozesses steht. Zu häufig nimmt der Bürger Europa ganz anders wahr: zentralistisch, uniform, bürgerfern, als ein Europa der Bürokraten und Experten, als ein Europa der hektischen Betriebsamkeit mit immer detailverliebteren Regelungen. Ich kann verstehen, dass sich der Bürger schwer tut, sich mit einem solchen Europa zu identifizieren. Auch mir fällt dies schwer.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Verfassungstext nimmt dieses Defizit ins Visier und bemüht sich um Abhilfe. Bereits in seinem ersten Artikel wird deswegen die Union als Union der Staaten und Bürger gekennzeichnet.

Auch die Werte und Ziele der Union stellen den Bürger in den Mittelpunkt: Demokratie, Achtung der Menschenwürde, Wahrung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, Pluralismus, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Subsidiarität werden als auf den Bürger bezogene Grundlagen der Union benannt.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Schritt für mehr Bürgernähe ist für mich aber vor allem das Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle. Bisher gab es überhaupt keine Subsidiaritätskontrolle. Nach dem Verfassungsentwurf kontrollieren alle nationalen Parlamente die Kompetenzen der Europäischen Union mit.

Das Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle gibt den nationalen Parlamenten das Recht, Einspruch gegen Rechtsetzungsvorschläge der Kommission zu erheben, die gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Dieses Recht hat bei uns auch der Bundesrat. Hilft die Kommission dem gerügten Subsidiaritätsverstoß nicht ab, kann zudem zum Beispiel der Bundesrat vor dem Europäischen Gerichtshof klagen. Zugleich eröffnet die Verfassung den Weg, über eine innerstaatliche Regelung in Deutschland auch jedem einzelnen deutschen Land das Klagerecht zu geben.

In Gegenwart des Präsidenten des Ausschusses der Regionen der EU, Peter Straub, weise ich nochmals besonders gern darauf hin, dass auch der Ausschuss der Regionen ein selbstständiges Klagerecht gegen Subsidiaritätsverstöße erhält.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, Frühwarnsystem und Klagerecht sind für mich zentrale Errungenschaften des Verfassungstextes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie eröffnen den Weg zu einem subsidiaritätsgerechten Europa. Aber diesen Weg muss die Europäische Union auch gehen. Der Konventvorschlag ist so überzeugend, dass er in der Regierungskonferenz von keiner Seite infrage gestellt wurde. Nach meiner Kenntnis ist er nicht einmal mehr diskutiert worden.

Dass den nationalen Parlamenten durch die Europäische Verfassung unmittelbare Rechte verliehen werden, ist ein echter Systembruch, aber ein durchaus positiver.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Verfassung verleiht den nationalen Parlamenten auch ein Vetorecht bei spezifischen Vertragserweiterungen. Wenn der Europäische Rat mit der Frage befasst ist, ob man in einem bestimmten Bereich – sagen wir in der Steuerpolitik – von der Einstimmigkeit künftig zur qualifizierten Mehrheit übergehen soll, haben die nationalen Parlamente künftig ein eigenständiges Vetorecht: Jedes nationale Parlament kann diesen Übergang zur qualifizierten Mehrheit aus eigenem Recht durch sein Veto verhindern.

Ganz wichtig ist auch, dass wir eine klare Kompetenzordnung bekommen, wie es sie bisher nicht gab. Die Kategorisierung der Kompetenzen der Europäischen Union in drei Kategorien – in ausschließliche Zuständigkeiten der EU, in geteilte Zuständigkeiten und in nur unterstützende Zuständigkeiten –, die ich in meiner Regierungserklärung vor einem Jahr dargestellt habe, ist zudem ein wichtiger Beitrag für ein subsidiaritätsgerechteres Europa. Hier wird in Fortentwicklung der bisherigen Verträge eindeutig festgeschrieben, was die Union regeln darf und was die Mitgliedsstaaten regeln dürfen. Ich gehe davon aus, dass die Abgrenzungsprobleme dadurch zurückgehen. Ganz wichtig ist mir, dass erstmals eindeutig festgelegt wurde, dass Zielbestimmungen für sich allein ein Tätigwerden der Europäischen Union nicht rechtfertigen können.

Meine Damen und Herren, jeder europäische Vertrag und auch diese Verfassung hat zahlreiche allgemeine Zielbestimmungen. Bisher hat die EU immer dann, wenn sie keine konkreten Kompetenzen hatte, diese allgemeinen Zielformulierungen als Grundlage dafür genommen, Kompetenzen an sich zu ziehen. Es ist ausdrücklich festgelegt – dafür habe ich mich außerordentlich eingesetzt –, dass dies künftig nicht mehr möglich ist. Handeln darf die EU nur, wenn es dafür eine ausdrückliche Ermächtigung in der Verfassung gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch im Bereich der Daseinsvorsorge, für die der Konvent eine neue Einzelermächtigung geschaffen hat, ist es gelungen, deutlicher auf die nationalen Zuständigkeiten hinzuweisen.

Aber – wie könnte es bei europäischen Kompromissen anders sein? – es ist richtig, dass es in einigen wenigen Berei-

chen durch die Regierungskonferenz auch zu Kompetenzerweiterungen gekommen ist. Besonders unnötig erscheint mir das im Gesundheitsbereich,

(Beifall der Abg. Beate Fauser, Dr. Noll und Theurer FDP/DVP)

wo die Union nun beispielsweise Unterstützungsmaßnahmen gegen Alkohol- und Tabakmissbrauch ergreifen kann.

Insgesamt darf man aber nicht übersehen: Wer die Ausdehnung der EU-Kompetenzen durch Konvent und Regierungskonferenz insgesamt für zu umfänglich hält, der muss sich sagen lassen, dass der Konvent die Kompetenzen aller geltenden europäischen Verträge übernehmen musste. Er darf sich allerdings auch sagen lassen, dass der Kompetenzbestand der Europäischen Union nun auf lange Zeit unangestastet bleiben wird, denn jedwede weitere Kompetenzerweiterung ist ratifikationsbedürftig, erfordert also entweder Einstimmigkeit im Europäischen Rat oder die Ratifikation durch 25 Mitgliedsstaaten. Das muss man klar sehen.

Völlig unbegreiflich ist mir die Haltung der Bundesregierung zum Stabilitätspakt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie hat alles getan, um den Stabilitätspakt und die Stellung der Kommission im Defizitverfahren zu unterminieren. Ich weiß nicht, wo wir heute stünden, wenn hier die Niederländer nicht Schlimmeres verhindert hätten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Ja! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, hier geht es nicht um Randfragen. Gerade in der Beziehung zum Bürger und hinsichtlich der Akzeptanz Europas durch die Bürger ist dies keine Randfrage. Die Deutschen hatten mit der D-Mark die stabilste Währung der Welt. Sie haben sie nur ganz ungern aufgegeben und nur gegen die ausdrückliche Zusage, dass mit dem Stabilitätspakt gewährleistet sei, dass der Euro so stabil sei wie die D-Mark. Einzelne Mitgliedsstaaten sollten nicht durch ihre Haushaltspolitik die Stabilität der gemeinsamen Währung unterminieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jeder weiß, dass das gesamte Projekt der künftigen Europäischen Union in den Augen der Bevölkerung diskreditiert würde, wenn die Stabilität des Euro in ernsthafte Gefahr geriete.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wohl wahr!)

Dritte Frage: Wie steht es um die Transparenz, um die Verständlichkeit des Verfassungstextes und um die demokratische Legitimation?

Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Der Umfang von 460 Artikeln scheint zunächst auf das Gegenteil hinzuweisen. Dabei muss man aber sehen, dass auf den Teil III mit seinen umfangreichen Fachpolitiken über 340

(Ministerpräsident Teufel)

Artikel entfallen. Der eigentliche Kern der Verfassung, also die Teile I, II und IV, ist mit seinen etwa 130 Artikeln kürzer als unser Grundgesetz.

Die Verständlichkeit des Vertrags ist dank des Teils I, der die grundlegenden Fragen regelt, vor allem gegenüber dem Vertrag von Nizza deutlich verbessert.

Im Teil III ist pflichtgemäß zusammengeschrieben, was verstreut in zahlreichen europäischen Verträgen geltendes Recht ist. Das war die Vorgabe der Staats- und Regierungschefs an den Konvent.

Die bisher unübersichtlichen und vielfältigen Rechtsakte der Europäischen Union werden wesentlich vereinfacht. Künftig wird es nur noch sechs statt der bestehenden 15 unterschiedlichen Rechtsakte geben, und diese unterliegen einer klaren Normenhierarchie.

Meine Damen und Herren, das Europäische Parlament ist unter den EU-Institutionen der eigentliche Gewinner des Verfassungsprozesses, und das halte ich für gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das Europäische Parlament als das von den Bürgern direkt gewählte Organ arbeitet nach dem Verfassungsentwurf nun auf gleicher Augenhöhe mit dem Ministerrat. Beide sind künftig durchgehend als Tandem zur europäischen Gesetzgebung berufen: das Europäische Parlament als „Bürgerkammer“, der Europäische Rat als „Staatenkammer“.

Der Zugewinn an Transparenz, an Verständlichkeit des Verfassungstextes und an demokratischer Legitimation kann sich sehen lassen.

Vierte Frage: Werden die Zukunft der Regionen und ihre Gestaltungsspielräume im Verfassungstext hinreichend abgesichert?

Meine Damen und Herren, hier ist die Aussage wichtig: Die innere Ordnung eines Mitgliedsstaats ist Sache der nationalen Verfassung und nicht Sache der Europäischen Verfassung. Die Europäische Verfassung befasst sich also nicht mit den innerstaatlichen Kompetenzen der Länder in Deutschland oder der Regionen, der Städte und Gemeinden in Europa, sondern achtet sie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Anerkennung der nationalen Identität mit der regionalen und kommunalen Dimension und besonders die Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts sind erstmals Bestandteil eines europäischen Vertrags, nämlich dieses Verfassungsentwurfs.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch künftig besteht die Möglichkeit, dass Länderminister Deutschland im Ministerrat vertreten, wenn dort Ländermaterien verhandelt werden. Das ist natürlich ein Novum für alle anderen Staaten, außer Belgien; aber es ist für Belgien und Deutschland eine ganz wichtige Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das Frühwarnsystem ist, wie ich dargestellt habe, auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des regionalen Gedankens.

Fünftens: Ein Versäumnis sind der fehlende Gottesbezug und die fehlende Verankerung des christlichen Erbes Europas.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In der Präambel der Verfassung findet sich weder ein Gottesbezug, wie ihn etwa unsere Landesverfassung oder unser Grundgesetz enthält, noch eine Verankerung der jüdisch-christlichen Wurzeln Europas. Ich halte es für einen Fehler, dass die Europäische Verfassung die Wurzeln einer 2 000-jährigen Kultur- und Religionsgeschichte abschneidet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Bundesregierung hat sich trotz aller Lippenbekenntnisse nicht wirklich für dieses Thema eingesetzt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sonst hätte sie zumindest den Brief von sieben Außenministern an die Präsidentschaft mit unterzeichnet, die sich für die Verankerung des christlichen Erbes ausgesprochen haben.

Die Frage einer Verankerung dieser Werte in der Präambel hat wie keine andere Frage im gesamten Verfassungsprozess die Bürgerinnen und Bürger umgetrieben. Allein zu diesem Thema habe ich mehr Briefe bekommen als zu allen anderen Fragen der Verfassung. Wer also mehr Bürgernähe will, sollte die Themen aufgreifen, die die Bürger besonders bewegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen bleibt dieser Punkt für mich auf der Agenda. Schon wenn die Europäische Union über die Frage eines Beitritts zur Europäischen Menschenrechtskonvention befindet, muss diese Frage wieder auf den Tisch kommen.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, dass wir noch nicht am Ende des Weges angekommen sind. Die Verfassung muss noch 25 Hürden nehmen. Sie muss nun in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. In Irland und Dänemark ist hierfür zwingend ein Referendum erforderlich. Aber auch andere Staaten wie Spanien, Frankreich und Großbritannien werden sich vermutlich für ein Referendum entscheiden.

Die entscheidende Frage, meine Damen und Herren, ist für mich nicht, ob der Bürger seine Stimme im Rahmen eines Referendums abgibt; die entscheidende Frage ist, ob wir die Inhalte und Ziele dieser Verfassung den Bürgerinnen und Bürgern in Europa und in Deutschland vermitteln können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sehe hier eine wichtige Aufgabe für alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments, aber auch für die Abgeordnete

(Ministerpräsident Teufel)

ten des Bundestags und dieses Landtags. Das ist eine Bringschuld der Politik und keine Holschuld der Bürger.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Eine Verfassung politisch zu verabschieden ist eine Sache, sie den Menschen verständlich zu machen und in den Bürgern zu verankern, eine zweite. Die geringe Wahlbeteiligung in vielen Ländern bei der Europawahl hat gezeigt, wie fern Europa vielen Bürgern ist. Die Europawahl hat aber auch gezeigt, dass man in den kommenden Jahren mit Erweiterungen und dem inneren Ausbau sehr behutsam vorgehen muss. Es ist nicht zu übersehen, dass in vielen Ländern die Europaskepsis zugenommen hat.

Ich begrüße deshalb die Initiative des früheren griechischen Ministerpräsidenten Kostas Simitis, mit anderen ehemaligen Staatsmännern in den kommenden Monaten für die Verfassung zu werben. Europa – und wofür Europa steht – muss noch stärker mit Gesichtern und Persönlichkeiten verbunden werden, die für Europa stehen. Verdiente Europäer aus allen Ländern, wie etwa der einzige Ehrenbürger Europas, Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl, und andere sollten diese Initiative mit begleiten.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Bilanz des Verfassungstextes deutlich gesehen, dass die neue Europäische Verfassung die regionale Dimension deutlich stärkt. Darüber hinaus bringt sie auch eine Stärkung der nationalen Parlamente mit sich. Diesen klaren Befund müssen wir nun auch bei unserer innerstaatlichen Debatte im Auge behalten, und wir müssen die neuen Rechte auch tatsächlich nutzen. In der deutschen Föderalismuskommission ist davon wenig die Rede, sondern mehr von einer Schwächung der Länderrechte nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Bundesrat und der Bundestag sowie die Länderparlamente müssen weiter gestärkt werden. Der auf europäischer Ebene gespielte Ball muss nun innerstaatlich aufgenommen und weiter offensiv nach vorn gespielt werden. Das heißt, wir müssen die auf der EU-Ebene gewährten Rechte auch innerstaatlich so umsetzen, dass sie ihre „volle Wirkung“ erreichen. Darüber hinaus müssen wir bei den bisherigen Länderrechten gemäß dem Europaartikel des Grundgesetzes, dem Artikel 23, zu einer Stärkung und nicht zu einer Schwächung der Länderrechte kommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aus meiner Sicht gibt es drei zentrale Bereiche, in denen die Länder in der Verfassung Rechte erstritten haben, die nun auch innerstaatlich umgesetzt werden müssen.

Das Frühwarnsystem gibt jeder Kammer eines nationalen Parlaments das Recht, bei einer EU-Vorlage einen Subsidiaritätsverstoß zu rügen. Hierfür sind enge Fristen von sechs Wochen vorgesehen. Nun haben wir die Organisation dieses Verfahrens im Bundesrat noch nicht „durchdekliniert“, aber wir behandeln schon jetzt alle Vorlagen der EU im Bundesrat. Es sind also bereits Strukturen vorhanden. Aber wir müssen diese Strukturen im Hinblick auf die kurzen Fristen deutlich optimieren, und wir müssen stärker poli-

tisch gewichten, um bei wirklich spürbaren Subsidiaritätsverletzungen auch schlagkräftig zu sein. Das heißt, das Instrument ist umso wirksamer, wenn wir nicht inflationär mit unseren Rechten umgehen, sondern sie gut dosieren und gezielt einsetzen.

Dabei will ich auch den Landtag ansprechen. Ich will, dass EU-Vorlagen unmittelbar auch dem Landtag übermittelt werden, damit Sie rechtzeitig informiert sind und damit Sie auch innerhalb der Fristen an die Adresse der Landesregierung reagieren können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Zweite ist das Klagerecht des Bundesrats. Das Frühwarnsystem ist zunächst ein Warnsignal an die Kommission. Seine Effektivität hängt auch davon ab, dass der Bundesrat als Damoklesschwert das Druckmittel hat, vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen, wenn die Kommission dem Subsidiaritätsverstoß nicht abhilft. Das war Monate strittig, und es hat ungeheurer Anstrengungen bedurft, es durchzusetzen.

Für mich ist klar, dass allein der Bundesrat darüber entscheiden darf, ob er eine Klage einreicht und wie die Klage aussieht. Die Bundesregierung hat in diesem Fall nur eine Briefträgerfunktion. Das heißt, dass sie eine solche Klage ohne inhaltliche Prüfung an den EuGH weiterleiten muss. Der Bundesrat übernimmt dann selbst die Vertretung der Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.

Dies muss rechtsverbindlich in unserem innerstaatlichen Recht festgelegt werden, bevor wir im Bundesrat den europäischen Verfassungsvertrag ratifizieren. Bislang haben wir ein Schreiben der Bundesregierung, in dem sie ohne nähere Präzisierung zusagt, dass die Länder hier tätig werden können. Das ist gut, reicht aber natürlich nicht. Es geht hier um die strukturierte Festlegung der Rechte und Pflichten zwischen der Bundesregierung und den Ländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Dritte: Klagerecht eines einzelnen Landes. Die Europäische Verfassung eröffnet den Weg, über eine innerstaatliche Regelung auch jedem einzelnen deutschen Land das Klagerecht zu geben. Ich halte eine solche Regelung für sinnvoll. Dieser wichtige Fortschritt muss im Sinne des Föderalismus Verfassungswirklichkeit werden.

Mir war immer sehr wichtig, dass die Verfassung in keinem ihrer Teile ohne eine verfassungsändernde Mehrheit der nationalen Parlamente abgeändert werden kann. Das haben wir auch erreicht. Aber wie steht es mit dem Übergang von der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat? Aus meiner Sicht hat eine solche Entscheidung auch verfassungsändernden Charakter, weil sie das Kompetenzgefüge betrifft.

Die Verfassung sieht nun vor, dass ein solcher Übergang von der Einstimmigkeit zur Mehrheitsentscheidung durch einstimmigen Beschluss der Staats- und Regierungschefs erfolgt, und das nur, wenn keines der nationalen Parlamente ein Veto einlegt. Die nationalen Parlamente haben also ein unmittelbares Recht gegenüber der EU, und das halte ich für einen entscheidenden Fortschritt. Aber wie ist dieses

(Ministerpräsident Teufel)

Vetorecht innerstaatlich auszugestalten? Da es sich nach meiner Meinung um eine Verfassungsänderung handelt, brauchen wir eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt mit dem Verfassungsvertrag die historische Chance, ganz Europa in eine bessere Verfassung zu bringen und letztlich ganz Europa auch eine kulturelle und geistige Vision zu geben. Europa braucht diesen Erfolg, und wer Erfolg haben will, muss das, was er tut, mit Überzeugung und Begeisterung tun, und er wird dadurch andere mitreißen. Das ist ein Auftrag an uns alle.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Komme ich zuerst dran? Das habe ich nicht gewusst.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einigung über die Europäische Verfassung ist der bedeutendste Integrationsschritt Europas seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Trotz der unvermeidlichen Kompromisse ist die Europäische Verfassung keine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern durchaus ein fairer Interessenausgleich zwischen großen und kleinen, alten und neuen Mitgliedsstaaten. Es ist gelungen, das Ergebnis des Konvents in seinem strategischen Kern zu erhalten.

Lassen Sie mich die wichtigsten Erfolge noch einmal herausstellen: die Stärkung der Handlungsfähigkeit durch tief greifende Reformen der Institutionen der Europäischen Union, die Einführung eines hauptamtlich tätigen Präsidenten des Europäischen Rates, die Einführung eines Außenministers der Union. Hoffentlich kann in dem Bereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Europa im internationalen Zusammenspiel um die Sicherung des Friedens auf der Welt mehr Kompetenzen erhält, das Einstimmigkeitsprinzip in den nächsten Jahrzehnten überwunden werden, damit der Außenminister der Union das Gewicht, das er dadurch hat, dass er 25 europäische Staaten und 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger vertritt, in die strategischen Prozesse, die wir heute so nötig brauchen, um Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt ein Stück näher zu kommen, auch einbringen kann.

Wir haben die deutliche Ausdehnung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit, die Einführung der doppelten Mehrheit. Das hat der Ministerpräsident ja schon erläutert. Ich teile auch die Auffassung, dass der Konventsentwurf zwar besser war, wir aber auch mit dieser Regelung noch handlungsfähig sind.

Als sehr wichtig bewerten wir Grünen die Übernahme der Grundrechtecharta in den Vertrag. Die Grundrechtecharta ist damit jetzt verbindlicher Bestandteil der Europäischen Verfassung. Wer hätte sich vor 20 Jahren träumen lassen, dass wir für den ganzen europäischen Raum einschließlich der Beitrittsländer, die vor 20 Jahren noch Diktaturen waren, heute diesen Grundrechtsschutz der Europäischen Uni-

on genießen können? Wir können das gar nicht hoch genug einschätzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Sehr wichtig sind auch die Integrationsschritte in den Sachpolitiken, mehr Transparenz und Verständlichkeit der Union durch eine einheitliche Rechtspersönlichkeit der Union, klare Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten – auch das ist von meinem Vorredner schon ausführlich erläutert worden –, die Vereinfachung der Verfahren und eine bessere Systematisierung sowie klarere, verständliche Rechtsinstrumente der EU.

Die EU wird mit dieser Verfassung ein Stück demokratischer. Wir haben sehr viel mehr Rechte für das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber. Es ist jetzt gleichberechtigter Teil der Haushaltsbehörde neben dem Rat.

Die Wahl des Kommissionspräsidenten erfolgt auf Vorschlag des Europäischen Rates durch das Parlament. Wir glauben, dass es insbesondere für die Akzeptanz Europas bei den Bürgerinnen und Bürgern ein ganz elementarer Schritt ist, dass das Parlament auch diese wichtige Aufgabe, den Chef der Kommission zu bestimmen, nun in der Hand hat.

Ganz wichtig ist die Öffentlichkeit der Ratssitzungen. Der Europäische Rat war ja quasi das einzige Gesetzgebungsorgan innerhalb der modernen Verfassungsstaaten, das nicht-öffentlich getagt hatte – ein Unikum ersten Ranges. Dass dieser Zustand jetzt abgeschafft wird, kann uns auch hoffen lassen, dass es, wenn es uns gelingt, eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen, für die Bürgerinnen und Bürger klarer wird, dass es sehr wohl angebracht ist, sich um Europapolitik zu kümmern, weil in sehr vielen Bereichen wie zum Beispiel der gesamten Wirtschaftspolitik 80 % aller Entscheidungen in Brüssel getroffen werden.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der
SPD und der FDP/DVP)

Das wird vielleicht durch die Öffentlichkeit der Ratssitzungen gewährleistet. Ohne eine Öffentlichkeit der Ratssitzungen kann auch keine demokratische Öffentlichkeit entstehen, die diesen Prozess begleitet, weil man sonst immer nur das Ergebnis kommentieren kann.

Die EU-Verfassung sieht sogar ein Bürgerbegehren vor, also auch erste Elemente direkter Demokratie. Wir haben das Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente – sicher etwas, was auch im Zusammenspiel der deutschen und der deutschsprachigen Länder, die ja diese Föderalismustradition haben, mit entstanden ist und was sicher auch ein Verdienst des Ministerpräsidenten Teufel ist, der sich in dieser Frage sehr engagiert hat.

Aber die Verfassung ist natürlich in Details noch unvollendet. Sie umzusetzen und weiterzuentwickeln ist die vor uns liegende Herausforderung, insbesondere was die Einstimmigkeit in zwei wichtigen Bereichen betrifft: in der Außenpolitik, aber auch in den Steuerfragen. Auch da hoffen wir, dass wir bald zu Mehrheitsentscheidungen übergehen können.

(Kretschmann)

Wir müssen den Ratifizierungsprozess, der jetzt ansteht, abwarten. Dabei bestehen allerdings ungeklärte Fragen: Was geschieht eigentlich mit den europäischen Nationen und Ländern, in denen es bei Referenden möglicherweise zu einer Ablehnung dieser Verfassung kommt? Das ist eine ganz ungeklärte Frage. Es ist zwar ein Auftrag an alle Europapolitiker, sich in den jeweiligen Ländern einzusetzen, aber was geschieht dann tatsächlich?

Deswegen haben wir den Vorschlag gemacht, einen europaweiten Volksentscheid in allen Mitgliedsstaaten gleichzeitig herbeizuführen, weil solch ein europaweiter Volksentscheid über die Europäische Verfassung genau das richtige Instrument wäre, mit dem verhindert werden könnte, dass die Entscheidung über die Europäische Verfassung im jeweiligen Nationalstaat innenpolitisch instrumentalisiert wird, wie es leider oft der Fall war. Das geht übrigens auch an die Adresse der Union, die versucht hat, den Europawahlkampf zu einer Abrechnung mit Rot-Grün zu machen. Wer versucht, europäische Fragen für einen innenpolitischen Kampf zu instrumentalisieren, der darf sich nicht wundern, wenn durch solche Vorgänge die Europamüdigkeit, die er beklagt, erst entsteht.

(Beifall bei den Grünen)

Es war ein Offenbarungseid, dass Ihre Spitzenkandidaten nach der Europawahl zugeben mussten, wie es ihnen geschadet hat, dass Sie versucht haben, die Wahl zu einer innenpolitischen Abrechnung mit der Bundesregierung zu nutzen. Ich hoffe, dass es das letzte Mal war, dass die Union versucht, die europäischen Fragen, die für unsere Bevölkerung so wichtig sind, innenpolitisch zu instrumentalisieren.

Jedes Gemeinwesen lebt nämlich gerade davon, dass die Bürgerinnen und Bürger zwischen den Zuständigkeiten der einzelnen Ebenen zu unterscheiden vermögen und wissen, dass man nicht einen tüchtigen Gemeinderat dafür abstrafte, dass ein Bundeskanzler, der der gleichen Partei angehört wie er selbst, eine Politik macht, mit der vielleicht manche nicht zufrieden sind. Das setzt ein lebendiges Gemeinwesen eigentlich voraus. Darum, finde ich, war das Verhalten der Union im Europawahlkampf ein schwerer Sündenfall.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zur Europapolitik im Landtag sagen. Wir werden nicht müde, unsere alte Forderung weiter zu erheben, dass in diesem Landtag ein Europaausschuss eingerichtet wird. Der Landtag braucht einen Europaausschuss. Der Ständige Ausschuss, der bisher für Europafragen zuständig ist, hat sich zuletzt im November letzten Jahres mit Europa befasst. Das muss man sich vorstellen! Das ist auch verständlich, weil im Ständigen Ausschuss ganz andere Fragen im Vordergrund stehen und weil die Kolleginnen und Kollegen, die in den Ständigen Ausschuss geschickt werden, aus ganz anderen Gründen dorthin entsandt werden. In der Regel sind es nämlich Rechtsfragen, Medienfragen, die der Ständige Ausschuss behandelt.

Weil wir keinen Europaausschuss haben, rücken in diesem Landtag Europafragen an den Rand. Das widerspricht eigentlich völlig der Bedeutung, die Sie Europafragen mit der heutigen Regierungserklärung geben. Ich fordere daher die Regierungsfractionen auf, sich das noch einmal zu überle-

gen. Wir brauchen einen Europaausschuss. Warum? Weil im Kontext des Frühwarnsystems zur Subsidiaritätskontrolle es bei künftigen EU-Vorlagen angesichts der kurzen Fristen, die wir haben, wichtig ist, dass wir uns nicht erst dann mit den Fragen beschäftigen, wenn sie durch die Institutionen durch sind und wir nur noch Ja oder Nein sagen können. Sonst hat ein Parlament keinen wirklichen Einfluss und wird zu einer reinen Ratifikationsinstanz, die nur Ja oder Nein sagen kann. Das Entscheidende aber ist, dass wir bei den kommenden Richtlinien, die in Zukunft ja Gesetze heißen werden, in ihrem Entstehungsprozess einbezogen werden und als Land und Parlament rechtzeitig intervenieren können. Nur dann können wir – auch über unsere Landesvertretung im Bund – überhaupt einen feststellbaren Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen. Dazu braucht man einen Ausschuss, der sich mit diesen Fragen professionell beschäftigt.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass die heute verabschiedete Kollegin Gräble, der ich an dieser Stelle viel Erfolg im Europäischen Parlament wünsche, vorgeschlagen hat, hier im Landtag ein Europabüro einzurichten. Ich halte diesen Vorschlag für richtig und gut. Wir müssen in Zukunft die Europaabgeordneten auch hier im Parlament haben, damit wir mit den Möglichkeiten, die wir über die Subsidiaritätskontrolle haben, auch den lebendigen Kontakt pflegen können. Ich hoffe, dass wir hier in Bälde ein solches Büro einrichten können, ein Büro, in dem alle Vertreter Baden-Württembergs im Europäischen Parlament hier mit uns Kontakt aufnehmen können, Bürgersprechstunden und Ähnliches durchführen können, damit wir zu einer Vernetzung der Europapolitik mit der Landespolitik kommen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir fordern schließlich die Landesregierung auf, die Berichte der Landesvertretung in Brüssel auch an das Parlament weiterzuleiten. Ich finde, dass das Büro in Brüssel nicht einfach nur eine Institution der Regierung sein darf. Es muss in Zukunft auch dem Parlament zur Verfügung stehen, damit wir Europa vor der Bürgerschaft lebendig machen können, damit wir es vertreten können, damit wir intervenieren können. Wenn wir uns dazu mit einem Europaausschuss die Instrumente schaffen, sind wir, glaube ich, gut gewappnet und können etwas dafür tun, dass sich die Menschen vor Europa nicht fürchten, sondern dass sie die großen Chancen und Möglichkeiten, die Europa in der Zukunft hat, sehen und nutzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Stickelberger SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

Abg. Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begrüßen es außerordentlich, dass die Regierungskonferenz nach einem Jahr jetzt endlich einen Erfolg erzielt hat und einen Verfassungsentwurf verabschiedet hat, der ins Ratifizierungsverfahren geht. 90 % des Konventstextes und hier insbesondere auch die inhaltlich wichtigen Punkte bleiben unverändert.

(Herrmann)

Ich möchte mich ganz besonders beim Vertreter der Länder im Konvent, bei unserem Ministerpräsidenten Erwin Teufel, bedanken, der unsere Interessen mit großer Sachkunde und diplomatischem Geschick in die Beratungen auch der letzten Monate mit eingebracht und zu diesem Ergebnis mit beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich möchte mich auch bei unserem Europaminister Christoph Palmer dafür bedanken, dass er als Vorsitzender des EU-Ausschusses des deutschen Bundesrats ebenso dazu beigetragen hat, dass ein gutes Ergebnis zustande gekommen ist. Seine Einflussnahme, seine Sachkenntnis und seine Mitwirkung waren ebenfalls wesentlich dafür, dass wir jetzt im Ratifizierungsprozess ein vernünftiges und gutes Ergebnis haben. Hierfür herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich möchte aber auch zwei Punkte, die in diesem Verfassungsentwurf nicht enthalten sind, kritisch ansprechen. Den ersten Punkt hat der Ministerpräsident vorhin genannt: den fehlenden Gottesbezug. Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist vielmehr eine Wertegemeinschaft, die von übereinstimmenden Grundwerten getragen wird. Bei aller Toleranz gegenüber anderen gehört dazu, dass die christlichen Wurzeln dieses Europas in der Präambel der Verfassung mit verankert sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir begrüßen es daher, dass Sie, Herr Ministerpräsident, diese Frage beim Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention erneut auf die Tagesordnung bringen werden. Wir möchten Sie hierin nachdrücklich unterstützen.

(Beifall des Abg. Hauk CDU)

Ein zweiter Punkt, der aus unserer Sicht fehlt, ist der einheitliche Legislativrat, also ein Gremium der Staaten, das durch die gleichen Personen besetzt ist und die europäischen Gesetze zusammen mit dem Parlament beschließt. Die Wurzel von manchem Problem, das wir heute mit Richtlinien oder Verordnungen haben, liegt darin, dass bisher Fachministerkonferenzen die Dinge beraten haben und eine Gesamtschau fehlt. Leider war dieser Legislativrat nicht mehrheitsfähig. Ich möchte hier aber auch ausdrücklich positiv erwähnen, dass Außenminister Fischer in der Regierungskonferenz diesen Legislativrat verteidigt und unterstützt hat. Nur war bei den anderen die erforderliche Mehrheit nicht zu erreichen. Umso mehr sind jetzt die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, der Bürgerkammer, die zusammen mit dem Rat Gesetze beschließt, gefordert. Denn manche Vorlage der Kommission mag aus fachlicher Sicht richtig sein, ist aber aus gesamtpolitischer Verantwortung fraglich und manchmal sogar falsch. Hier muss dann das Parlament die Dinge kritischer als bisher unter die Lupe nehmen und gegebenenfalls auch einmal Vorlagen ablehnen, die aus der Gesamtverantwortung heraus für uns nicht tragbar sind.

Lassen Sie mich jetzt zu den positiven Ergebnissen kommen, die bei weitem überwiegen. Ich möchte auch hier aus den vielen Einzelpunkten, die angesprochen worden sind, drei herausgreifen.

Das ist zum einen die Daseinsvorsorge, die im Sinne der Länder verbessert worden ist. Bisher hieß es im Konventsentwurf, dass die Grundsätze und Bedingungen der Daseinsvorsorge durch europäische Gesetze festgelegt werden sollen. Nun heißt es im Verfassungstext, dass im Sinne der Mitgliedsstaaten eine Einschränkung vorgenommen worden ist und dass die Mitgliedsstaaten das Zurverfügungstellen, das Inauftraggeben und die Finanzierung der Daseinsvorsorge selbst bestimmen. Insbesondere für die kommunale Selbstverwaltung in Baden-Württemberg ist das eine wichtige und notwendige Verbesserung, die erreicht werden konnte.

Der zweite Punkt ist, dass als Ziel der nachhaltigen Entwicklung die Preisstabilität neben dem Wirtschaftswachstum in den Verfassungsentwurf aufgenommen worden ist. Auch das halte ich für eine richtige und gute Ergänzung des Konventsentwurfs.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort zur gestrigen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Stabilitätspakt sagen. Wir begrüßen diese Entscheidung außerordentlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.
Beate Fauser FDP/DVP)

Denn es ist für viele unverständlich, dass Deutschland zwar die Stabilitätskriterien durchgesetzt hat – als es diese Stabilitätskriterien durchsetzte, stand Deutschland unter der Regierung Helmut Kohl mit solider Haushaltspolitik an der Spitze der Länder –

(Lachen bei der SPD)

und dass die damaligen Schlusslichter – –

(Zurufe von der SPD)

– Ja, Sie hören das nicht gerne, aber die damaligen Schlusslichter Italien und Griechenland machen heute eine solide Haushaltspolitik, während Deutschland mit dem Haushalt der rot-grünen Bundesregierung heute am Ende der 25 EU-Länder steht. Das ist der eigentliche Skandal auf europäischer Ebene.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Junginger SPD: Also von Finanzpolitik hat der Kollege Herrmann keine Ahnung!)

Dann sagt die Bundesregierung noch, dass man Ausnahmen machen sollte, weil Frankreich und Deutschland, die größten Länder der Europäischen Union, diese Kriterien nicht einhielten. Dass das das Vertrauen, das Helmut Kohl aufgebaut hat, nicht stärkt, sondern Misstrauen schürt, versteht doch jeder, nur unsere rot-grüne Bundesregierung offenbar nicht.

(Abg. Knapp SPD: Ziehen Sie die 2 Milliarden € von Baden-Württemberg ab; dann wird es besser! –
Zuruf des Abg. Gall SPD)

(Herrmann)

Deshalb halte ich es für richtig, dass der Europäische Gerichtshof hier eine klare Entscheidung getroffen hat. Das stärkt das Vertrauen auch der kleineren Länder in Europa, und die großen müssen sich an das halten, was einmal vereinbart worden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Röhm CDU: Bravo! – Abg. Reichardt
CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, sind das Frühwarnsystem und die Kontrolle der Subsidiarität mit dem Einspruchsrecht und dem Klagerecht.

Wir haben in Deutschland die Situation, dass die nationalen Parlamente – Bundestag und Bundesrat – eine Einspruchsmöglichkeit gegen Rechtsetzungsvorschläge der Kommission haben. Wenn solche Einsprüche nicht berücksichtigt werden, besteht die Möglichkeit, Klage zu erheben. Über eine innerstaatliche Regelung kann auch jedes Bundesland ein Einspruchs- und ein Klagerecht erhalten. Wir sollten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland rasch klären, wie die Länderparlamente hier mit eingebunden werden können. Ich vertraue hier darauf, dass unser Landtagspräsident dieses Thema in der Konferenz der Landtagspräsidenten mit zur Sprache bringt und recht bald Vorschläge unterbreitet, wie auch die Länderparlamente in dieses Verfahren mit eingebunden werden können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorgeschlagen, dass die EU-Vorlagen auch unmittelbar dem Landtag übermittelt werden sollten. Wir sollten uns hier durchaus überlegen, wie wir uns effektiver mit den EU-Vorlagen befassen können; Herr Kollege Kretschmann hat das vorhin angesprochen. Wir haben in Europaangelegenheiten ein gutes Beteiligungsverfahren zwischen Landesregierung und Landtag. Nach dem gegenwärtigen Verfahren berät der zuständige Fachausschuss des Landtags abschließend. In den letzten drei Jahren dieser Legislaturperiode sind uns von der Landesregierung 20 EU-Vorlagen zur Stellungnahme zugeleitet worden. Ich finde, das ist von der Zahl her ausgesprochen wenig. Wir sollten überlegen, ob EU-Vorlagen künftig nach der Behandlung im Fachausschuss nicht zusätzlich im für Europafragen zuständigen Ständigen Ausschuss beraten werden sollten.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Herr Kollege Kretschmann, wir brauchen keinen zusätzlichen Ausschuss hier im Parlament. Wir können im Rahmen der vorhandenen Strukturen besser Einfluss nehmen als bisher. Sitzungen des Ständigen Ausschusses zu EU-Vorlagen können dann auch einmal in der Mittagspause einer Landtagsplenarsitzung stattfinden. Denn auf unserer Ebene gilt dasselbe wie auf europäischer Ebene: Manche Verordnung oder Richtlinie, die aus fachlicher Sicht vielleicht richtig ist, kann aus gesamtpolitischer Verantwortung heraus gesehen falsch sein. Deshalb sollten wir diese Dinge etwas intensiver und effektiver im Rahmen der vorhandenen Strukturen im Landtag beraten.

Meine Damen und Herren, zu Transparenz und Verständlichkeit gehört nicht nur, dass die Verfassungstexte entsprechend abgefasst sind, sondern hierzu gehört auch, dass unsere Presse und unsere anderen Medienorgane über die Beratungen im EU-Parlament und die künftig öffentlichen Beratungen im Gesetzgebungsverfahren des Ministerrats berichten und die uns konkret betreffenden Punkte besser herausarbeiten. Es ist nicht gut, wenn sich die Berichterstattung über europapolitische Themen auf einige Wochen vor der Europawahl beschränkt und sich ansonsten nur auf die Tagegelder der Europaabgeordneten oder den Krümmungsgrad der Gurken bezieht. Eine Transparenz der europäischen Entscheidungsprozesse wird so nicht hergestellt.

Lassen Sie mich dies an einem konkreten Beispiel darlegen: Derzeit beraten wir in vielen Kreistagen und Gemeinderäten sehr intensiv die Meldung der Gebiete aufgrund der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie. Als die FFH-Richtlinie im Europäischen Parlament behandelt wurde, gab es 53 Änderungsanträge des Parlaments an die Kommission. Verabschiedet wurde sie noch nach altem Recht nichtöffentlich im Ministerrat. Ich hätte mir gewünscht, dass dieses Diskussionsverfahren etwas transparenter in den Medien dargestellt worden wäre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Aber wir müssen uns hier auch an die eigene Nase fassen: Der Umweltausschuss dieses Landtags hat die FFH-Richtlinie am 24. April 1991, wie ich finde, nicht sehr gründlich beraten. Hier ist es notwendig, mehr Dinge, die uns in zehn oder mehr Jahren einholen und die ganz konkret viele von uns in den Städten und Gemeinden betreffen, gründlicher zu beraten und der Öffentlichkeit zu vermitteln. Ich meine das, was auf europäischer Ebene beraten wird und die Landes-, teilweise sogar die Kommunalpolitik betrifft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dazu gehört auch, dass dann, wenn das Verfahren der Gesetzgebung abgeschlossen ist, auch im Internet ganz konkret nachvollziehbar ist, wie Entscheidungen zustande gekommen sind – so, wie es auch unserer Parlamentstradition in Deutschland entspricht, nach der wir Gesetzentwürfe mit Begründung, Berichte über die Ausschussberatungen sowie Protokolle über die Plenardebatten auch noch nach Jahren nachlesen und die Entscheidungen nachvollziehen können. Diese Transparenz und diese Verständlichkeit waren im Rechtsetzungsverfahren der EU bisher nicht vorhanden. Ich hoffe und wünsche, dass das Verfahren künftig im neuen Rahmen, in der neuen Verfassung der EU transparenter, verständlicher und nachvollziehbarer gemacht werden kann.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist die Beteiligung an der letzten Europawahl, die in allen Ländern der EU ausgesprochen ernüchternd und gering gewesen ist. Ich habe dafür teilweise auch Verständnis.

(Abg. Capezuto SPD: Was?)

Denn wie wollten wir den Wählern erklären, warum man aus europäischer Sicht die eine Partei wählen und die ande-

(Herrmann)

re Partei nicht wählen soll? Und, Herr Kretschmann, es war ja nicht das erste Mal, dass Länderinteressen und Innenpolitik bei Europawahlen einen größeren Raum eingenommen haben. Das haben auch die Grünen bei den vergangenen Europawahlen schon so gemacht, wie es auch jetzt von der derzeitigen Opposition auf Bundesebene gemacht worden ist.

Ich halte es für notwendig, Europa künftig mehr mit Personen zu verbinden. Dass dies in Europawahlkämpfen künftig mehr zur Geltung kommt und dass wir europäische und nationale Spitzenkandidaten haben und sie auch in den Medien besser zur Geltung bringen, das erwarte ich mir auch vom neuen Kommissionspräsidenten, der ja alle fünf Jahre vom Parlament gewählt wird. Dann sind auch Abgrenzungen zwischen den Parteien zu europäischen Themen besser möglich, und es ist eher denkbar, dass bei der Europawahl die europäische Politik eine größere Rolle spielt und nicht nationale Themen, wie es in fast allen Ländern der EU beim vergangenen Wahlkampf leider der Fall gewesen ist.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, noch eine Grundsatzbemerkung: Die Verfassung wird jetzt in 25 Staaten der EU ratifiziert. Es werden noch mehr werden; bald sind es 27 und mit den Staaten des Balkans gegebenenfalls noch mehr. Bei allen Problemen, die die EU immer wieder hat und die auch in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt werden, sollten wir nicht übersehen, welch großartige Leistung in den letzten Jahren und Jahrzehnten erreicht wurde. Meine Eltern und Großeltern mussten in den Fünfzigerjahren noch ein Visum beantragen, um nach Frankreich oder Spanien oder auch nur nach Straßburg zu reisen. Heute steigen wir wie selbstverständlich in Stuttgart ins Flugzeug ein,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nein! Nicht fliegen!)

fliegen nach Spanien oder Frankreich oder machen einen Sonntagsausflug nach Straßburg. Wir können ohne Visum reisen und in der gleichen Währung bezahlen wie hier. Das ist ein ganz großer Fortschritt, der nur durch die europäische Einigung möglich war. Das muss man auch einmal positiv darstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Das muss man auch einmal sagen!)

Hätten wir zu Beginn des 20. Jahrhunderts den gleichen Einigungsprozess gehabt, wie wir ihn jetzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben, dann wäre uns viel Leid durch zwei Weltkriege erspart geblieben. Das ist allemal wichtiger als manche kleinkarierte Diskussion über die eine oder andere Finanzfrage oder über die eine oder andere Detailregelung, die durch Europa erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Oder über den Stabilitätspakt! Genau!)

Die jetzt vorliegende Verfassung ist ein entscheidender Baustein für dauerhafte Sicherheit, für dauerhaften Frieden und für Wohlergehen für alle Menschen in ganz Europa im 21. Jahrhundert. Sorgen wir mit dafür, dass sie in allen Staaten ratifiziert wird, damit wir für das 21. Jahrhundert

eine gute Grundlage im Miteinander der Menschen in Europa haben!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Worte erteile ich Herrn Abg. Rust.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Endlich mal ein Highlight!)

Abg. Rust SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als sich vor knapp vier Wochen die Staats- und Regierungschefs Europas auf eine Europäische Verfassung geeinigt haben, war dies zweifellos ein historischer Schritt, historisch in dreierlei Hinsicht:

Zum einen mussten sich bei einer Entscheidung dieser Tragweite zum ersten Mal 25 Mitgliedsstaaten, also auch die zehn neuen Mitglieder, auf einen Kompromiss einigen und haben diesen dann auch einstimmig verabschiedet.

Historisch ist zum anderen, dass sich Europa mit dieser Verfassung ein Regelwerk für die künftige Zusammenarbeit gegeben hat, um auch als „Europa der 25“ weiterhin handlungsfähig zu bleiben.

Historisch ist drittens – es wurde schon mehrfach erwähnt –, dass das Europäische Parlament durch diese Verfassung entscheidend gestärkt wurde. Damit wurden die demokratische Kontrolle und die demokratische Legitimation in Straßburg und Brüssel gestärkt. Dies, meine Damen und Herren, ist ein großer Erfolg für die Demokratie in Europa.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Seimetz CDU und Theurer FDP/DVP)

Ich möchte kurz auf einige Einzelpunkte der Verfassung eingehen – nicht auf alle, weil wir in vielen Teilen sehr große Einigkeit haben.

Ich halte es in der Tat für enorm wichtig, dass Europa zukünftig für die Menschen viel stärker greifbar wird: durch Gesichter. Die Menschen verbinden Politik zwar nach wie vor auch mit Inhalten, aber zunehmend mit Menschen, mit Köpfen, mit Gesichtern. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass Europa diese Gesichter, diese Köpfe, diese Menschen bekommt. Es ist daher wichtig, dass wir mit der Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament, mit dem europäischen Außenminister und mit einer längeren Amtszeit des Vorsitzenden des Europäischen Rates Ämter und Personen haben, die Europa besser und stärker repräsentieren können, als es bisher möglich war.

Ein großer Erfolg vor allem der deutschen Bundesregierung ist die Durchsetzung des Prinzips der doppelten Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Die doppelte Mehrheit, also die Mehrheit der Bürger und die Mehrheit der Staaten, ist ein wichtiger, wenn nicht der entscheidende Punkt in dieser Verfassung, um als „Union der 25“ handlungsfähig zu bleiben. Wir stärken damit zugleich das demokratische Prinzip, indem die Größe der Bevölkerung eines Landes nun mehr als bisher gewichtet wird.

(Rust)

Das Prinzip der doppelten Mehrheit bringt aber zugleich auch den Charakter der Europäischen Union zum Ausdruck. Sie ist eine Union der Staaten und eine Union der Bürger. Das halte ich für besonders wichtig.

Auch in Zukunft, meine Damen und Herren, wird es eine starke Europäische Kommission geben. Aber auch die Frage der künftigen Zusammensetzung der Europäischen Kommission wurde aus unserer Sicht in einem guten, fairen Kompromiss geregelt. Die Zahl ihrer Mitglieder wird zwar übergangsweise ansteigen, doch halte ich dies durchaus für legitim und nachvollziehbar – vor allem aus Sicht der neuen Staaten im Osten Europas. In einer Übergangsfrist sind alle diese Staaten in der Kommission vertreten, was zur Akzeptanz Europas in diesen Beitrittsländern und zu ihrer besseren Integration beiträgt. Nach dieser Übergangsfrist, nach dem Jahr 2014, wird die Kommission wieder deutlich verkleinert und in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einigen Punkten Stellung nehmen, die der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung – wie ich finde, zum Teil zu Recht – kritisch angesprochen hat.

Zunächst zum Thema des fehlenden Gottesbezugs in der Präambel der Verfassung. Auch wir hätten uns einen deutlicheren Gottesbezug gewünscht. Im ersten Satz der Verfassung wird nun lediglich das „kulturelle und religiöse Erbe Europas“ erwähnt. Wenn man das kulturelle und religiöse Erbe Europas kennt, kann man natürlich interpretieren, dass damit das christliche Erbe gemeint sei. Dem ist auch so. Dennoch hätten wir uns eine deutlichere Formulierung gewünscht. Dass sie aber völlig fehlt, sehe ich nicht so.

Die deutsche Bundesregierung und auch die deutschen Mitglieder im Konvent haben sich nachhaltig für eine deutlichere Formulierung eingesetzt. Ich finde es, ehrlich gesagt, ein wenig schade, dass Sie nach wie vor wider besseres Wissen versuchen, der Bundesregierung einen Strick daraus zu drehen, dass der Kompromiss in dieser Form zustande gekommen ist. Im Konsens war als Kompromiss keine andere Formulierung möglich.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, Herr Ministerpräsident, Sie wissen so gut wie ich, dass sowohl im Konvent als auch in der Regierungskonferenz ein deutlicherer Gottesbezug keine Mehrheit gefunden hätte. Er ist ja von manchen Ländern vehement abgelehnt worden. Von manchen Ländern ist sogar angedroht worden, den Kirchenparagrafen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

in dem die christlichen Kirchen der Mitgliedsländer ihre nationale Stellung auch auf der europäischen Ebene garantiert bekommen, zur Disposition zu stellen. Ich bin der Überzeugung, dass der Kompromiss, den wir gefunden haben – mit dem Kirchenparagrafen, mit einem abgemilderten Gottesbezug und einem abgemilderten religiösen Bezug –, den christlichen Kirchen in unserem Land weit mehr nutzt als ein Satz in der Präambel, den, wenn wir ganz ehrlich sind, ein Großteil der Bevölkerung nie lesen würde.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir noch einen Satz zum Gottesbezug, weil mir das als jemandem, der selbst kirchlich engagiert ist, wichtig ist. Ich bin der festen Überzeugung: Ein wahrhaft christlich geprägter Staat oder Staatenbund zeichnet sich nicht durch einen Halbsatz in einem Vorwort einer Verfassung aus. Ein wahrhaft christlich geprägter Staat zeichnet sich durch ein von christlicher Nächstenliebe geprägtes soziales und solidarisches Sicherungssystem aus, das die Ärmsten in der Gesellschaft nicht vergisst und den Schwächeren und Hilfsbedürftigen unter die Arme greift.

(Abg. Stickelberger SPD: So ist es!)

Das ist praktizierte christliche Nächstenliebe.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich – obwohl mir dies eigentlich widerstrebt – noch ein, zwei Punkte zum Stabilitätspakt sagen. Mir widerstrebt es eigentlich, in einer Diskussion über eine hervorragende Europäische Verfassung dazu Stellung zu nehmen. Mir widerstrebt es eigentlich, in diesem Zusammenhang auf 16 Jahre der Schuldenmacherei in Deutschland hinzuweisen, und mir widerstrebt es eigentlich, Ihnen vorzurechnen, wie viel Schulden von Finanzminister Theo Waigel in einer Zeit gemacht wurden,

(Abg. Fischer SPD: In der wir Wachstum hatten!)

die vor 1998 lag. Mir widerstrebt es eigentlich, in einer Diskussion über eine Europäische Verfassung, die großartig ist, mit solchen Kleinlichkeiten, die mit der Verfassung selbst nichts zu tun haben, Angriffe zu starten. Ich werde dies deshalb nicht tun.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Meine Damen und Herren, die Europäische Verfassung ist mit dem Beschluss der Regierungskonferenz aber noch nicht über den Berg. Nun muss sie noch in unterschiedlichen Verfahren in den Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Thema Referendum eingehen. Ich habe mich, ehrlich gesagt, schon ein bisschen gewundert, als ich den Brief der FDP/DVP-Fraktion an die anderen Fraktionen in diesem Hause gelesen habe, in dem sie sich nachhaltig für ein Referendum der Bürger zur EU-Verfassung einsetzt. Meine Damen und Herren von der FDP/DVP, wer in diesem Hause, im Landtag von Baden-Württemberg, jeden Antrag für mehr Bürgerbeteiligung, für mehr direkte Demokratie ablehnt, wer jedes Entgegenkommen und jeden Kompromiss

(Abg. Theurer FDP/DVP: Stimmt ja überhaupt nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Selbstverständlich! – Zuruf von der SPD: Stimmt alles! – Abg. Theurer FDP/DVP: Wir haben ja die Quoren gesenkt! Herr Kollege, ich bitte Sie, das doch einmal zur Kenntnis zu nehmen! – Widerspruch bei der SPD)

zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg ablehnt, der hat aus meiner Sicht das Recht verweigert, auf anderen Ebenen genau dies zu fordern.

(Rust)

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Sehr geehrter Herr Theurer, setzen Sie diese Forderung, bevor Sie sie auf anderer Ebene aufstellen, zuerst dort um,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Haben wir ja hier bereits gemacht! – Gegenruf von der SPD: Ihr macht doch gar nichts!)

wo Sie Verantwortung tragen. Setzen Sie sie hier um, bevor Sie auf anderer Ebene das anmahnen, wozu Sie selbst nicht in der Lage sind. Alles andere wäre unglaublich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr richtig! – Zuruf von der FDP/DVP: Wozu sind denn die Quoren gesenkt worden?)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Diese Verfassung ist ein Kompromiss, aber ein guter Kompromiss. Einiges hätten wir uns vielleicht noch anders gewünscht, aber bei Kompromissen muss man eben auch die eine oder andere Kröte schlucken. Ich bin der Überzeugung, dass auch diese Verfassung noch weiterentwickelt wird. Wir befinden uns in einem Prozess, der mit dieser Verfassung nicht endet, sondern erst richtig beginnt.

Herr Ministerpräsident, etwas schade fand ich, dass Sie die ungeheuren Leistungen der Bundesregierung bei den Verhandlungen nicht erwähnt haben. Ein paar anerkennende, vielleicht auch dankende Worte

(Zuruf von der SPD: Das kann er nicht!)

hätten auch Ihnen in diesem Zusammenhang und in dieser Richtung ganz gut angestanden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber mit gutem Beispiel vorangehen und mich bei den Baden-Württembergern, die an der Erarbeitung dieser Verfassung beteiligt waren, explizit bedanken. Ich möchte bei Ihnen beginnen, Herr Ministerpräsident, und Ihnen unseren Dank für Ihre Arbeit im Konvent aussprechen und auch Ihnen, Herr Minister Dr. Palmer, für Ihre Mitarbeit danken.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Capezzuto und Abg. Dr. Caroli SPD: So sind wir!)

Ich möchte weiter danken und bin gespannt auf den Applaus, der dann hoffentlich in genau der gleichen Resonanz kommt. Ich möchte zwei weiteren Baden-Württembergern danken, die an entscheidender Stelle mitgearbeitet haben. Zum einen möchte ich dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Jürgen Meyer aus Ulm danken,

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Herrmann CDU: Da klatschen wir auch! – Abg. Fleischer CDU: Spitzname „Profil-Meyer“!)

der für den Bundestag im Konvent mitgearbeitet hat, und ich möchte Herrn Staatsminister Hans Martin Bury aus Bietigheim danken, der für die Bundesregierung bei den Ver-

handlungen über die Verfassung an entscheidender Stelle verantwortlich war.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Sie sehen, meine Damen und Herren, dass das Ländle sehr gut an den Verhandlungen und am Verfassungsentwurf beteiligt war. Ich bin nicht zuletzt deshalb der Überzeugung, dass die Verfassung von Erfolg gekrönt sein wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Oettinger CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Capezzuto SPD: Oh Jesses, nein!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur der Europäische Rat hat bei seiner Sitzung am 17. und 18. Juni in Brüssel über die geringe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei den Europawahlen beraten. Eine Verfassung für Europa. Aber in welcher Verfassung ist Europa? Obwohl die Beteiligung an den Europawahlen in Baden-Württemberg mit 53,1 % – immerhin der vierte Platz bundesweit – noch relativ gut war, stellt sich auch bei uns die Frage, warum nur so wenige Menschen in unserem Land zur Wahl gingen. Diese Wahlbeteiligung kann gerade in einem Bundesland, das wie kein zweites in der Europäischen Union vom Binnenmarkt profitiert, nicht befriedigen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren, exportiert so viele Waren ins europäische Ausland wie Baden-Württemberg. Im Jahr 2003 gingen von unseren Exporten 70,25 % ins europäische Ausland, 52,16 % in die alten EU-Länder, und mittlerweile gehen bereits 12 % in die neuen Beitrittsländer. Die Exporte in die mittel- und osteuropäischen Länder haben beinahe den Umfang der Exporte in die USA erreicht.

Da unser Land das mit großem Abstand industriestärkste Bundesland ist, sind wir auch besonders abhängig vom Export und daher auf stabile wirtschaftliche Verhältnisse in Europa angewiesen. Die Entscheidung der Richter des Europäischen Gerichtshofs, die den Stabilitätspakt bestätigt haben, ist nach Auffassung der FDP/DVP-Landtagsfraktion richtungweisend.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sind dem liberalen Finanzminister der Niederlande dankbar, dass er dieses Thema auf die europäische Agenda gesetzt und damit erreicht hat, dass der Stabilitätspakt eingehalten werden muss. Dies wird zwar kurzfristig die Regierungen und Parlamente von Bund und Ländern und auch in den benachbarten europäischen Staaten vor große finanzielle Herausforderungen stellen. Langfristig aber sichert der Stabilitätspakt die Stabilität des Euro nach innen und außen und ist damit die Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Theurer)

Es bleibt unsere Aufgabe, den Menschen in unserem Land noch stärker die große Bedeutung Europas für unsere eigene ökonomische Zukunft ins Bewusstsein zu bringen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung, wie sie in anderen Ländern Europas abgehalten wird, wäre nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion auch in Deutschland nach wie vor das beste Mittel, die Notwendigkeit Europas

(Beifall bei der FDP/DVP)

und die Vorzüge der Verfassung, aber auch ihre Unzulänglichkeiten den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Lieber Kollege Rust, Sie haben verschwiegen, dass wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode die Quoren für den Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene abgesenkt haben. Der eigentliche Skandal an dieser Stelle ist ja, dass Rot-Grün in Sonntagsreden von mehr Bürgerbeteiligung spricht,

(Abg. Fischer SPD: Jetzt hören Sie doch einmal bitte mit solchen Märchen auf!)

aber in der zentralen Frage einer Europäischen Verfassung die Bürger nicht abstimmen lassen will.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was bringen denn Bürgerabstimmungen über einen Kanaldeckel in einer Gemeinde – dagegen bin ich ja gar nicht, da ist die FDP/DVP immer Vorreiter gewesen –,

(Abg. Fischer SPD: Wo Sie nicht überall Vorreiter waren!)

wenn man in der wirklich großen Zukunftsfrage Europas die Bürgerinnen und Bürger nicht abstimmen lässt? Hieran müssen Sie sich messen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Europa beginnt in den Köpfen der Menschen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus der Sicht der FDP/DVP-Fraktion ist der Verfassungsvertrag ein großer Fortschritt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Theurer FDP/DVP: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Theurer, ist es richtig, dass die FDP zusätzlich fordert, dass der Bundestag und der Bundesrat die Europäische Verfassung mit Zweidrittelmehrheit beschließen, und was soll dann das von Ihnen gewünschte Referendum bedeuten?

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Präsident Straub: Weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Kollege Theurer, ist es richtig, dass die FDP/DVP hier im Landtag die Drucksachen 13/1245 und 13/1246 der SPD-Fraktion abgelehnt hat?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was steht da drin?)

– Das waren die beiden Gesetzentwürfe der SPD, mit denen die Quoren abgesenkt werden sollten.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt hast du die Frage von Herrn Birzele versaut! Dumm gelaufen! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt aber raus mit der Sprache, Herr Theurer!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Knapp, die zweite Frage kann ich mit Ja beantworten. Dafür gab es auch sachliche Gründe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Nein! – Abg. Fischer SPD: Die gab es überhaupt nicht!)

Richtig ist aber auch, dass wir die Mitbestimmungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene gestärkt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zur Frage des Kollegen Birzele: Es ist richtig, dass die FDP auf Bundesebene eine Volksbefragung vorgeschlagen hat, die aber die Ratifizierung durch die deutschen Parlamente nicht überflüssig machen würde. Wir sind aber auch bereit, über andere Änderungen des Grundgesetzes mit Ihnen zu sprechen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Das ist doch gesplattene Zunge!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus Sicht der FDP/DVP ist der Verfassungsvertrag ein großer Fortschritt gegenüber den Regeln von Nizza.

(Abg. Gall SPD: Allzeit bereit!)

Die EU erhält Rechtspersönlichkeit, ihre Organe und Kompetenzen gewinnen Kontur. Der Verfassungsvertrag beinhaltet wichtige Schritte hin zu der dringend erforderlichen Vertiefung, ohne die die Handlungsfähigkeit des Europa der 25 nicht gewährleistet werden kann. Gut ist, dass jetzt Mehrheitsentscheidungen möglich sind, die sowohl die Interessen der Mitgliedsstaaten als auch der Bevölkerungsmehrheiten berücksichtigen. Der Konvent hat gute Arbeit geleistet. Man sieht ja, dass sich die Staats- und Regierungschefs nicht weit von dem Konventsentwurf weg bewegt haben.

Als Vertreter der deutschen Länder im Konvent haben Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, an dieser Arbeit an maßgeblicher Stelle aktiv mitgewirkt. Dafür möchte ich Ihnen und auch Herrn Minister Palmer im Namen der FDP/DVP-Fraktion unseren Respekt und unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Theurer)

Dass ausgerechnet der nach Reinhold Maier biederste und bodenständigste Ministerpräsident Baden-Württembergs nun durchaus Visionäres zum europäischen Einigungsprozess beigetragen hat, gehört sicherlich zu jenen Merkwürdigkeiten im Sinne des Bemerkenswerten, die es in der Geschichte immer wieder gibt.

(Abg. Fischer SPD: Aber Ihre Rede, die Sie halten, ist auch bemerkenswert, mein lieber Freund!)

Ginge es heute darum, Titel zu verleihen, so müsste dieser, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Teufel, in Anlehnung an Reinhold Maier „Graswurzeleuropäer“ lauten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Gerade der Beitrag der deutschen Bundesländer sollte nicht unterschätzt werden. Sie haben in der Überzeugungsarbeit wichtige Argumente geliefert, und das zu Recht, wenn man bedenkt, dass Baden-Württemberg mit 10,5 Millionen Einwohnern bei der Einwohnerzahl noch vor Ungarn und Österreich liegt. Natürlich rede ich keiner neuen Kleinstaaterei das Wort, im Gegenteil, wir können deutsche Interessen nur durch Geschlossenheit durchsetzen. Aber bei allen innerdeutschen Diskussionen über eine Zentralisierung von Einrichtungen und Institutionen wie zum Beispiel beim Verfassungsschutz zur besseren Terrorismusbekämpfung sollten wir diese Dimensionen im Hinterkopf behalten. Bessere Kooperation von Polizei und Justiz im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus: ja. Schaffung leistungsfähiger Einheiten durch Länderneugliederungen in Deutschland: ja. Zentralisierung von Einrichtungen wie Verfassungsschutz auf Bundesebene: nein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen ferner ausdrücklich die Grundrechtecharta in der Verfassung. Einen Gottesbezug hätte ich mir allerdings sehr wohl vorstellen können und ausdrücklich gewünscht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die FDP/DVP-Fraktion ist der Meinung, dass an einigen Punkten und Themen weitergearbeitet werden muss. So ist die Europäische Verfassung zweifelsfrei ein Schritt zu größerer Transparenz bei politischen Entscheidungen. Freilich, die Kompetenz des Europäischen Parlaments bleibt hinter dem Notwendigen zurück. Echte wirksame parlamentarische Kontrolle der europäischen Rechtsetzung ist eben dort noch nicht verwirklicht, meine Damen und Herren, und dieses Demokratiedefizit ist auch mit der neuen Europäischen Verfassung noch nicht endgültig beseitigt.

Für die FDP/DVP bleibt der Verfassungsvertrag somit nur ein erster wichtiger Schritt auf einem weiten Weg, der – und davon bin ich zutiefst überzeugt – am Ende des Prozesses bei den Vereinigten Staaten von Europa enden wird, ja enden muss, also einem Staatenverbund mit klar umrissenen Aufgaben und handlungsfähigen Organen, einer Kommission als europäischer Regierung, selbstverständlich gewählt durch das Europäische Parlament und von diesem kontrolliert und diesem verantwortlich.

Eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik, eine klar marktwirtschaftliche Ordnungs- und Währungspolitik, das sind vor allem die Felder, in denen wir mehr Europa brauchen, meine Damen und Herren.

Keine weiter gehende Integration dagegen brauchen wir im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik sowie der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Ich dachte, wir brauchen Mindeststeuersätze!)

Nicht die Harmonisierung der Steuersysteme ist der Königsweg, sondern der Wettbewerb der Systeme. Wir sind für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

und wir als Liberale sehen die Gefahr, dass durch die festgeschriebenen Sozialstandards in der Europäischen Verfassung der bereits überregulierte und unfinanzierbar gewordene Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland und anderer Mitgliedsstaaten nun auf alle EU-Länder übertragen wird.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Deutschland war einmal Lokomotive der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa. Wenn man heute die Situation anschaut, stellt man fest, dass Deutschland unter dieser Bundesregierung das ärmlichste Ergebnis abliefern, das je eine Bundesregierung zuwege gebracht hat.

(Abg. Rust SPD: Oje!)

Wenn man die Empfehlungen der Fachleute zur Kurierung dieser Krankheit anschaut, dann lesen sie sich wie das Programm der FDP, meine Damen und Herren:

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem, die Reform des deutschen Föderalismus durch eine echte Entflechtung der Ebenen und durch die Fusion kleinerer Bundesländer

(Abg. Fischer SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

sowie durch eine echte Steuerautonomie für die Bundesländer, Entrümpelung des deutschen Arbeitsrechts, Aufbau einer privaten Säule der Rentenversicherung, Reform der Krankenversicherung – alles Dinge, für die wir nicht Europa brauchen,

(Abg. Fischer SPD: Alles Dinge, die die FDP angepackt hat!)

die wir alle in Deutschland selbst anpacken können.

Meine Damen und Herren, Europa ist weder Allheilmittel noch Sündenbock. Wir haben es selbst in der Hand, unsere Zukunft erfolgreich zu gestalten. Lassen Sie uns diese Zukunft anpacken. Lassen wir uns anstecken von der Aufbruchstimmung in den osteuropäischen Ländern.

(Theurer)

Genau vor 15 Jahren mit der Ausreise der Botschaftsflüchtlinge am 24. August aus Budapest ist dieser Einigungsprozess begonnen worden. Damals haben sich die Menschen in Osteuropa für die Freiheit entschieden.

(Abg. Fischer SPD: Da habt ihr die falsche Grundlage gelegt!)

Genau das braucht unser Land.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns weiterarbeiten in diesem Sinne für ein vereintes Europa.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zustimmung des Landtags zur Berufung von Mitgliedern der Landesregierung und Vereidigung

Ich erteile hierzu dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

(Unruhe)

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund von Artikel 46 Abs. 2 der Landesverfassung habe ich folgende Mitglieder der Regierung neu berufen:

Herrn Ernst Pfister, Mitglied des Landtags, zum Wirtschaftsminister – ihn bestelle ich zugleich zu meinem Stellvertreter –

Herrn Heribert Rech, Mitglied des Landtags, zum Innenminister – er wird weiterhin die Aufgabe des Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler wahrnehmen –

(Beifall bei der CDU)

Frau Tanja Gönner, Mitglied des Bundestags, zur Sozialministerin – sie bestelle ich zugleich zur Behindertenbeauftragten der Landesregierung –

(Beifall bei der CDU)

Herrn Stefan Mappus, Mitglied des Landtags, zum Minister für Umwelt und Verkehr

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich bitte den Landtag, der Berufung der neuen Regierungsmitglieder gemäß Artikel 46 Abs. 4 der Landesverfassung zuzustimmen.

Ferner gebe ich dem hohen Haus bekannt, dass ich im Einvernehmen mit der zuständigen Ministerin und den zuständigen Ministern folgende politischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre ernennen werde:

Herrn Professor Dr. Wolfgang Reinhart, Mitglied des Landtags, zum politischen Staatssekretär im Finanzministerium

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Friedlinde Gurr-Hirsch, Mitglied des Landtags, zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Johanna Lichy, Mitglied des Landtags, zur politischen Staatssekretärin im Sozialministerium – sie wird weiterhin die Aufgabe der Frauenbeauftragten der Landesregierung wahrnehmen –

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herrn Dieter Hillebrand, Mitglied des Landtags, zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Verkehr

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, und ich bitte Sie um eine gute Zusammenarbeit auch mit den neuen Mitgliedern der Landesregierung.

An dieser Stelle danke ich den ausscheidenden Mitgliedern der Regierung, Herrn Minister Dr. Walter Döring, Herrn Minister Dr. Thomas Schäuble, Herrn Minister Dr. Friedhelm Repnik, Herrn Minister Ulrich Müller und Herrn Staatssekretär Wolfgang Rückert, sehr herzlich für ihre gute Arbeit für unser Land und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich spreche Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch meinen persönlichen Dank und meine Anerkennung für die dem Land geleisteten Dienste aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat gemäß Artikel 46 Abs. 4 der Landesverfassung die Zustimmung des Landtags beantragt zur Berufung des Herrn Ernst Pfister zum Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, des Herrn Heribert Rech zum Innenminister, der Frau Tanja Gönner zur Sozialministerin und des Herrn Stefan Mappus zum Minister für Umwelt und Verkehr.

Wer dem Antrag des Herrn Ministerpräsidenten zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass das Haus mehrheitlich der Berufung der Frau Ministerin Gönner sowie der Herren Minister Pfister, Rech und Mappus zugestimmt hat.

Wir kommen sogleich zur Vereidigung der Frau Ministerin und der Herren Minister.

Nach Artikel 48 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg haben die Mitglieder der Landesregierung beim Amtsantritt den Amtseid vor dem Landtag zu leisten, der lautet:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm

(Präsident Straub)

wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne die religiöse Beteuerung geleistet werden.

Frau Gönner und meine Herren Minister, ich darf Sie bitten, nacheinander zu mir auf das Podium zu treten, die rechte Hand zu erheben und die Worte zu sprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

(Die Anwesenden erheben sich.)

Bitte, Herr Wirtschaftsminister Pfister.

Wirtschaftsminister Pfister: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Herr Innenminister Rech.

Innenminister Rech: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Straub: Frau Sozialministerin Gönner.

Sozialministerin Tanja Gönner: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Straub: Herr Minister für Umwelt und Verkehr Mappus.

Minister für Umwelt und Verkehr Mappus: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, im Namen des ganzen Hauses wünsche ich allen für ihr neues, verantwortungsvolles Amt Glück und Erfolg.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Den ausgeschiedenen Herren Ministern Dr. Walter Döring, Dr. Thomas Schäuble, Dr. Friedhelm Repnik, Ulrich Müller sowie Herrn Staatssekretär Wolfgang Rückert darf ich an dieser Stelle ebenfalls im Namen des ganzen Hauses für ihre langjährige, engagierte und sachkundige Arbeit ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Schwerpunkte der Landespolitik für den Rest der Legislaturperiode – beantragt von der

Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 80 Minuten festgelegt, das heißt je Fraktion 20 Minuten bei zwei Redebeiträgen.

Zunächst hat der Herr Ministerpräsident um das Wort gebeten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Landesregierung habe ich in diesem Haus am 29. Oktober letzten Jahres eine Regierungserklärung mit Halbzeitbilanz und Ausblick auf die wichtigsten Aufgaben für die Zukunft und für den Rest der Legislaturperiode abgegeben. Diese Aussagen gelten unverändert. Ich wiederhole sie nicht, zumal nicht im Rahmen einer Aktuellen Debatte, sondern ich beziehe mich auf sie.

Die Landesregierung erledigt berechenbar und zuverlässig ihre Aufgaben – auch große Reformwerke im Bereich der Schulen, der Hochschulen und der Verwaltung. Sie sichert die Zukunftschancen der jungen Generation und ist ein verlässlicher Partner der Wirtschaft.

Die Leitlinien der Landespolitik haben sich nicht geändert. Sie bleiben die Richtschnur für unser Handeln: wertorientierte Politik, Vorrang für die kleineren Einheiten, Subsidiarität, Förderung von Leistung und Eigenverantwortung, Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft, Vorfahrt für Familien und Kinder, Vorrang für Arbeitsplätze, gleichwertige Lebensverhältnisse in den Städten und im ländlichen Raum, Investieren in die Köpfe der Menschen, Sicherheit im Alter und Vertretung der Interessen unseres Landes.

Ich will aber gerne in Erinnerung rufen, welche wichtigen Projekte und Maßnahmen die Landesregierung unter den genannten Leitlinien in den vergangenen Jahren umgesetzt oder auf den Weg gebracht hat – ohne Anspruch auf Vollständigkeit: die große Verwaltungsreform, die dieses hohe Haus am 30. Juni beschlossen hat, das Technikzukunftsprogramm für die Polizei, das Antiterrorprogramm, . . .

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um mehr Ruhe.

Bitte schön, Herr Ministerpräsident, fahren Sie fort.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ministerpräsident Teufel: . . . der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Taktfahrplans, die neue Landesmesse, die Umsetzung der Zukunftsoffensive III, die Medien-, Informations- und Technologieoffensive, der Ausbau der Förderung der Biotechnologie, die Neuordnung der Wirtschaftsförderung, der Ausbau und die Selbstständigkeit der Universitätsklinik, die Schaffung von 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen bis 2006, die neuen Bildungspläne, das Abitur nach zwölf Jahren, der Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen ab Klasse 1, die bessere Computerausstattung an den Schulen, die verlässliche Grundschule, die Landesstiftung Baden-Württemberg, die Popakademie in Mannheim, das Haus der Geschichte, das Konzept „Kinder-

(Ministerpräsident Teufel)

freundliches Baden-Württemberg“, die Novellierung des Kindergartengesetzes mit einer Eigenverantwortung der freien Träger und Kommunen,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das war eine Leistung!)

die Organisationsreform der Rentenversicherung, die Stärkung der Präsenz des Landes in der Europäischen Union, die aktive Mitarbeit in der Föderalismuskommission, in der sich viel für die Zukunft dieses Landtags entscheidet. Meine Damen und Herren, das sind nur Ausschnitte aus der Bilanz, und selbst diese sind schon beeindruckend. Auch in Zeiten knapper Kassen hat diese Koalition aus CDU und FDP/DVP unser Land vorangebracht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aus dem großen Katalog von Aufgaben, die sich die Landesregierung noch bis zum Ende der Legislaturperiode vorgenommen hat, möchte ich beispielhaft folgende Schwerpunkte nennen: Vorrang für Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wenn ich auf der einen Seite sehe, dass gestern in den Medien stand, dass am Automobilstandort Sindelfingen 5 000 Arbeitsplätze gefährdet sind, und mir auf der anderen Seite kleinkarierte Geschäftsordnungsdebatten in diesem Haus anhöre, dann muss ich sagen:

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

Sie haben nicht erkannt, was die wirklichen Probleme sind.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie! – Abg. Fischer SPD: Dass das eine mit dem anderen etwas zu tun hat! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was tun Sie denn da jetzt?)

– Wir sind dabei. Ich habe gestern an zwei Orten öffentlich zu dem Thema Stellung genommen, wie diese Landesregierung versucht, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so zu verbessern,

(Abg. Drexler SPD: Wie denn?)

dass sie Arbeitsplätze halten, neue Arbeitsplätze schaffen und vor allem eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmid und Abg. Drexler SPD: Indem der Wirtschaftsminister zurücktritt!)

Gestern hat mir der Präsident aller Industrie- und Handelskammern bei einer Wirtschaftstagung gesagt, dass die Vereinbarung, die wir zwischen Landesregierung und allen Wirtschaftsverbänden abgeschlossen haben, geradezu zu einem sprunghaften Ansteigen der Zahl der Ausbildungsplätze geführt hat – ein großer und wichtiger Erfolg, denn jeder junge Mensch muss hier einen Ausbildungsplatz finden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Aber dazu hat die Bundesregierung auch etwas beigetragen!)

Wir haben einen Spitzenplatz bei den Schulen, und das wird von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes auch zunehmend anerkannt.

(Abg. Teßmer SPD: Vor allem im Ganztagsbereich!)

Wir werden im Herbst dieses Jahres die umfassendste Hochschulreform vorlegen. Sie wird zurzeit von unserem Wissenschaftsminister erarbeitet.

Meine Damen und Herren, gestern ist bei der Tagung der Automobilindustrie, bei der der Bundeskanzler und ich gesprochen haben, über Forschungsförderung diskutiert worden. Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2010 3,0 % Anteil der Forschungsförderung am Brutto sozialprodukt in Deutschland zu erreichen.

Mit Verlaub: Baden-Württemberg hat heute, im Jahr 2004, Forschungsausgaben von 4,0 %, gemessen am Brutto sozialprodukt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Sie wissen doch, dass man das nicht vergleichen kann, Herr Ministerpräsident!)

Das aber bedeutet die Sicherung von Arbeitsplätzen in fünf und in zehn Jahren. Jeder Euro, der heute von der Wirtschaft und vom Land im Landeshaushalt für die Forschung bereitgestellt wird, ist ein Euro zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Unser Land arbeitet in der Forschung mit der Wirtschaft, mit den Universitäten, mit den zahlreichen Max-Planck-Instituten und mit den zahlreichen Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft in Baden-Württemberg aufs Engste zusammen.

Was uns ein zentrales Anliegen ist und bei den Beratungen für ein Zuwanderungsgesetz das zentrale Anliegen war, ist eine bessere Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und ihren Kindern, und zwar von solchen, die rechtmäßig hier in Baden-Württemberg leben. Diese Kinder müssen Chancengleichheit mit allen Kindern unseres Landes bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Meine Damen und Herren, hier ist schon kritisiert worden, wir stellten hierfür nicht Millionen in den Landeshaushalt ein, sondern finanzierten es über die Landesstiftung. Ich kann dazu nur sagen: 15 andere Länder stellen hierfür auch nichts in den Landeshaushalt ein, aber sie haben auch keine Landesstiftung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir gehen auch in der Frage der Integration voran und bauen diese in den nächsten Jahren systematisch aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Ministerpräsident Teufel)

In den nächsten Monaten geht es um die Umsetzung der vom Landtag am 30. Juni beschlossenen Verwaltungsreform. Das bedeutet unglaublich viel Arbeit, nicht nur für die Landräte und Regierungspräsidenten, sondern selbstverständlich auch für alle unsere Ressorts.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Meine Damen und Herren, wir bringen im zweiten Halbjahr und noch in dieser Legislaturperiode weitere Verwaltungsreformen zum Gesetzesabbau, zum Bürokratieabbau, zum Aufgabenabbau auf den Weg. Wir sind mitten in der Arbeit und werden Zug um Zug vorangehen. Schon in der nächsten Kabinettsitzung in der nächsten Woche werden wir wieder einen ganzen Schwung verarbeiten. Wir bleiben am Ball.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen eine schlankere Verwaltung und einen Aufgabenabbau.

Für besonders wichtig halten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die Vertretung der Landesinteressen gegenüber dem Bund und auch gegenüber Europa. Ich weiß das aus zahlreichen Umfragen. Ich weiß auch, wie sehr Wähler aller Parteien – aller vier Parteien, muss ich sagen – hier ganz besonders die Leistung der Landesregierung würdigen.

Was steht in nächster Zeit an? Es steht die Diskussion der Bundeswehrstandorte in Baden-Württemberg an. Wir möchten möglichst viele Bundeswehrstandorte erhalten. Das ist auch für den ländlichen Raum eine ganz entscheidende Frage. Denn alles, was wir noch an Bundeswehr haben, befindet sich im ländlichen Raum. Wir sind hier bereits im Gespräch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es geht um die Erhaltung der Standorte der amerikanischen Streitkräfte. Auch hierüber fallen in den nächsten Monaten und Jahren Entscheidungen.

Es geht um die Mitarbeit in der Föderalismuskommission. Ich möchte mich ausdrücklich bei den beiden Fraktionsvorsitzenden und Oppositionsführern Drexler und Kretschmann dafür bedanken, dass wir hier auf Bundesebene Hand in Hand arbeiten. Wenn wir überhaupt etwas für die Länder und damit für die Stärkung des Landtags von Baden-Württemberg erreichen wollen, dann müssen wir hier Hand in Hand arbeiten, und wir stimmen uns auch ab.

Meine Damen und Herren, wir sind noch keineswegs über den Berg. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben. Denn der Bund hat Interesse an einer Reduzierung der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat, und wir haben ein Interesse daran, dass Aufgaben, die in den letzten 50 Jahren an den Bund gegangen sind, zurückkommen, und zwar nicht ins Land, sondern in den Landtag.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wenn man Tagesordnungen des Landtags anschaut und sieht, wie wenig der Landtag als Gesetzgebungsorgan tätig

wird und wie krampfhaft vier Fraktionen sich darum bemühen, Themen für Aktuelle Debatten zu finden

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das habe ich auch schon einmal gesagt!)

– das ist wirklich wahr; es ist einfach wahr, und man muss es aussprechen –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

dann muss man sagen: Auch unter diesen Aspekten ist es dringend notwendig, dass die Föderalismuskommission Erfolg hat und dieser Landtag wieder zu einem echten Gesetzgebungsorgan wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Bei der Vertretung der Interessen des Landes geht es natürlich um die Ausgleichssysteme. Wir haben ja nicht nur den Länderfinanzausgleich – wir verschulden uns, um den Länderfinanzausgleich bezahlen zu können; das ist die Realität in unserem Land –,

(Beifall bei der CDU)

sondern wir haben auch den Risikostrukturausgleich, gegen den wir beim Bundesverfassungsgericht klagen. Von Baden-Württemberg aus werden Milliarden in andere Länder verschoben! Über 50 % ihrer Beitragseinnahmen zahlen die Betriebskrankenkassen in den Risikostrukturausgleich und haben dadurch weniger als 50 % für alle Gesundheits- und Krankheitsausgaben ihrer Mitglieder zur Verfügung.

Das Land Berlin klagt auf Feststellung der Haushaltsnotlage. Wir sind natürlich mit betroffen. Der Bund ist zwar der Beklagte, aber wir haben einen Rechtsvertreter; denn es ist ganz klar: Wenn es um Milliardensummen geht, wird sich der Bund bei den anderen Ländern schadlos halten, wenn es zu einem positiven Urteil für Berlin kommen sollte. In all diesen Fragen steht außerordentlich viel auf dem Spiel.

Uns geht es auch um die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Dieser ist wichtiger denn je. Denn wir erleben von Monat zu Monat, dass Bevölkerungsgruppen, die nicht zu den Reichen gehören – Arbeitnehmerfamilien, kinderreiche Familien, auch Rentnerhaushalte –, weniger in der Tasche haben. Wir haben bereits viele Merkmale einer Spaltung in unserer Gesellschaft in eine Zweidrittel- und eine Eindrittelgesellschaft – finanziell, gesellschaftlich und kulturell. Eine solche Spaltung dürfen wir unter keinen Umständen zulassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deswegen ist die Stärkung des Gemeinschaftsbewusstseins eine ganz zentrale Aufgabe. Selbsthilfegruppen, Förderung der Vereine, ehrenamtliche Tätigkeit – all das macht Baden-Württemberg stark.

Ich möchte auch noch einmal das Thema „Sicherheit im Alter“ ansprechen, weil mich – ich habe es hier schon einmal gesagt – diese Frage umtreibt. Wir haben es – wenn wir in

(Ministerpräsident Teufel)

Berlin an der Regierung wären, wäre es nicht anders – mit der Situation der Unterfinanzierung der Rentenversicherung zu tun. Deshalb kann man, wenn man verantwortlich handelt, nicht einfach sagen, hier dürfe es überhaupt keine Veränderungen oder Kürzungen geben. Aber dann haben Politiker doch die Pflicht, den Bürgern zu sagen: Eure Beiträge zur Rentenversicherung reichen nicht mehr aus, damit ihr den Lebensstandard, den ihr euch in aktiver Beschäftigungszeit erworben habt, halten könnt. Dann muss man doch den Bürgerinnen und Bürgern einen Weg aufzeigen

(Abg. Fischer SPD: Zeigen Sie ihn!)

und sagen, was sie tun sollen:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

dass sie privat vorsorgen sollen. Dann muss man ihnen dies auch ermöglichen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Deswegen setze ich mich beispielsweise für eine große Tarifreform und Steuerreform ein, damit der Einzelne mehr zur Verfügung hat und tatsächlich selbst Vorsorge treffen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sage als Antwort auf das, was der Bundeskanzler gestern in Stuttgart gesagt hat –

(Zuruf von der SPD: Das war gut!)

er sagte, die Eigenheimzulage solle gestrichen werden, sie sei eine Subvention der Vergangenheit, und das eingesparte Geld solle in die Forschung gesteckt werden –: Nein, meine Damen und Herren: Wenn Sie sich in Baden-Württemberg umschauen, erkennen Sie, dass die allermeisten Familien – Arbeitnehmerfamilien, junge Familien mit Kindern – kein Eigenheim hätten bauen können, wenn sie nicht die Wohneigentumsförderung in den unterschiedlichsten Formen bekommen hätten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir wollen, dass künftig nicht nur der Bankdirektor oder der Unternehmer ein Einfamilienhaus bauen kann, sondern dass es das Merkmal in Baden-Württemberg ist, dass Menschen, die sparen wollen, auch Eigentum in Form eines Einfamilienhauses bilden können, dann sage ich: Das ist eine Zukunftsinvestition und keine Subvention der Vergangenheit! Hier bin ich mit Herrn Drexler eigentlich einig. Denn ich erinnere mich daran, dass Sie einen Brief nach Berlin geschrieben haben.

(Abg. Drexler SPD: Mehrere!)

Sie haben einen Brief nach Berlin geschrieben

(Abg. Drexler SPD: Mehrere!)

– mehrere –, aber das hat bisher noch keinen Wert gehabt.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wie bei Ihnen! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Trotzdem ist das bemerkenswert. Leider erinnere ich mich nur an einen solchen Einzelfall. Bei der gegenwärtigen Konstellation der Bundesregierung wäre es doch Ihre Aufgabe, die Aufgabe von SPD und Grünen, auch die Vertretung der Interessen der Bürger des Landes Baden-Württemberg zum Schwerpunkt zu machen. Sie können mehr erreichen, als wir im Augenblick erreichen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Und was haben die Parteien in Baden-Württemberg gemacht, als die CDU im Bund dran war?)

Der zweite Punkt bei der privaten Vorsorge ist die Betriebsrente. Die Betriebsrente blieb bisher außen vor, doch jetzt wird sie zur Berechnung des Beitrags an die Sozialversicherungssysteme mit herangezogen. Das ist das Gegenteil dessen, was zu tun nötig ist, wenn die gesetzliche Rente nicht mehr ausreicht.

Drittens ist die Lebensversicherung zu nennen. 65 % der Arbeitnehmerfamilien haben eine Lebensversicherung. Das ist nicht etwas für Reiche. Lebensversicherungen sollen nun besteuert werden: voll besteuert, wenn es nach der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien gegangen wäre, oder zur Hälfte besteuert – das haben wir im Vermittlungsausschuss wenigstens erreicht. Aber auch eine Besteuerung zur Hälfte ist einfach zu viel, wenn wir von den Bürgerinnen und Bürgern erwarten, dass sie private Vorsorge treffen.

(Beifall bei der CDU)

Sicherheit im Alter ist ein ganz zentrales Thema dieser Landesregierung.

Nun, meine Damen und Herren, will ich Sie auf einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit – gerade in diesen Tagen – aufmerksam machen. Vieles davon wird ja öffentlich gar nicht sichtbar, nimmt aber trotzdem einen erheblichen Teil beispielsweise meiner Arbeitszeit in Anspruch.

Der Bankenstandort Baden-Württemberg: Es erweist sich als ausgesprochener Glücksfall, dass wir die drei landesbeteiligten Banken rechtzeitig fusioniert haben. Denn wie stellt sich die Lage der Landesbank Baden-Württemberg dar? Sie ist heute die bestbenotete Landesbank mit dem größten Ertrag und dem größten Umsatz.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wohl wahr!)

Die Landesbank Baden-Württemberg ist heute die Nummer 6 unter allen deutschen Banken, ein leistungsfähiges Institut für die Wirtschaft und die Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben nun noch zwei Baustellen – im positiven Sinne. Die eine besteht darin, eine schlagkräftige Funktionsteilung zwischen der Landesbank Baden-Württemberg und der Baden-Württembergischen Bank zustande zu bringen. Zum anderen gibt es Verhandlungen mit Rheinland-Pfalz, dessen Landesbank gerne mit der Landesbank Baden-Württemberg fusionieren oder eng zusammenarbeiten möchte. Es wird daran gearbeitet, eine solche Vereinbarung zur Stärkung der

(Ministerpräsident Teufel)

Banken beider Länder zustande zu bringen, ohne dass das Rating der Landesbank Baden-Württemberg sinkt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, genau!)

Das sind die Aufgaben, die uns beschäftigen. Es gibt fast tagtäglich Verhandlungen. Dies sind wichtige Aufgaben der nächsten Monate.

Die Ursachen für unsere Bemühungen um den Bankenstandort Baden-Württemberg sind die im internationalen Vergleich deutliche Ertragsschwäche unserer Banken, der Wegfall der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast für die Landesbanken und Sparkassen im Juli 2005, die verschärften Vorgaben aus Basel II und die zum 1. Juli 2004 durch das Bundesaufsichtsamt für Finanzen verbindlich eingeführten Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute.

Wir haben bereits rechtzeitig gehandelt, aber, meine Damen und Herren, einiges ist in diesem Zusammenhang noch zu tun. Ich denke nämlich auch in dieser Frage nicht zuerst an die Banken, sondern an die Bürger und an die mittelständische Wirtschaft. Die mittelständische Wirtschaft braucht eine ausreichende Kreditversorgung, und diese ist sehr viel schlechter geworden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Wir führen in acht Tagen die zweite Tagung auf dem Killesberg über die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft – mit Hunderten von Teilnehmern aus mittelständischen Betrieben – durch. Ich habe dafür eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich dieses Themas annimmt. Das ist eine wichtige Zukunftsfrage, denn es geht bei uns nicht nur um die Großen, sondern es muss um den Mittelstand gehen, bei dem wir Arbeitsplätze erhalten wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Landesregierung wird weiterhin Schwerpunkte im Bereich der inneren Sicherheit setzen. Wir sind auf dem letzten Platz der Skala der Kriminalitätsbelastung. Das ist der Spitzenplatz. Wir haben inzwischen an 550 Orten kommunale Kriminalprävention, und zwar außerordentlich erfolgreich. Wir haben in Baden-Württemberg – darauf bin ich besonders stolz – die niedrigste Zahl an Kinderunfällen aller 16 deutschen Länder.

Wir setzen einen Schwerpunkt in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Dieser Kampf gegen islamistischen Terrorismus ist eine zentrale Herausforderung für die Sicherheitsbehörden; eine Entspannung der Gefährdungslage ist nicht in Sicht. Strategische Ziele der Polizei in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz sind die Durchführung von Schutzmaßnahmen an gefährdeten Objekten sowie die Aufklärung und Erkenntnisgewinnung über Extremisten und Terroristen, über deren Strukturen und Vorhaben. Die Landesstiftung hat in diesem Jahr Fördermittel von 1 Million € für Projekte in der kommunalen Kriminalprävention zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit bleibt die zentrale Aufgabe des Landes, das die geringste Kriminalität

hat. Die Menschen leben in Baden-Württemberg sicherer als in jedem anderen deutschen Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage ganz offen: Mit dieser Regierungsbildung will ich auch den Verbraucherschutz stärken, und zwar als Teil eines umfassenden Verbraucherschutzes und eines präventiven Gesundheitsschutzes. Es geht mir um den Ausbau und nicht um den Abbau der Ernährungszentren, deren Arbeit nun unter dem Dach der Landratsämter fortgeführt wird. Hier sind ganz neue Kooperationen möglich. Es geht mir um die Fortführung der Landesinitiative „Blickpunkt Ernährung – Brennpunkt Lebensmittel“. Es geht mir um die Landesinitiative „Bewusste Kinderernährung“, in deren Rahmen wir pro Jahr 5 000 Informationsveranstaltungen in Baden-Württemberg durchführen. Dies alles wollen wir noch verstärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wiederum im Zusammenhang mit dieser Regierungsbildung sage ich: Wir wollen das Betreuungskonzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ weiterentwickeln. Einen großen Schritt nach vorne hat die Kinderbetreuung im Land mit dem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ bereits gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Aufgrund dieses Konzeptes gab es beispielsweise im Jahr 2003 für Kinderkrippen 4,02 Millionen € und für die Tagespflege 3,03 Millionen € erstmalig als zusätzliche Zuschüsse des Landes. Bereits nach einem Jahr können wir folgende Erfolge feststellen: Bei den Krippenplätzen haben wir eine Zunahme um 35 %,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Auf welchem Niveau?)

für die Kleinkindbetreuung in altersgemischten Gruppen stehen inzwischen 6 000 Plätze zur Verfügung, bei der Kleinkindbetreuung in der Tagespflege sind es 5 000 Plätze. Es ist doch ein statistischer Schwindel, wenn die Bundesregierung bei uns nur Krippenplätze zählt

(Abg. Drexler SPD: Das war das Statistische Landesamt!)

und sagt, wir seien am Ende der Entwicklung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das sagt doch das Statistische Landesamt!)

Wir haben sehr viel mehr Pflegeplätze bei Tagesmüttern und in altersgemischten Gruppen. Wir halten an einem pluralen Angebot fest.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Ihr seid gut! Das war doch das Statistische Landesamt!)

14 400 Plätze haben wir inzwischen. Meine Damen und Herren, das Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ zeigt Wirkung. Ich danke den Kommunen und den freien Trägern.

(Ministerpräsident Teufel)

Im Übrigen ist es doch geradezu toll: Rot-Grün fordert auf Bundesebene und hier im Land Kinderbetreuung auch mit dem Argument, dass dadurch die Zunahme der Beschäftigung von Frauen möglich werde. Ausgerechnet die beiden Länder, die Sie in Ihren Statistiken bei der Anzahl der Krippenplätze auf die letzten Plätze verweisen, nämlich Bayern und Baden-Württemberg, haben die höchste Frauenbeschäftigungsquote in Deutschland.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ein Lob an die Frauen! – Zurufe von der SPD)

Letzter Punkt – –

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Sie bruddeln, und wir handeln; das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ja! Bei Toto-Lotto! Bei Rothaus!)

– Auch da. Das ist ein besonders gutes Stichwort; denn aus den Erträgen von Toto-Lotto fördern wir auch alle diese sozialen Bereiche.

(Abg. Drexler SPD: Ja, klar! Und deswegen haben Sie es gleich zum schwarzen Filz getan!)

Deswegen ist das ein prima Stichwort. – Meine Damen und Herren, darüber reden wir nachher noch. Dann werden Sie ein bisschen kleinlauter werden, Herr Drexler;

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn?)

das kündige ich jetzt schon an, das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der letzte, aber ganz entscheidende Punkt ist: Was dieses Haus, aber natürlich auch wieder die die Regierung tragenden Fraktionen in den nächsten Monaten als Priorität Nummer 1 beschäftigen wird, ist der Haushalt 2005/2006, dessen Entwurf die Landesregierung im Herbst in den Landtag einbringen wird. Dieser Haushalt wird leider kein bisschen einfacher sein als die anderen Haushalte in dieser Legislaturperiode. Dieser Haushalt wird auch für das Landtagswahljahr und Bundestagswahljahr 2006 gelten. Er wird aber kein Haushalt der Wohltaten, der Geschenke und der Vergünstigungen werden, sondern ein Haushalt, der in erheblichem Ausmaß Einschnitte bringen wird. Kein Ressort kann davon ausgenommen werden.

Wir könnten hier stundenlang darüber debattieren, was alles wir im Rest dieser Legislaturperiode gern noch tun würden. Aber zuvor muss darüber gesprochen werden, ob wir das Geld dafür haben. Wir haben es nicht. Wer anderer Meinung ist, kann das sagen. Dann soll er aber bitte auch sagen, wo das Geld herkommt.

Meine Damen und Herren, die momentane Deckungslücke für das Haushaltsjahr 2005 liegt bei etwa 1,7 Milliarden € die Deckungslücke für das Haushaltsjahr 2006 bei etwa 2,4 Milliarden €. Das sprengt doch alles, was jeder, der diesem Parlament bereits lange angehört, jemals erlebt hat. Wir

hatten in der Mitte der Neunzigerjahre, in der Haushaltskrise, Beträge von 500 oder 600 Millionen DM auszugleichen, und jetzt sind es drei- bis viermal so hohe Euro-Beträge. Damit ist eigentlich alles gesagt.

Meine Damen und Herren, wir kommen an einem weiteren kräftigen Anziehen der Sparschraube nicht vorbei. Wir wollen und werden einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das wird eine ganz gewaltige Anstrengung sein. Der größte Schwerpunkt der Politik für den Rest dieser Legislaturperiode heißt also Sparen. Das ist nicht populär, aber es ist notwendig. Es wird nicht einfach sein, die richtige Balance zwischen Sparen und Investieren zu finden.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, selbst wenn die etwas verbesserten Konjunkturprognosen der letzten Tage eintreffen sollten – ich bin da sehr vorsichtig –, kann bei weitem noch keine Entwarnung gegeben werden. Nur mit einem deutlichen Wirtschaftswachstum und den damit verbundenen Steuermehreinnahmen wird sich der Landeshaushalt, wie alle anderen Haushalte auch – der des Bundes oder die der Kommunen –, finanziell grundlegend erholen können.

Nun aber auch ein ermutigender Satz: Trotz aller Schwierigkeiten haben wir in Baden-Württemberg Anlass, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Wir stehen bei sämtlichen Haushaltskennzahlen um einiges besser da als der Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Dabei vergleiche ich gar nicht alle Länder, sondern nur die westlichen Länder mit Baden-Württemberg: Die Steuerdeckungsquote beträgt bei uns 70,9 %, im Durchschnitt der westlichen Länder 64,9 %; die Kreditfinanzierungsquote beträgt bei uns 6,6 %, im Durchschnitt der westlichen Länder 9,9 %; die Zinsausgabenquote liegt bei uns bei 5,9 %, im Durchschnitt der westlichen Länder bei 8,1 %. Diese verhältnismäßig kleinen Prozentsätze führen zu Differenzen in Milliardenhöhe.

Meine Damen und Herren, auch von völlig unabhängiger Seite bekommt unser Land immer wieder seine Leistungsfähigkeit bestätigt, und auch die Landesregierung schneidet dabei gut ab. Ich zitiere aus der im November 2003 an der Universität Würzburg erarbeiteten Länderstudie von Bertelsmann. Ich zitiere „Wertungen über Baden-Württemberg“:

Bewertung Nummer 1:

Das Land ruht sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sondern betreibt deren Absicherung mit beispiellosem Engagement.

Bewertung Nummer 2:

In der Gesamtbetrachtung der Leistungsfähigkeit und Entwicklungschancen Baden-Württembergs ergibt sich aus dem Ranking 2003 eine überzeugende Erfolgsbilanz.

(Ministerpräsident Teufel)

Bewertung Nummer 3:

Die starke Forschungsorientierung und forcierte Globalisierung des industriellen Mittelstandes bilden den Humus der außerordentlich erfolgreichen Entwicklung des Landes. Bemerkbar machen sich dabei auch die Reformbemühungen zur Schaffung einer bürger- und unternehmensnahen Landes- und Kommunalverwaltung sowie vor allem die starke Wissenschafts- und Humankapitalorientierung des Landes, die mit der Gründung der Landesstiftung Baden-Württemberg nun institutionalisiert und verstetigt werden konnte.

Bewertung Nummer 4:

Erfreulich ist auch, dass Baden-Württemberg trotz massiver Forschungs-, Technologie- und Humankapitalinvestitionen bisher seine Haushaltsslage stabil halten konnte, obwohl das Land über den Länderfinanzausgleich nach wie vor erheblich zur Finanzierung des Aufbaus in den neuen Ländern beizutragen hatte.

Bewertung Nummer 5:

Baden-Württemberg ist auf dem besten Weg, zu beweisen, was das Landesmarketing schon längst behauptet: In Baden-Württemberg kann man alles außer Hochdeutsch.

Bertelsmann-Studie über 16 deutsche Länder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich frage Sie: Kann ein Land, kann eine Regierung, können Regierungsfractionen eine bessere Bewertung im 16-Länder-Vergleich bekommen? Auf diesem hohen Stand bauen wir auf und bauen wir weiter mit der neu gebildeten Landesregierung zum Wohl unseres Landes und seiner Menschen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abg. Drexler, erhält nach § 82 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung das Wort.

Abg. Drexler SPD: Herr Ministerpräsident, ich habe mich schon gewundert, was für eine Rede Sie hier gehalten haben. Das war ja eine Regierungserklärung. Als die SPD im Präsidium gesagt hat, nach einer neuen Regierung brauche man eine Regierungserklärung, haben dies sowohl der Vertreter des Staatsministeriums als auch die Regierungsfractionen abgelehnt. Ich will nur sagen: Sie sind möglicherweise lernfähig. Aber Sie sind ja aus einem ganz anderen Grund aufgetreten. Nachdem Punkt 1 wegen der Besetzung von Toto-Lotto schon etwas verhagelt wurde, haben Sie jetzt natürlich die Gunst der Stunde genutzt, um Ihre Geschichte – das, was Sie alles gemacht haben und was zukünftig in Baden-Württemberg weiter passieren soll – hier noch einmal, vor allem vor den Fernsehkameras, ausgiebig vorzutragen.

Nach dem Tagesordnungspunkt war es anders vorgesehen. Es sollte nämlich eine Aussprache der Fraktionen geben,

und Sie sollten dazu etwas sagen. Jetzt machen wir es halt umgekehrt. Jetzt müssen wir uns mit dem beschäftigen, was Sie gerade erzählt haben. Zum großen Teil waren es allerdings Ausführungen über den Bund. Sie haben wenig über das gesagt, was im Land Sorgen macht.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen hierbei sagen, dass das Land gut dasteht. Es braucht nur eine andere Regierung,

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr gut!)

eine Regierung, die eine nachvollziehbare Personalpolitik macht – darauf komme ich gleich noch einmal –, eine Regierung, die das, was sie im Munde führt, tatsächlich durchführt – darauf komme ich nachher auch noch einmal –, und eine Landesregierung, die, finde ich, viel mehr auch kooperierend auf den Bund zugehen sollte und nicht ständig Konflikte macht, die uns nicht gut tun.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich am Anfang etwas zur Regierungsumbildung sagen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das kommt nachher!)

Auf die neue Geschichte mit der Justizministerin will ich zum Schluss eingehen.

Was hat Sie, Herr Ministerpräsident, eigentlich geritten, nachdem Sie hier die Aussage gemacht haben, das Innenministerium müsse jetzt viel arbeiten und bekomme auch noch einen großen Bereich aus dem Wirtschaftsministerium – alles, was mit Wohnen zu tun hat –, und obwohl die innere Sicherheit wichtig ist, den Staatssekretärsposten vom Innenministerium abzuziehen und zum Landwirtschaftsministerium zu tun? Was? Was für einen sachlichen Grund gibt es dafür?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Man kann noch darüber reden, dass man in Baden-Württemberg vielleicht ein Landwirtschaftsministerium, einen Minister braucht, der Guttaten verteilt und da und dort auftritt usw., aber eine Verstärkung über die Frage der Ernährungswissenschaften, wie ich gelesen habe, brauchen wir gleich gar nicht, denn dafür haben Sie doch einen Staatsrat, der über Äpfel und gesundes Essen referiert.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Wo ist der? – Unruhe)

Jetzt haben wir also einen Landwirtschaftsminister, eine Staatssekretärin für Ernährungsfragen und einen Staatsrat, der bei der CDU Vorträge über das Äpfel-Essen hält.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich meine, das ist natürlich für eine Industrienation wie Baden-Württemberg eine großartige Ausrichtung. Deswegen war es falsch. Sie hätten ja darüber nachdenken können,

(Drexler)

ob das Wirtschaftsministerium noch einen Staatssekretär braucht.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

Darüber hätte man nachdenken können, nachdem der Riesenbereich des Wohnungsbaus ins Innenministerium kommt. Wenn Sie dies schon nicht machen, hätte ich aber erwartet, dass Sie sagten: „Gut, das Innenministerium braucht keinen Staatssekretär; dann braucht das Landwirtschaftsministerium auch keinen Staatssekretär.“ Dann hätte man nach dem katastrophalen Bericht des Landesrechnungshofs wenigstens sagen können: „Wir sparen ein, und zwar auch bei uns in der Regierung.“ So weit haben Sie es wiederum nicht gebracht. Das mit dem Gürtel-enger-Schnallen trifft auf Sie nicht zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Toto-Lotto machen wir nachher. Aber ich will doch jetzt schon etwas sagen, weil Sie –

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP:
Da kann man gewinnen und verlieren! Meistens verlieren!)

– Nein, da kann man überhaupt nicht gewinnen.

Sie können nachher von mir aus erzählen, wie das in anderen Bundesländern ist. Das können Sie alles bringen. Wir sind hier in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie haben am Anfang Ihrer Rede gesagt, Sie würden sich bemühen, endlich über Baden-Württemberg zu reden, Herr Dr. Noll. Dann machen wir es doch auch!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, genau!)

1994 – um das einmal deutlich zu sagen; das will ich auch den Kollegen der CDU-Fraktion sagen – gab es den Skandal mit dem früheren Geschäftsführer Wetter. Der ist überall herumgereist und hat Toto-Lotto-Geld verteilt. Dann gab es einen 143-seitigen Bericht des Rechnungshofs. Aufgrund dieses Berichts hat die SPD-Fraktion in der großen Koalition darauf gedrängt, dass die Stelle ausgeschrieben und nicht politisch besetzt wurde. Dann wurde ausgeschrieben. 160 Personen haben sich beworben. Dann wurde Herr Crusen herausgesucht, ein hoch qualifizierter Mann, der auch diese Toto-Lotto-Gesellschaft wieder aus dem Skandalbereich herausgebracht hat.

Jetzt frage ich Sie: Warum sind Sie von dem Bericht des Rechnungshofs und von der guten Regelung, die Stelle bei der Toto-Lotto-Gesellschaft auszuschreiben, abgewichen? Warum? Dafür gibt es überhaupt keinen Grund.

Im Übrigen, Herr Noll, hätten Sie in der Koalition auch dafür sorgen können, dass die Stelle ausgeschrieben wird. Wir haben das gemacht. Das hätten auch Sie machen können.

(Abg. Teßmer SPD zur FDP/DVP: Warum haben Sie es nicht gemacht? – Beifall bei der SPD)

Von daher gesehen, Herr Ministerpräsident: Da beißt keine Maus einen Faden ab.

LfK, andere Organisationen, zwei landeseigene Betriebe –

(Unruhe)

in diesem Land riecht es nicht nur nach Filz, sondern gibt es massiven schwarzen Filz, Beförderungsebenen, wo ausschließlich das schwarze Parteibuch entscheidend ist, ob jemand einen Job bekommt oder nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Skandal!)

Jetzt möchte ich nach und nach abarbeiten, was Sie stichwortartig gesagt haben. Man darf ja vieles auch nicht so stehen lassen.

Vorrang für Arbeits- und Ausbildungsplätze: Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Ausbildungsplatzpakt gemacht, nachdem der Bund einen Ausbildungspakt mit der deutschen Industrie und dem deutschen Handwerk gemacht hatte,

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

in dem vereinbart wurde: 30 000 neue Ausbildungsplätze für ganz Deutschland und 25 000 Praktikantenplätze. Und was haben Sie gemacht? Sie haben exakt diese Zahlen auf den Bevölkerungsanteil des Landes Baden-Württemberg umgerechnet und genau das Gleiche gemacht, was der Bund oben gemacht hat, nicht zusätzlich, sondern innerhalb dieses Rahmens: 3 800 zusätzliche Ausbildungsplätze und 3 500 Praktikantenplätze. Sie haben genau das gemacht, was Sie früher immer der Bundesregierung vorgeworfen haben. Sie haben einen Pakt gemacht, der im Übrigen deswegen zustande kam, weil offensichtlich auch damit gedroht wurde, ansonsten eine Ausbildungsumlage zu machen. Das muss man ja sehen. Sonst wäre der Pakt nicht zustande gekommen. Also Sie sind indirekt ein Nutznießer dieses Drucks der SPD auf die Wirtschaft mit einer Ausbildungsumlage.

(Lachen des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sonst hätten Sie hier im Lande dies auch nicht hinbekommen. Genau so ist es.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Im Übrigen haben Sie nichts Zusätzliches gemacht, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Von hinten durch die Brust ins Auge!)

300 zusätzliche Berufsschullehrerstellen wurden genannt, die alle innerhalb des Kontingents waren. Nichts Zusätzliches wird gemacht, sondern das, was vor einem halben Jahr hier schon bekannt gegeben wurde.

Ich bin doch gar nicht dagegen, dass man sagt, man habe innerhalb des Pakts der Bundesregierung auch etwas gemacht. Aber man sollte doch nicht hier auftreten und sagen, das sei die Idee der Landesregierung gewesen. Das war unsere Arbeit. Das ist eine Ableitung dessen, was die Bundes-

(Drexler)

regierung mit der deutschen Wirtschaft gemacht hat. Das kann man doch sagen. Was bricht denn da für ein Zacken aus der Krone, wenn man das sagt? Nein, Sie behaupten, das sei eine ur-baden-württembergische Idee gewesen. Das war es halt nicht. Es war keine ur-baden-württembergische Idee.

(Unruhe)

Forschungspolitik: Herr Ministerpräsident, 4 % stimmt, 3 % Bund stimmt auch. Ich frage mich bloß, wie es während der Koalition unter Kohl war. Da war es katastrophal. Da war man, glaube ich, bei 1,4 oder 1,5, um das nur zu sagen. Damals habe ich nicht gehört, dass der Herr Ministerpräsident einmal in Richtung Bonn gesagt hätte: „Macht mal etwas mit Forschungspolitik! Wir sind gut.“ Sie haben nur angefangen, gegenüber Berlin zu argumentieren, als es eine neue Regierung gab. Vorher waren Sie gegenüber der Bundesregierung mucksmäuschenstill. Mucksmäuschenstill!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich will Ihnen schon etwas sagen: Dagegen – und das ist nicht ganz einfach – sagt die SPD-Landtagsfraktion immer, wenn baden-württembergische Interessen berührt sind, auch in Richtung Berlin ihre Meinung, wenn sie der Auffassung ist, dass Baden-Württemberg nicht richtig bedacht wird.

Jetzt komme ich zur Eigenheimzulage. Dazu will ich sagen, es war nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch der Chef von Bosch, der gesagt hat, die Eigenheimzulage könne man zugunsten von Forschung und Technologie weglassen. Das hat der Chef der Bosch GmbH gesagt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der hat schon ein Eigenheim!)

Wir haben einen Brief geschrieben. Wir haben Sie aufgefordert, etwas zu machen, was aber die Landesregierung nicht macht, weil sie gerne auf die Bundesregierung in Berlin draufhaut. Wir haben gesagt: Lasst uns doch einmal überlegen. Es gibt unterschiedliche Entwicklungen in den Bundesländern. Herr Ministerpräsident, die neuen Bundesländer müssen sogar sanierte Wohnungen abreißen, und zwar mit Milliardenbeträgen, weil dort niemand mehr wohnt. Und das machen sie auch: Hunderttausende von Wohnungen werden dort abgerissen. Andere Bundesländer haben keinen Neubaubedarf. Wir haben Neubaubedarf. 40 000 Menschen wandern jährlich bei uns zu. Das ist ein Vorteil, aber die brauchen auch Wohnungen. Warum haben Sie nicht schon längst – das haben wir vorgeschlagen – über den Bundesrat eingebracht, dass es eine gewisse Regionalisierung dieser Mittel gibt, nicht aller, aber eines Teils? Dann könnten wir weiter neue Wohnungen bauen, und die anderen reißen Wohnungen ab.

(Beifall bei der SPD)

Nein, es wird draufgehauen. Bis zum Schluss wird man diese Haltung haben, ohne für Baden-Württemberg etwas zu erreichen, nur um die bösen Rot-Grünen in Berlin zu brandmarken.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir haben den Vorschlag gemacht, aber auf der Bundesratsebene gab es dafür keine Hilfe, auch nicht vom Land Baden-Württemberg. Es ist doch ganz klar, die neuen Bundesländer haben daran kein Interesse. Die bekommen Direktzuschüsse, und die anderen Bundesländer haben keinen Neubaubedarf mehr, Herr Kollege. Aber wir haben einen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es müsste in unserem Interesse sein, in Berlin deutlich zu machen – und das sagen wir –, dass es Bundesländer gibt wie unser Land, die Wohnungsneubau brauchen und wo eine Eigenheimförderung sinnvoll wäre.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dieser Auffassung sind wir nach wie vor. Aber, Herr Bundes. . . – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Bundeskanzler! Bundespräsident!)

– Bundesratsmitglied, wollte ich sagen. – Herr Teufel, Sie hätten sich auch einmal überlegen können, wie es mit dem Landeswohnungsbauprogramm aussieht.

(Abg. Schmiedel SPD: Katastrophal!)

Wenn der Bund reduziert, dann muss man doch sehen, was das Land macht. Da hat man fast alles auf null gefahren. Baden-Württemberg finanziert mit 3,08 € pro Kopf seiner Einwohner gerade noch das Landeswohnungsbauprogramm. Bei einer Zuwanderung von 40 000! Bayern gibt über 40 € pro Kopf seiner Einwohner und Schleswig-Holstein 25 € pro Kopf seiner Einwohner dafür aus. Nordrhein-Westfalen brauche ich überhaupt nicht zu erwähnen. Dort gibt es zusätzliche Landesmittel, obwohl die überhaupt keine Zuwanderung haben. Ich fordere Sie auf, wenn Sie hier schon Reden gegen Berlin halten: Sorgen Sie im eigenen Laden dafür, dass wir mit einem eigenständigen Landeswohnungsbauprogramm Wohnungen bauen können!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen Vorschläge gemacht. Man kann darüber reden, ob die Vorschläge von Herrn Späth schlecht waren. Aber wenn wir kein Geld haben, dann sind wir nach wie vor für einen Forderungsverkauf. Da hätten wir ein gutes Landesprogramm für den Wohnungsbau auflegen können.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Das geht doch gar nicht!)

Die anderen Vorschläge sind, nichts zu machen. Nichts zu machen heißt, dass wir in den großen Städten in diesem Land Wohnungsnot haben. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Jetzt kommen wir zum Föderalismus. Da kann ich den Dank zurückgeben. Ich kann nur sagen, da ziehen wir an einem Strang. Wir sind möglicherweise gegenüber den Zentralisten aller Parteien und auch im Bundesrat im Nachteil, weil in den neuen Bundesländern eher Ängste vorherrschen, dass die angeblich reichen Länder – – Wobei wir nur vor dem Länderfinanzausgleich und nicht nach dem Finanzaus-

(Drexler)

gleich reich sind; darum sage ich, man muss immer sehen, ob man von vorher oder nachher redet. Wenn man über „nachher“ redet, dann sind alle gleich, da sind wir mittendrin oder noch schlechter. Von daher hoffe ich auch, dass wir über alle Parteien hinweg – in der letzten Sitzung ist man, glaube ich, ein Stück weitergekommen – einiges machen können. Eine eigene Steuerhoheit zu bekommen für die Steuern, die uns sowieso hundertprozentig zustehen, das wird schwierig. Wir haben drei Projektgruppen. Mal sehen, ob sich etwas bewegt. Da ist die Angst der neuen Bundesländer riesig. Sie haben panische Angst, dass sie abgehängt werden. Deswegen plädiere ich für lange Übergangszeiten. Aber, wie gesagt, da kann ich überhaupt keine Kritik an der Arbeit, die Sie machen, äußern.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Jetzt komme ich zu den drei Bereichen, die Sie genannt haben.

Rentenversicherung: Lieber Herr Ministerpräsident Teufel, wer bei der Rentenversicherung ehrlich ist, der muss natürlich schon sagen, dass in den letzten 15 Jahren viele Bereiche in die Rentenversicherung übernommen worden sind – und zwar unter Führung der CDU in Bonn –, die keine müde Mark in die Rentenversicherung gezahlt haben,

(Beifall bei der SPD)

wobei ich nichts dagegen sage, dass Rentner aus der ehemaligen DDR und Zuwanderer in die Rentenversicherung sollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Nur: Das Prinzip ist falsch. Jede Versicherung wäre kaputtgegangen, wenn man das gemacht hätte.

Insofern muss man sich da auch an die eigene Nase fassen. Das gilt vor allem dann, wenn das Bundesverfassungsgericht sagt, dass die Renten versteuert werden müssen, und es eine Auflage des Verfassungsgerichts gibt, während man schließlich im Bundesrat aus purem Populismus gegen das Alterseinkünftegesetz ist. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir die finanzielle Situation ansehe, frage ich mich: Wie können Sie als Ministerpräsident, wie kann die CDU-Landtagsfraktion, wie kann die von der CDU geführte Landesregierung immer noch das Kirchhof-Modell vertreten?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist doch nicht das Thema! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD)

Lesen Sie einmal durch, was der Herr Ministerpräsident im Programm für die nächsten Jahre schriftlich niedergelegt hat: Kirchhof-Modell – –

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Nein, nicht wegwischen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist doch wieder eine Stellvertreterdebatte!)

– Das ist überhaupt keine Stellvertreterdebatte. Ich gehe nur auf das ein, was der Ministerpräsident vorhin über Steuern, Finanzen und die schlechte Lage des Landes gesagt hat. Wenn das Kirchhof-Modell umgesetzt würde – darüber haben wir hier doch debattiert –, würde das in den ersten drei Jahren für die Bundesrepublik Deutschland einen Steuerausfall von insgesamt 93 Milliarden € bedeuten. Das haben nicht wir festgestellt, sondern das haben das Finanzministerium und die in der Finanzverwaltung aller Bundesländer tätigen Beamten festgestellt. Lassen Sie den Steuerausfall 80 Milliarden € betragen. Aber selbst das reiche Baden-Württemberg könnte dies politisch und finanziell nicht überleben. Wieso hängt man dann an einer Forderung, deren Umsetzung es überhaupt nicht ermöglichen würde, dass wir in diesem Land etwas weiter finanzieren?

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Deswegen: Schminken Sie sich das Kirchhof-Modell ab! Gehen Sie realistisch auf ein Steuermodell ein, das auch tragbar ist, und erzählen Sie der Bevölkerung nicht: Kirchhof ist großartig, Bierdeckel, 25 % Höchststeuersatz.

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, hätten Sie dann auch nicht mehr die Frage zu beantworten, ob Sie irgendwelche Gebühren nach sozialen Staffelungen erheben. Die Frau Kultusministerin – dazu haben Sie heute nichts gesagt – will die Lernmittelfreiheit abschaffen

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist ja unmöglich! –
Abg. Capezzuto SPD: Unsozial!)

und meint, für sozial Schwächere könnte man dann wieder etwas machen, während die übrigen die Kosten selbst tragen sollten. Wenn in Deutschland richtigerweise Steuern gezahlt werden – nämlich 42 % von denjenigen, die dies leisten können –, dann ist auch genügend Geld vorhanden, um die Lernmittelfreiheit zu finanzieren und um nicht jede Gebühr sozial staffeln zu müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist ein ordnungspolitischer Streit. Wir müssen auch einmal darüber diskutieren, was Sie ordnungspolitisch machen, wovon Sie sagen, der Staat solle sich heraushalten, und wo sich der Staat in Baden-Württemberg überall einmischt und seinen Einflussbereich erweitert, Stichwort „Staatsanzeiger“. Darüber werden wir ein anderes Mal diskutieren. Sie stellen immer hehre Forderungen auf, der Staat solle weniger machen, aber tatsächlich findet dies in Baden-Württemberg so nicht statt.

Gemeinsamkeiten: Wenn ich von „Gemeinsamkeit“ in einem Land rede, Herr Ministerpräsident, meine ich: Es gibt soziale Sicherungssysteme. Das ist der erste Ausdruck von Gemeinsamkeit: die Starken für die Schwachen. Das ist in Deutschland immerhin seit 140 Jahren der Grundsatz für drei soziale Sicherungssysteme. Das ist zum Teil auch sozialer Kitt.

Wenn ich sehe, was Sie mit Ihrer Kopfprämienpauschale machen – im Gegensatz zu unserer Bürgerversicherung –, dann muss ich sagen: Das ist natürlich eine tolle Entsolidarisierung, was Sie hier veranstalten, und der Staat soll das auch noch über Steuern bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

(Drexler)

Im Übrigen haben Sie für die Umsetzung Ihrer Vorstellungen ja gar keine Mehrheit. Die FDP will die Abschaffung der gesetzlichen Krankenkassen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich, beschlossen. Auf der anderen Seite wollen Sie die Bürger – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt bringt er wieder diese Debatte! Landespolitik wollen wir hören! Ihre Schwerpunkte! – Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Ich rede über Landespolitik. – Sie wollen die Kopfsteuer – darüber haben wir auch schon diskutiert –, und Herr Seehofer will genau wie wir die Bürgerversicherung. Wie Sie da einmal die Bundesregierung bilden wollen, ist mir schleierhaft.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir wollen erst einmal 2006 die Landesregierung weiterführen!)

Jetzt kommen wir zur Landesregierung, Herr Kollege. Darauf kommen wir schon noch. Wir werden Sie heute auch noch zu einer Abstimmung in einer landespolitischen Frage zwingen. Da wird man dann sehen, wie Sie sich verhalten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jawohl!)

Senioren: Sie sagen, die Senioren sollten sich in diesem Land wohl fühlen. Dieser Auffassung sind wir auch. Nur, Herr Ministerpräsident: Wir werden in den nächsten zehn Jahren ungefähr 10 000 neue Plätze in Pflegeheimen brauchen – unabhängig davon, dass das Land die Zuschüsse zwar erhöht, aber nicht in dem notwendigen Maße. Aber Sie und auch die Landesregierung kümmern sich überhaupt nicht um die Frage, woher das Personal für diese neuen Plätze kommen soll. Es gibt nämlich kaum mehr jemanden, der den Pflegeberuf ergreifen will, und um einen schnellen Wechsel im Altenpflegebereich kümmert sich die Landesregierung nicht. Das wird ein großes Problem. Deswegen fordern wir ja immer auch eine Veränderung der Ausbildungssituation in diesem Bereich. Darüber wird kein Wort verloren.

Sie haben kein Wort über NSI verloren. Landespolitik! Wir hätten heute eigentlich gern gehört: Wie geht denn das weiter mit diesem Hunderte-von-Millionen-Euro-Grab? Landespolitik: NSI!

Wir hätten gerne gehört: Was machen Sie denn weiter mit Ihrer freihändigen Vergabe von Gutachten? Die Landesregierung von Baden-Württemberg vergibt Gutachten freihändig ohne Ausschreibung,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

und zwar in Millionenhöhe. Sie gibt dem Landtag nicht einmal das Recht, die Namen der Empfänger zu erfahren. Zu alledem schweigt der Herr Ministerpräsident.

Ich komme jetzt zu einem Punkt, den Sie so stark hervorgehoben haben, nämlich Kredite für kleine und mittlere Betriebe. Herr Ministerpräsident, dass Sie da etwas machen, kann ja schon sein. Aber ich glaube, gerade der Finanzaus-

schuss des Landtags von Baden-Württemberg, das Parlament, hat neben einer Anhörung und neben vielen Aktionen mit das Meiste unternommen, damit es nicht so einen großen Bürokratieaufbau bei den Krediten für kleine und mittlere Unternehmen gibt, sondern damit die Bürokratie auf diesem Gebiet abgebaut wird. Wenn Sie einmal betrachten, was das Parlament, nämlich der Finanzausschuss unter dem Vorsitzenden Moser, getan hat, dann können Sie das belobigen, weil das tatsächlich Auswirkungen in der politischen Diskussion haben wird. Ob Sie bisher außer der Landesbank, an der es ja auch Kritik der kleinen und mittleren Unternehmen gibt, etwas gemacht haben, wage ich zu bezweifeln. Also wenn man schon lobt, muss man auch

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Richtigen loben!)

die Aktionen des Parlaments loben.

Jetzt komme ich zum Thema Terrorismusbekämpfung. Dass Sie dieses Wort heute in den Mund genommen haben, schlägt für mich dem Fass den Boden aus. Wir haben im März einen Antrag zur Terrorismusbekämpfung gestellt, weil wir festgestellt hatten, dass Sie im Haushalt die 51 Stellen zur Terrorismusbekämpfung gestrichen haben. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir der Meinung waren, es könne doch nicht sein, dass das Land, nachdem nach dem Anschlag in Madrid die Gefährdungslage höher ist, die einzigen 51 Stellen zur Terrorismusbekämpfung streicht. Deshalb haben wir hier einen Antrag eingebracht, die Landesregierung aufzufordern, diese Stellen im Haushalt stehen zu lassen. Der Antrag ist abgelehnt worden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja sag einmal!)

Herr Ministerpräsident, was ist jetzt? Haben Sie jetzt die Stellen wieder, wollen Sie sie wieder? Denn ohne diese Stellen können Sie gar nicht arbeiten. Also wenn, dann bitte ehrlich hier berichten: Baden-Württemberg hat seine Stellen zur Terrorismusbekämpfung in diesem Haushalt gestrichen und nicht ausgebaut. Von wegen innere Sicherheit!

(Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Können Sie das belegen?)

– Natürlich. Wir können das belegen, und wir haben das auch belegt. Es war ein großer Fehler von Ihnen, dass Sie dagegen gestimmt haben.

(Abg. Blenke CDU: Im März haben Sie schon falsch gerechnet!)

– Nein, da haben wir nicht falsch gerechnet, sondern da haben wir gewusst, was abgebaut wird. Ich spreche von diesen 51 Stellen zur Terrorismusbekämpfung, von denen sogar der Verfassungsschutz gesagt hat, er brauche sie, Herr Kollege.

Das Problem ist bei Ihnen immer die Diskrepanz zwischen Ihren hehren Sprüchen und dem, was Sie machen. Wenn man diese Diskrepanz aufdeckt, dann fangen Sie an zu jaulen, obwohl Sie die Chance gehabt hätten, mit einem Beschluss die Situation zu verändern.

(Abg. Blenke CDU: Wir haben aufgedeckt, dass Sie falsch gerechnet haben!)

(Drexler)

– Gut, dann können wir nachher einmal darüber reden. Wenn Sie zustimmen, stellen wir die 51 Stellen wieder ein. Diese sind ja vom Landtag gestrichen worden.

Gehen wir nun einmal auf die Kinderbetreuung ein, Herr Ministerpräsident. Tatsache ist ja wohl, dass es keine Bundesstatistik gab, sondern dass sich eine Bundesstatistik aus Landesstatistiken zusammensetzt. Die Bundesstatistik recherchiert in einem Land überhaupt nicht. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat die Zahlen geliefert, und die Bundesstatistik hat sie nur zusammengefasst.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Jetzt nehmen wir doch einmal Ihr eigenes Statistisches Landesamt. Dieses hat uns erklärt: Von den Zahlen her sind wir Schlusslicht in Deutschland.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Am 31. Dezember 2002 gab es im Südwesten auf 1 000 Kinder unter drei Jahren nur 13 Ganztagsplätze –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie viele Tagesmütter?)

statistisch festgestellt nicht vom Bund, sondern von unserem Landesamt. Im Bundesdurchschnitt gab es 77, 13 bei uns gegenüber 77 im Bundesdurchschnitt – da sind wir an letzter Stelle, selbst mit Tagesmüttern.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

An Plätzen für Jungen und Mädchen im Kindergartenalter gibt es offensichtlich Nachholbedarf. Auf 1 000 Kinder kommen 74 Ganztagsplätze bei uns gegenüber 327 im Bundesdurchschnitt.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Abg. Teßmer SPD: Katastrophal!)

Wo stehen wir denn da? Wo sind wir denn da Spitze? Angebote für Hortkinder von sechs bis zwölf Jahren in Baden-Württemberg: 20 Plätze je 1 000 Kinder – ebenfalls die rote Laterne. Im Schnitt stehen in Deutschland 68 Plätze gegenüber 20 in Baden-Württemberg zur Verfügung.

(Abg. Teßmer SPD: Sehr kinderfreundlich! – Zuruf von der SPD: Beschämend!)

Herr Ministerpräsident, da muss ich nun wirklich sagen: Damit kann man nicht punkten. Insofern nehme ich auch zur Kenntnis, dass Sie langsam merken, dass das Lebensgefühl in Baden-Württemberg ein anderes ist, als bisher die CDU hier im Land verkündet hat.

(Beifall bei der SPD)

Als wir immer über die Frage der Ganztagsbetreuung geredet haben, kam von Ihnen das Argument: Ihr zerstört die Familie. Das waren ja die Zwischenrufe.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Als ich hier eine Rede über Ganztagschulen gehalten habe, wurde hier

(Abg. Dr. Caroli SPD: Gelästert!)

„Zwangsurlaub“ dazwischengerufen. Das muss man doch einfach sehen. Jetzt langsam kommen Sie drauf, weil Sie merken, dass Sie in den Großstädten, in den Verdichtungsräumen keine Chance haben, etwas zu erreichen. Selbst dann ändern Sie nichts.

Die Frau Kultusministerin hat – am letzten Samstag war das wohl – tolle Sätze zur Ganztagsbetreuung gesagt: „Wir müssen endlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.“

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Hehre Worte!)

– Hehre Worte, tolle Sache, ganz toll.

(Zuruf von der SPD: Willkommen im Klub!)

– Willkommen im Klub. – Nur: Sie haben ja im Frühjahr noch nicht einmal unterzeichnen wollen, dass das Land 528 Millionen € für Ganztagschulen bekommt. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir einmal ansehe, wie unterschiedlich Ihre Auffassungen sind: Der Herr Ministerpräsident sagt: „Als ob man das überhaupt braucht“ und meint, es werde ganz schwierig. Herr Oettinger sagt: „Wir brauchen natürlich mehr.“ Und Frau Schavan liegt mit ihren Aussagen zwi-schendrin. Dass man da eine gescheite Politik machen kann, wage ich zu bezweifeln.

Das Interessante ist ja, Frau Schavan, dass Sie schon wieder einen neuen Versuch laufen lassen. Wenn ich richtig gelesen habe, wollen Sie in 10 bis 15 Jahren an vier bis sechs Standorten die Verzahnung von Kinderhort und Schule testen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Toll!)

– Toll. – Ich fordere Sie auf, erst einmal darüber nachzu-denken, wie es möglich sein wird, dass alle Kinder, die in die deutsche Schule kommen, mit sechs Jahren Deutsch können, und zwar ausreichend.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Carla Bregenzer SPD: Es darf auch Schwäbisch oder Badisch sein!)

75 000 von insgesamt 300 000 Kindergartenkindern können nicht richtig Deutsch. Man muss doch erreichen, dass diese Deutsch können. Da kann man doch nicht, Herr Minister-präsident, hier hintreten, mit der Landesstiftung argumen-tieren und lachend darauf hinweisen, dass die anderen mög-licherweise nichts machten. Was die anderen machen, ist mir wurst. Wir müssen so schnell wie möglich jede Bega-bung bei uns fördern. Das heißt: Jedes Kind muss Deutsch können. Ab dem dritten Lebensjahr muss Sprachkompetenz vermittelt werden. Das müssen Sie jetzt machen, nicht in 10 bis 15 Jahren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Schon von Geburt an!)

– Wenn es von Geburt an geht und zu Hause läuft, ist das noch besser.

(Heiterkeit des Abg. Seimetz CDU)

(Drexler)

Aber wenn 75 000 von 300 000 Kindergartenkindern nicht richtig Deutsch können, wissen wir, dass das offensichtlich nicht läuft.

Man kann sich doch hier nicht hinstellen und sagen, alles sei in Ordnung, es laufe ganz gut, und dann davon reden, dass Baden-Württemberg ein toller Standort sei. Die Qualität des Standorts können wir nur halten, wenn wir jede Begabung fördern. Die Qualität des Standorts können wir nur halten, wenn jedes Kind mit sechs Jahren Deutsch kann. Sie sprechen von Chancengleichheit. Chancen hat bei uns jemand überhaupt erst, wenn er Deutsch kann, wenn er mit sechs Jahren in die Schule kommt. Denn 20 % der Schüler, die mit 15, 16 Jahren aus der Schule kommen, können immer noch nicht Deutsch. Das ist ein Ergebnis von PISA. Und 10 % der Jugendlichen haben überhaupt keinen Schulabschluss. Warum Sie sich hier dauernd feiern lassen, wundert mich eigentlich. Das wundert mich wirklich.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Von dieser Pflichtaufgabe kann man sich nicht freikaufen. Chancengleichheit bedeutet, dass jedes Kind mit sechs Jahren die Schule besuchen und dort mitmachen kann. Jeder muss Deutsch können, damit er auch am Leben teilnehmen kann, damit er einen Ausbildungsplatz kriegt. All dies muss die Schule als Pflichtaufgabe schultern.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Seit Jahren sagen wir das. Seit Jahren stellen wir hierzu Anträge. Und seit Jahren lehnen Sie diese Anträge ab, das letzte Mal im Frühjahr, als wir den Antrag gestellt hatten, 8 Millionen € einzustellen, um zusammen mit den Kommunen die Sprachstandsdiagnose in den Kindergärten durchzuführen. Also bitte schön: Wir machen ja Angebote. Sie machen nur nicht mit.

Überhaupt habe ich den Eindruck, dass Sie immer der Meinung sind, Sie seien in der Opposition. Als ich am Samstag gehört habe, was da alles versprochen worden ist, habe ich gedacht: Das hätten Sie schon längst machen können, und zwar mit wenigen Maßnahmen.

(Heiterkeit des Abg. Weiß SPD)

Sie tun immer so, als wären Sie nicht an der Regierung. Wenn ich nachrechne, stelle ich fest, dass Sie schon lange an der Regierung sind. Dass Sie an der Regierung sind, ist aber ein Problem für die Bereiche Ganztagsbetreuung und Schule; das sage ich Ihnen schon.

Von Chancengleichheit sprechen und dann die Lernmittelfreiheit abschaffen wollen, das ist ja nun wirklich der Höhepunkt!

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist ein Rückfall in die Fünfzigerjahre!)

Wenn Sie das einführen, kommt das einem Schulgeld gleich. Ich sage noch einmal: Verlangen Sie von denen, die finanziell stärker sind, anständig Steuern, dann kann das finanziert werden, und führen Sie nicht einen Spitzensteuersatz von 25 % ein. Bei einem solchen Spitzensteuersatz müssten Sie solche Geschichten machen. Dann trägt näm-

lich nicht der finanziell Starke ausreichend dazu bei, dass der Staat einigermaßen gut funktioniert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Oh Gott, oh Gott, oh Gott!)

Noch zwei Bemerkungen zu den Bereichen Zuwanderungsgesetz und Integration: Herr Ministerpräsident, wir haben schon das letzte Mal gesagt, dass Baden-Württemberg in der Integration nicht Spitze ist. Sie haben bei den letzten Haushaltsberatungen alle sozialen Maßnahmen zur Integration gestrichen, sodass die Träger diese Maßnahmen nicht durchführen können. Von wegen Integration!

Der Hauptpunkt in der ganzen Debatte, den ich Ihnen übel nehme, ist, dass Sie ständig neue Forderungen erhoben haben und in Ihrem eigenen Gutachten zur Zukunft Baden-Württembergs, das Sie mit der baden-württembergischen Industrie erstellt haben – das kam vor einigen Jahren heraus; das haben Sie dann gleich wieder in der Schublade verschwinden lassen –, in der Kommission übereinstimmend festgestellt wurde, dass Baden-Württemberg eine Zuwanderung von 25 000 qualifizierten Kräften pro Jahr benötigt. Das vergessen Sie bei dem ganzen ideologischen Schlagetöse, das Sie hier machen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jetzt haben wir das Gesetz durch, und ich hoffe, dass wir das, was in dem Gutachten, das Sie selbst in Auftrag gegeben haben, steht, dann auch durchsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Beim Zweiten, was ich sagen will, geht es um die Energieversorgung. Auch darüber haben Sie nichts verlauten lassen; das ist mir schon klar, weil die Energie Baden-Württemberg nicht gut dasteht. Sie stand ja unter der Landesfuchtel, und da hat sie alles Mögliche eingekauft – von Baubeschlägen bis zu Schuhen –, was mit dem Energiegeschäft relativ wenig zu tun hat.

(Heiterkeit des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Jetzt hat sie Gott sei Dank alles wieder abgestoßen, und wir hoffen, dass sie wieder investieren kann. Aber es muss uns doch nachdenklich machen, dass schon 25 % des Stroms, den wir hier verbrauchen, gar nicht mehr in Baden-Württemberg produziert werden.

Wir haben, weil Sie sich weigern, überhaupt keine Nachfolgestandorte ausgewiesen. Das muss doch gemacht werden! Ein Standort ergibt sich doch nicht von allein. Bei allem, was mit Energiedienstleistungen zu tun hat, vergeigen Sie die Chancen Baden-Württembergs, weil Sie sich aus ideologischen Gründen so verhalten, unabhängig von der Frage „Kernenergie ja oder nein“.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Deswegen fordern wir Sie auf, Standorte auszuweisen, wie Herr Claassen davon auszugehen, dass die Kernkraftwerke tatsächlich abgeschaltet werden, und endlich Ihr eigenes Gutachten aus dem Wirtschaftsministerium hervorzuholen, das ja viel Geld gekostet hat und minutiös aufzeigt, dass ein

(Drexler)

Ausstieg aus der Kernenergienutzung bei Einhaltung der Klimaschutzzahlen möglich ist. Das ist Ihr Gutachten! Warum halten Sie sich nicht daran?

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn wir Haushaltsanträge stellen, die zum Ziel haben, das Gutachten umzusetzen, dann lehnen Sie diese Haushaltsanträge ab. Deswegen, Herr Kollege Oettinger, nehmen wir Ihre Aussage, Kernkraftwerke sollten länger laufen gelassen werden, damit zusätzliches Geld für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung steht, auch nicht ernst. Dies müssen wir, wenn wir glaubwürdig sein wollen, schon jetzt leisten!

Im Kampf gegen die Windkraft hat Ihnen ja jetzt Gott sei Dank auch noch das Verwaltungsgericht deutlich gemacht, dass die Stadt Freiburg zu Recht die Genehmigung ausgesprochen hat

(Abg. Seimetz CDU: Das werden wir sehen! Die 9. Kammer ist bekannt!)

und alles andere, was da ablief, vollständig ideologisch verbrämtes Theater gegen die Windkraft war, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zum Schluss noch: Herr Ministerpräsident, ich glaube, dass Sie die Regierung bald wieder umbilden müssen. Ich glaube, wir haben heute über die Zukunft einer Regierung gesprochen, die gar keine Zukunft hat.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Sehr gut! – Ministerpräsident Teufel: Er spricht vom Bund!)

– Nein, nein! Ich spreche von Ihnen. Ich spreche schon von Ihnen.

Wenn eine Justizministerin im Untersuchungsausschuss Prämissen aufstellt, die allgemein akzeptabel sind und für die baden-württembergische Justiz bisher gegolten haben, nämlich: „Ich mische mich nicht ein; ich informiere meinen Parteifreund nicht; ich verlasse sogar die FDP/DVP-Fraktionssitzung, wenn über den Fall Döring gesprochen wird“ – und das ist toll –,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was ja auch stimmt!)

dann ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum die Frau Justizministerin am 6. Juli um 7 Uhr Herrn Wirtschaftsminister Döring anruft und ihm mitteilt, dass ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart erklärt, das sei ja fast zeitgleich gewesen, wobei das natürlich schon eigenartig ist. Die Frau Justizministerin sagt, sie hätte das Recht gehabt, dies zu tun, weil ja am gleichen Tag der Brief gekommen sei. Der Brief kam gar nicht am gleichen Tag, nein, der kam nicht am 6., sondern am 7., wie es heute auch in der Zeitung nachzulesen ist. Das war also nicht zeitgleich.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Ja, das ist dumm gelaufen, Herr Kollege. Sie sehen auch gerade so aus – also vom Gesicht her.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie merken, was dahinter steckt. Das heißt, schon jetzt – unabhängig davon, dass es da einen Zeugen gibt, der ständig die Presse über dieses Telefongespräch informiert – kann die Frau Justizministerin unserer Meinung nach nicht im Amt bleiben. Das hat übrigens nicht mit einem strafrechtlichen Tatbestand zu tun. Da wäre es ja noch schlimmer. Wenn der Vorwurf stimmt, dass sie auch noch gesagt habe, was in den Ermittlungsakten darüber steht, was bei Frau Haussmann beschlagnahmt wurde, dann wäre es ja ganz schlimm. Dann wäre es sowieso gleich aus.

Aber schon das andere reicht eigentlich, weil sich die Justiz jetzt in einer ganz schwierigen Situation befindet. Denn sie legt zweierlei Maß an. Sie berichtet vorweg. Bevor die Staatsanwaltschaft einen Beschuldigten hat, telefoniert die Frau Justizministerin. Das kann kein Staat, in dem es eine unabhängige Justiz gibt, zulassen. Das geht nicht. Das ist weder mit ihrem Amtseid vereinbar noch sonst möglich. Da geht es nicht um Strafrecht; das kann ja noch kommen.

Ich bitte Sie einfach, jetzt nicht immer mit dieser Solidarisierungsgorgie zu kommen, sondern einmal darüber nachzudenken, dass das, was sie jetzt schon getan hat, für eine Ministerin, die die Hüterin der Gesetze und der Unabhängigkeit der Justiz bei uns in Baden-Württemberg ist, nicht akzeptabel ist. Mehr nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Unabhängig davon, ob die Frau Justizministerin möglicherweise für innerparteiliche Auseinandersetzungen in der FDP/DVP büßen muss oder was auch immer – das kann ja alles sein –, ist die Frage: Wer informiert denn da? Darüber muss man sicher einmal nachdenken. Das ist aber nicht mein Thema. Es tut mir ausgesprochen Leid: Sie kann diese Unabhängigkeit nicht mehr garantieren. Das geht nicht mehr.

Insofern bitten wir Sie, Herr Ministerpräsident, die Frau Justizministerin zu entlassen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung erhält der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE das Wort. Herr Kretschmann, Sie haben das Wort.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wäre nach der heutigen Kabinettsumbildung eigentlich angesagt gewesen? Nach einer Kabinettsumbildung, die im Land Diskussionen hervorgerufen hat wie noch nie, die in den regierungstragenden Fraktionen Debatten hervorgerufen hat wie noch nie – was wäre da eigentlich zu tun gewesen, Herr Ministerpräsident?

Da wäre eine Regierungserklärung von Ihnen angebracht gewesen, in der Sie begründen, warum Sie die Kabinettsumbildung vorgenommen haben, warum Sie bestimmte Minister entlassen haben und warum Sie andere berufen haben, und in der sie erklären, welche Perspektiven es gibt und welche neuen Akzente für dieses Land gesetzt werden. Das hätten wir erwarten können.

(Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Aber Sie unterlassen das nicht nur und überlassen es den Fraktionen, in einer solchen Situation die Initiative zu ergreifen, diese Debatte hier zu erzwingen, damit zu den Perspektiven des Landes überhaupt etwas gesagt wird – obwohl es bei einer Regierungsumbildung logischerweise die Aufgabe der Exekutive ist, dies zu thematisieren, aber nicht Aufgabe des Parlaments; das Parlament kontrolliert die Regierung, die Sie jetzt neu installiert haben –, sondern unternehmen stattdessen einen Schritt, den es hier noch nie gegeben hat: Die Fraktionen beantragen eine Debatte, und Sie gehen als erster Redner in diese Debatte.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich!)

Dann landen Sie aber nicht einmal einen Überraschungscoup, indem Sie zum Beispiel sagen würden: „Jawohl, ich habe es eingesehen. Das Land braucht neue Personen, neue Akzente. Die Regierungsumbildung muss von oben anfangen. Ich werde mein Amt zum Ende des Jahres niederlegen und die Regelung der Nachfolgefrage in Gang setzen.“ Das wäre eine echte Überraschung gewesen, die die gesamte Debatte vom Kopf auf die Füße gestellt hätte.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Birgit Kipfer SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stattdessen halten Sie hier eine Rede, die wir schon 17-mal gehört haben –

(Abg. Schmid SPD: Mindestens! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

ohne irgendeine neue Perspektive, ohne neue Akzente und ohne zu sagen, wie das Land auf die neuen Herausforderungen reagieren muss.

So, wie Sie reagiert und diese Debatte im Grunde genommen schon heruntergeritten haben, die heute gebraucht worden wäre, fordern Sie eine Kritik des ganzen Vorgangs heraus, den wir heute zu kommentieren haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen einen Neuanfang. Dieser Neuanfang, Herr Ministerpräsident, ist in erster Linie nicht eine Frage der Verjüngung, sondern er ist in erster Linie eine Frage der Perspektiven, die man aufzeigt: Was will man selbst, und was möchte man mit den neuen Ministern bewegen?

Das sind die Perspektiven, die wir heute brauchen: Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges und intelligentes Wachstum in diesem Land, damit die Wirtschaft wieder auf die Beine kommt, Initiativen und Akzente für eine ökologische Modernisierung Baden-Württembergs, die unsere Lebensgrundlagen sichert, die aber auch Motor für ein nachhaltiges Wachstum in diesem Land sein kann, das alle Ressourcen und Möglichkeiten hat, das umzusetzen. Wir brauchen eine Perspektive, die Bildung und Wissenschaft als Kernaufgabe der Landespolitik begreift und diese auch in den Mittelpunkt stellt und die neue Akzente bei der Verein-

barkeit von Familie und Beruf setzt und so aus diesem Land ein familien- und kinderfreundliches Land macht. Dies alles muss mit der Perspektive einer Haushaltssanierung fundiert sein, die das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft neu justiert und neu ordnet.

Ich sage Ihnen: Seit 30 Jahren lebt das Land über seine Verhältnisse – Sie stellen seit fast 50 Jahren den Finanzminister –, und wir sind auf diese Herausforderungen schlecht vorbereitet, weil es Ihnen in den letzten 30 Jahren nicht gelungen ist, hier einen ausgeglichenen Haushalt auf die Beine zu stellen, um in diesen Umbruchzeiten die Möglichkeit zu haben, auf die Herausforderungen richtig zu reagieren. Dies ist nicht der Fall. Aufgrund dessen, was Inhalt Ihrer Rede war, kann ich mich allerdings darüber auch gar nicht wundern. Wenn man, so wie Sie, was den Bund betrifft, immer nur die alten Wohltaten weiter verteilen will – Eigenheimzulage, Pendlerpauschale, also die größten Subventionsposten –, gleichzeitig aber heute Vormittag beklagt, dass die Bundesregierung den Stabilitätspakt verletzt, dann frage ich Sie: Woher nehmen Sie eigentlich Ihr Weltbild?

(Abg. Haller SPD: Aus Spaichingen!)

Für das Land wollen Sie uns hier eine Sparorgie verordnen. Da müssen ja auch alle mitmachen; denn uns bleibt nach der Schuldenpolitik, die Sie bisher betrieben haben, gar nichts anderes übrig. Auf der anderen Seite hindern Sie den Bund mit Ihrer Weigerung im Bundesrat, endlich aus diesen Subventionen auszusteigen, daran, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Was passt denn da zusammen? Gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Rust SPD: Nichts!)

Ihre Kritik ist einfach nicht glaubwürdig. Wenn Sie der Meinung sind, dass wir die Eigenheimzulage weiterhin brauchen, müssen Sie einmal sagen, wie das gegenfinanziert werden soll, ohne dass der Bund immer weiter in die Schuldenfalle läuft. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie, was aus bundesstaatlicher Sicht der Sinn der Eigenheimzulage sein soll, wenn man im Osten Deutschlands Wohnungen abreißt, weil die Menschen dort keine Perspektiven sehen und alle hierher kommen, sodass wir also hier die Wohnungen bräuchten. Welcher verantwortungsbewusste Bundeskanzler kann denn so etwas in Zukunft noch machen? Keiner, auch nicht ein Bundeskanzler, der von Ihnen gestellt wird. Sie sind also nicht mehr auf dem Stand der Debatte; das muss man einfach einmal feststellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun zu dem, was Sie zur Rentenbesteuerung gesagt haben: Hier gilt haargenau dasselbe. Sie haben in Ihrer Koalitionsvereinbarung auf Landesebene noch die Abschaffung der Ökosteuer gefordert. Wissen Sie, was das bedeutet?

(Abg. Drexler SPD: 27 Milliarden €)

Entweder steigen die Lohnnebenkosten nochmals um 2,5 Prozentpunkte, oder Sie müssen die Renten noch weiter kürzen. Das wäre die Folge, wenn Sie die Ökosteuer streichen würden. Das passt doch überhaupt nicht zusammen.

(Kretschmann)

Dann sprechen Sie – sehr berechtigt – von der drohenden sozialen Spaltung. Passt das denn damit zusammen, dass Sie ein Gesundheitsmodell schaffen wollen, das vorsieht, dass der Chauffeur genauso viel zahlt wie sein Chef? Und wenn Sie dies sozial ausgleichen wollen, müssen Sie dann nicht sagen, woher Sie dafür die Steuermittel nehmen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Passt denn das zusammen? Sie sind nicht auf dem Stand der Debatte; das muss man ganz klipp und klar sagen.

Sie sagen, die Familienförderung müsse Priorität haben, und stellen gleichzeitig die Lernmittelfreiheit infrage. Hierfür einen sozialen Ausgleich zu schaffen würde wiederum

(Abg. Drexler SPD: Bürokratie!)

einen riesigen bürokratischen Aufwand bedeuten. Das passt doch sowieso überhaupt nicht zusammen, da der Großteil der Lernmittel, mit Ausnahme der Bücher, sowieso schon von den Eltern bezahlt werden muss. So funktioniert das, was Sie da fordern, einfach nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie auf die erfolgreichen Bankenfusionen hinweisen – richtig, in Ordnung – und sagen: „Das größte Problem unserer mittelständischen Betriebe besteht darin, wie sie trotz der verschärften Bedingungen von Basel II Kredite bekommen“, dann frage ich Sie einmal, Herr Ministerpräsident: Ist es in einer solchen Situation, in der der Mittelstand ohnehin schon Schwierigkeiten hat, an Kredite zu kommen, richtig, dass Sie der L-Bank, die als Mittelstandsförderbank die Aufgabe hat, unseren Mittelstand zu fördern und voranzubringen, über Ihre Sonderprogramme zum Landesstraßenbau jedes Jahr 100 Millionen € aufs Auge drücken, sodass sie jetzt schon 500 Millionen € für den Landesstraßenbau kreditieren muss und damit ihre Kernaufgabe, nämlich den Mittelstand zu fördern, nicht mehr in dem Maße wahrnehmen kann, wie sie es könnte, wenn sie die Gelder hätte? Passt das zusammen, Herr Ministerpräsident? Ich sage: Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD)

Herr Ministerpräsident, die Kabinettsumbildung ist eigentlich das Thema, um das es heute geht. Aber wir haben den Eindruck, bei Ihrer Kabinettsumbildung geht es an erster Stelle nicht um das Land, sondern um die Frage Ihrer Nachfolge. An erster Stelle steht nicht das Land, sondern stehen parteitaktische Fragen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Diese Kabinettsumbildung beendet diese Debatte natürlich nicht, sondern sie vertieft sie nur. Denn Sie weisen durch diese Kabinettsumbildung nicht Qualität, Kompetenz und Ideenreichtum vor,

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

sondern Sie treten allein eine Flucht in die Verjüngung an. Denn das kommt natürlich immer gut an, das ist klar. Aber wenn es nur um Verjüngung geht und wenn Verjüngung die Perspektive ist, dann muss sich doch jeder fragen: Warum nicht beim Chef?

(Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das macht doch so, wie Sie das komponiert haben, überhaupt keinen Sinn. Wenn Sie weiterregieren wollen, macht die Kabinettsumbildung einen Sinn. Ihre jetzige Rede hat ja diesen Eindruck hinterlassen; denn es wird einfach nur das wiederholt, was Sie hier an diesem Pult schon immer gesagt haben. Aber dann sagen Sie das doch einfach! Dann ist der Kittel geflickt, und dann weiß jeder hier im Land, womit er zu rechnen hat. Ich glaube, darauf hätte man eigentlich einen Anspruch.

Bei der Kabinettsumbildung, die wir uns jetzt anschauen können, gab es von Müller zu Mappus eine Verjüngung. Aber ich frage Sie: Können wir da auch eine Qualitätsverbesserung erkennen?

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Bei Müller war es jedenfalls so: Er ist uns nie eine Antwort schuldig geblieben. Er war kompetent und in allen Fragen seines Amtes immer beschlagen. Beim Staatssekretär Mappus konnten wir bisher nur Draufhauen und Polemik erleben oder feststellen, dass er dem Landtag Auskünfte verweigert oder falsche gegeben hat.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Warten Sie es ab! – Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

Das ist doch ein ganz schlechter Einstieg. Verstehen Sie: Wenn das die Perspektive einer Verjüngung ist – Draufhauen statt Kompetenz –, dann ist das vielleicht parteitaktisch in Ordnung. Ich glaube aber, dass man das Land dabei nicht weiterbringt.

(Beifall bei den Grünen)

Rech: völlig in Ordnung; ein seriöser Mann. Etwas anderes haben wir nie sagen können.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU – Unruhe – Abg. Dr. Birk CDU: Oh! Aufstehen!)

Das ist, glaube ich, eine gute Wahl.

Kommen wir jetzt noch einmal zu der Frage nach Ihren Staatssekretären.

Warum der Kollege Hillebrand jetzt Staatssekretär im Umwelt- und Verkehrsministerium ist, das verschließt sich uns vollkommen.

(Abg. Drexler SPD: Mir auch! – Abg. Stickelberger SPD: Das ist der Grund! – Abg. Röhm CDU: Weil er anständig ist!)

Er ist hier nicht durch irgendwelche Initiativen oder Ideen aufgefallen, bei denen wir sagen könnten: Das wird der Grund sein. Wir kennen diesen Grund nicht.

(Zurufe von den Grünen)

(Kretschmann)

Offensichtlich genügt es schon, dass er gesagt hat: „Erwin, mach bis über 2600 weiter.“

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Unruhe – Abg. Drexler SPD: 2600, um Gottes willen! Oje, das arme Land! – Abg. Blenke CDU: Von 2600 hat niemand geredet!)

Ich finde aber, das ist doch ein zu geringer Qualitätsausweis.

Jetzt kommen wir zum Entscheidenden. Das ist nämlich der Wechsel von Repnik zu Gönner.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da bin ich mal gespannt!)

Frau Gönner ist erst einmal ein unbeschriebenes Blatt.

(Abg. Blenke CDU: Das waren auch Sie mal! Das war jeder mal!)

Landespolitisch ist sie nicht als Expertin ausgewiesen, und auch bundespolitisch hat sie im Sozialbereich noch nicht von sich reden gemacht. Sie war bisher auch nicht mit Führungsaufgaben betraut. Unbeschriebene Blätter haben natürlich immer den Vorteil, dass man sie beschreiben kann; keine Frage.

(Abg. Hauk CDU: Eben!)

Aber das Entscheidende ist: Gleichzeitig entlassen Sie Herrn Repnik, obwohl er das nicht wollte. Jetzt setzen Sie ihn an die Spitze der Toto-Lotto-Gesellschaft, und das machen Sie noch mit der wirklich an Scheinheiligkeit nicht zu übertreffenden Bemerkung: Soll denn ein Minister schlechter dran sein als jeder andere in diesem Land?

(Lachen bei den Grünen)

Wenn er so gut ist, dass er auf einmal die Toto-Lotto-Gesellschaft führen kann, warum entlassen Sie ihn denn dann und setzen dafür ein unbeschriebenes Blatt ein? Was für einen Grund gibt es eigentlich, wenn man das Landesinteresse im Auge hat, Minister nicht dem Verfahren zu unterwerfen, dem sich jeder Bürger und jede Bürgerin stellen muss, nämlich einem Ausschreibungsverfahren? Wenn er so gut ist, wie Sie sagen, wird er dieses doch wohl locker und glänzend bestehen. Das stimmt alles nicht.

Dass Sie einen Minister, der nicht gehen will und bei dem auch nicht klar ist, warum er gehen und durch jemand ersetzt werden soll, der ein unbeschriebenes Blatt ist, einfach schamlos in ein landeseigenes Unternehmen setzen, hat das, was der Bürger in Baden-Württemberg mit schwarzem Filz ohnehin schon gewohnt ist, überschritten, weil Sie damit ein landeseigenes Unternehmen zum Spielball Ihrer taktischen Interessen und zur Beute einer Partei machen. Das ist genau der Punkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Leute wollen in solchen Umbruchzeiten, über deren Existenz wir uns alle einig sind, dieses parteipolitische Taktieren nicht. Sie wollen, dass die Interessen des Landes über

die Interessen der eigenen Partei gestellt werden. Das haben Sie klar verletzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist klar: Wenn man das verwechselt, ist man sofort auf einer abschüssigen Bahn wie der, auf der Sie jetzt gelandet sind. Deswegen fordern wir Sie noch einmal auf, damit aufzuhören. Wir haben Sie schon vor Wochen hier aufgefordert, alle landeseigenen Unternehmen ihre Spitzenpositionen ausschreiben zu lassen. Das ist der einzig richtige und kommode Weg, um von dieser schrägen Bahn wieder herunterzukommen.

Ich glaube, das alles – nämlich dass Sie das Land weiter in der Schwebe halten und nicht sagen, was Sie eigentlich tun wollen, obwohl auch der Ruf aus Ihren eigenen Reihen erschallt, das zu tun, und das Pferd vom Schwanz her aufzäumen, dass Sie Minister auswechseln, aber unklar lassen, wer das Land weiter führen soll – zerstört zusammen mit dem Abgleiten in eine Patronagenwirtschaft Glaubwürdigkeit.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir ja zugeben: Die Skandale belasten jetzt gerade einmal Ihr Konto,

(Abg. Drexler SPD: Aber insgesamt auf alle!)

aber insgesamt ist es leider nicht so.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wir wissen, diese Skandale gehen insgesamt auf das Konto der Politik im Allgemeinen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das ist das Schlimme. Wir sehen ja, wie andere Leute, etwa Koch, solche Sachen glänzend überstehen und auch noch die absolute Mehrheit einfahren, aber das Vertrauen in die Politik allgemein nimmt durch solche Geschichten rapide ab. In der jetzigen Umbruchsituation, in der wir den Leuten Einschnitte auf sehr vielen Gebieten zumuten müssen, in der sich Gewohntes ändert und die Leute völlig neue Wege gehen müssen, ist die Politik jedoch besonders auf Glaubwürdigkeit angewiesen. Das ist das allerwichtigste Kapital, das sie hat. Das darf man in einer solchen Situation nicht durch taktische Spielchen verspielen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen kann ich Sie nur noch einmal auffordern: Machen Sie Platz für einen Neuanfang mit neuen Perspektiven für dieses Land!

Wir brauchen eine Haushaltssanierung. Sie ist Grundlage dafür, dass wir die Kernbereiche des Landes überhaupt weiter halten können. Wir müssen überall Kosten senken und sparen, und zwar auch drastisch. Aber es ist wie bei jedem Betrieb in der Wirtschaft: Wenn er in Schwierigkeiten gerät – wir sind in diesen Schwierigkeiten –, muss er Kosten senken, muss er sanieren. Aber damit allein kann er sich noch nicht am Weltmarkt behaupten. Das Ganze muss ja den Sinn haben, das Land wieder fit zu machen für seine Kernaufgaben, fit zu machen insbesondere für Bildung und Wissenschaft.

(Kretschmann)

Was brauchen wir da? Ich hoffe, dass diese Akzente von den Teufel-Nachfolgern endlich aufgenommen werden. Wir brauchen im Bildungswesen, in der Schule eine neue Leistungskultur und eine Sozialkultur. Die Betonung liegt auf dem „und“. Genau in der Verbindung von Leistungskultur und Sozialkultur liegt die Herausforderung, vor der wir im gesamten Bildungswesen stehen.

Wir haben dazu sehr präzise Vorschläge gemacht. Wir haben für die Hochschule Studiencredits vorgeschlagen, wo der Student Verantwortung übernimmt, wo er mitbestimmt, wo er auch Eigenanteile bezahlen muss, aber wo wir ihm auch insofern Verantwortung übertragen, als dass dorthin, wohin er geht, die Mittel gleichzeitig mitgehen. Er steuert dadurch mit und wird durch ein solches System zur Qualität der Lehre beitragen. Er kann also mit der Belastung, die wir ihm im zweiten Teil des Studiums, im Masterstudiengang, aufbürden, selbst steuern. Das ist genau ein Beispiel dafür, was die Menschen von uns verlangen: nicht einfach nur zu sagen: „Ihr müsst alle mehr blechen, ihr müsst alle mehr arbeiten.“ Das allein bringt nichts, das bringt Verunsicherung.

Wenn ich die Arbeitszeitdebatte nehme: Die einen sagen: „50 Stunden“. Die nächsten sagen: „Feiertage weg!“ Die Dritten sagen: „Den Urlaub weg!“ Das muss doch einfach bei den Leuten tiefe Ängste auslösen. Das sind doch völlig unsinnige Debatten, die da geführt werden. Natürlich müssen wir länger arbeiten. Aber wir müssen das auch begrenzen. Wir brauchen mehr Flexibilität, und wir müssen den Leuten immer die Perspektive eröffnen, dass es ihnen dabei besser gehen wird.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Was heißt das für die Schule? Kollege Oettinger, die Selbstständigkeit der Schule muss der Kernpunkt unserer Schulreform sein.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir müssen unseren Schulen etwas zutrauen. Es darf nicht ein randständiges Thema sein, sondern es muss das Kernthema für unsere Schulen sein.

(Unruhe)

Die Lehrerinnen und Lehrer müssen in allen wichtigen Fragen, die die Schule betreffen, Verantwortung bekommen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Staat ist lediglich dafür zuständig, die Standards zu bilden und ihre Einhaltung zu überprüfen und zu gewährleisten. Das ist seine Aufgabe.

Wenn wir das machen, wenn wir den Mut haben, da endlich kräftig zu deregulieren, dann – davon bin ich überzeugt – erwirtschaften wir Ressourcen, weil wir dann nur noch 20 % der Schulverwaltung brauchen. Wir schaffen aber auch eine neue Verantwortungskultur, weil dies Lehrer und Eltern wieder zusammenbringen wird.

Ich mache Ihnen jetzt einmal einen Vorschlag. Wir können die Schulreform nur dann erfolgreich durchführen, wenn wir eine motivierte Lehrerschaft haben. Wie können wir die Lehrerschaft motivieren? Mein Vorschlag ist: Wir schaffen

eine neue Arbeitszeitregelung, die klar gegliedert ist in Deputat, Anwesenheit an der Schule und Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Das wird bedeuten: Die Lehrerinnen und Lehrer sind den ganzen Tag an der Schule. Das brauchen wir sowieso;

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

das ist Voraussetzung. Wenn wir ihnen dann noch sagen: „In der Sekundarstufe I fällt ein Drittel der Korrekturen weg, in der Sekundarstufe II fällt die Hälfte der Korrekturen weg, und mit der Zeit, die ihr dadurch habt,

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

macht ihr an der Schule einmal eine individuelle Betreuung der Kinder, eine Diagnose ‚Warum hast du so eine schlechte Note, und was musst du tun, damit du besser wirst?‘, wenn wir mit einer solchen Maßnahme, die die Eltern mit einbezieht, den Lehrerinnen und Lehrern klar machen: ‚Wir entlasten euch,‘ – das wird die Lehrerschaft ungeheuer motivieren – ‚und ihr habt die Zeit, um euch ganz individuell um die Schülerinnen und Schüler zu kümmern‘, dann erzeugen wir eine Aufbruchstimmung an der Schule, dann tun wir etwas gegen die soziale Selektion, dann tun wir etwas für den Wettbewerb der Schulen untereinander, dann tun wir dabei etwas für Exzellenz, aber auch für die Breitenförderung. Das ist genau das, was wir brauchen.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wieser?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Immer, gerne, klar.

Abg. Wieser CDU: Herr Kollege Kretschmann, haben Sie das, was Sie jetzt gesagt haben, in Ihrer Schullaufbahn nicht alles auch schon gemacht?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja.

Abg. Wieser CDU: Ich war ja selbst Lehrer, und Sie waren es auch. Ich wüsste nicht, was Sie Neues gesagt hätten. Das habe ich alles zu machen versucht. Was ist jetzt das Neue an Ihrer Reform?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich habe es gemacht im Rahmen der Bedingungen, die ich damals hatte. Es gab einen wahnwitzigen Korrekturaufwand, um das nur einmal als Beispiel zu sagen.

(Zuruf von der CDU: Haben wir bereits gekürzt!)

Das müssen wir alles ändern. Das, was wir – Sie und ich – gemacht haben, meistens nämlich außerhalb unserer Verpflichtung, muss ins Zentrum gerückt werden und darf nicht am Rande bleiben und dem Einzelnen überlassen bleiben.

Ich nehme den nächsten Punkt auf, Herr Kollege Oettinger, Ihren Vorschlag mit der Kindergartenpflicht. Unsere Kindergärten müssen in der Tat zu Bildungseinrichtungen werden, und wenn sie zu Bildungseinrichtungen werden, dann kommt auch das Pflichtmoment hinein. Das Einzige, was wir kritisieren, ist, dass Sie das Pferd vom Schwanz aufzäumen. Zuerst müssen wir das, was wir uns erwarten – zum

(Kretschmann)

Beispiel die Sprachfähigkeit der Kinder beim Schuleintritt –, erreichen, indem wir die Kindergärten so ausstatten, dass sie das überhaupt leisten können. Denn heute gehen zwar schon über 90 % der Kinder in den Kindergarten, aber 80 % der Migrantenkinder und 30 % der deutschen Kinder haben trotzdem nicht die ausreichenden Sprachfähigkeiten für den Schulunterricht. Erst wenn wir dafür sorgen, kann am Ende eine Kindergartenpflicht für das fünfte Lebensjahr stehen, aber nicht am Anfang.

(Beifall bei den Grünen)

Bei der Ganztagsbetreuung brauchen wir – auch das ist ganz klar – sehr viel mehr Initiative. Wir brauchen sie flächendeckend; daran führt kein Weg vorbei. Das können wir aber nur schaffen, wenn wir das Landeserziehungsgeld streichen und die dadurch frei werdenden Ressourcen für die Ganztagsbetreuung, für die Kleinkindbetreuung einsetzen. Das ist – bei allen Haushaltsschwierigkeiten, die wir haben – der richtige Weg. Das ist das Gebot der Stunde, weil wir wissen, dass 70 % der Eltern genau das brauchen, und denen ist mit einem Landeserziehungsgeld nicht geholfen. Also auch da erwarten wir neue Akzente und Initiativen. Das alles kann man mit uns machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD)

Als letzten Punkt, Kollege Oettinger, möchte ich noch die ökologische Modernisierung ansprechen. Ich möchte Sie einfach einmal von Ihrer wirtschaftspolitischen Seite her packen. Ist es denn jemals die Politik der CDU gewesen, die Existenz bestehender Industrien einfach zu verlängern? War das jemals die Politik der CDU? Wollen Sie mit der Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke jetzt eine Politik machen, wie sie die SPD in Nordrhein-Westfalen mit der Kohle macht? Soll das ernsthaft Ihr Weg sein? Wenn wir wirtschaftspolitisch dort angekommen sind, dass wir nur noch Bestehendes schützen wollen,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

statt zu modernisieren und umzugestalten, dann ist doch der Abstieg vorprogrammiert. Herr Kollege Oettinger, wir nehmen die Bälle auf, die Sie zugespielt haben. Sie haben gesagt, Sie wollten nicht alles reflexartig ablehnen, was von den Grünen kommt. Wir spielen den Ball zurück.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Warum kann sich die Union nicht für eine mittelstandsorientierte Energiepolitik erwärmen? Warum kann sie nicht mit einsteigen bei unseren Bemühungen, die Energieeffizienz durch Kraft-Wärme-Kopplung zu erhöhen und die dadurch bei der Produktherstellung eingesparten Energiekosten in den Ausbau der regenerativen Energien zu investieren? Der wichtigste Posten ist da die Biomasse. Ich empfehle, bis zum Ende der Legislaturperiode da endlich kräftig einzusteigen.

(Zuruf: Das langt nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Da gibt es ein Wirtschaftsgutachten! – Abg. Schneider CDU: Oh lieber Gott! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Tun Sie in dieser Richtung etwas; das ist nicht nur für die Umwelt gut, sondern auch für den ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das ist genau die mittelstandsorientierte Politik, die wir brauchen, die dem Handwerk und dem Mittelstand Aufträge bringt, Arbeitsplätze schafft und der Motor für ein nachhaltiges Wachstum in Baden-Württemberg sein kann. Das ist der Ball, den wir Ihnen zurückgeben. Das ist die richtige Alternative, und nicht das Festhalten an alten fossilen Vorstellungen.

Das ist unser Angebot, und ich kann mir gut vorstellen, dass wir da zusammen eine Politik machen, die Ökonomie und Ökologie verbindet. Allerdings muss dazu die Union natürlich ihre Blindheit, Taubheit und Sprachlosigkeit in der ganzen Ökologie einmal aufgeben, sich vom Ministerpräsidenten mit seiner Gegnerschaft zum Naturschutz und zu den ganzen neuen Energien verabschieden und selbstbewusst diese Geschichten in die Hand nehmen. Dann bringen wir das Land weiter.

Herr Kollege Oettinger, die Grünen sind jetzt fast 25 Jahre in diesem Parlament, haben also bald „Silberne Hochzeit“ mit dem Land Baden-Württemberg.

(Abg. Wieser CDU: Silber! Aber es glänzt nicht alles! – Abg. Fleischer CDU: Dann habt ihr noch 15 Jahre Zeit, bis ihr gescheit werdet!)

Sie haben „Goldene Hochzeit“ mit dem Land Baden-Württemberg.

(Abg. Wieser CDU: Aber Silber oxidiert stark!)

Es hat etwas lange gedauert, bis Sie gemerkt haben, dass es vielleicht nicht gut ist, alle Vorschläge der Grünen reflexartig abzulehnen. Wir machen das Angebot – zu den Kernbereichen des Landes haben wir jetzt Vorschläge und Linien aufgezeichnet –: Nehmen Sie den Ball auf, dann kommen wir hier entweder zu einer produktiven Gegnerschaft, was das Wahrscheinliche ist, oder wir kommen irgendwann einmal zu einer kooperativen Zusammenarbeit – und sei es nur in einzelnen wichtigen Fragen – mit dem einzigen Ziel, dieses Land voranzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Kollege Oettinger, das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Einige Kollegen sind heute aus der Regierung ausgeschieden. Sie verdienen unseren Respekt und unseren Dank. Wir, die CDU-Fraktion, danken den Kollegen Dr. Döring, Müller, Dr. Repnik, Dr. Schäuble und Rückert für eine jahrelange und kompetente Arbeit, die sie in schwierigen Jahren mit Fleiß und mit Erfolg verrichtet haben. Ich glaube, sie haben sich – jeder in seinem Metier – um Baden-Württemberg verdient gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Oettinger)

Wir wünschen den neuen Ministern und Staatssekretären, den Damen und Herren in der neuen Landesregierung unter Führung von Erwin Teufel und Ernst Pfister, guten Erfolg und sagen Partnerschaft, Kollegialität und Unterstützung zu. Wir wollen einen sportlichen Wettbewerb um die besten Ideen. Wir wahren Geschlossenheit. Ich glaube, dass die Regierung, die heute vereidigt wurde, den Aufgaben, den Herausforderungen der nächsten Monate und Jahre gerecht werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Der Kollege Drexler ging in seinem Beitrag auf die Justizministerin ein. Er stützt sich auf Vermutungen, auf Darstellungen der Medien und nicht mehr. Ich sage Ihnen hier eindeutig, dass wir nicht bereit sind, auf Gerüchte, auf Vermutungen, auf Darstellungen der Medien ein Urteil aufzubauen. Vielmehr muss das Ganze einer objektiven Prüfung überantwortet werden. Deswegen haben wir Vertrauen in sie, in ihre Amtsführung. Wir finden es eigenartig, dass Sie die Ministerin einerseits als Zeugin vor den Untersuchungsausschuss laden, um zu erhellten, was war, und gleichzeitig ein Urteil sprechen, das ein blankes Vorurteil ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das entscheidende, überragende Ziel für unser Land in den nächsten Jahren, in den beiden verbleibenden Jahren dieser Legislaturperiode heißt schlichtweg Beschäftigung – Beschäftigung für jeden, der arbeiten kann und arbeiten will, Beschäftigung für Jung und Alt, Beschäftigung für Langzeitarbeitslose, Beschäftigung für die junge Generation.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Daran arbeiten wir zuallererst. CDU und FDP/DVP wollen alles dafür tun, dass Baden-Württemberg im bundesweiten Ländervergleich vorne bleibt und noch besser werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg muss auf dem Arbeitsmarkt noch besser werden, weil bei uns die Zahl der Menschen, die Arbeit suchen, wie in keinem anderen Land noch steigt. Wir haben Zuwanderung innerhalb Deutschlands: von Nord/Nordost nach Süd/Südwest.

(Abg. Wieser CDU: Von Rot nach Schwarz! – Zurufe der Abg. Zeller SPD und Walter GRÜNE)

Wir haben eine geburtenstarke junge Generation, die in der Schule ist, die in Ausbildung, in Arbeit kommt. Wir haben bei uns auch die Bereitschaft der Menschen, nicht in Vorruhestand und in Arbeitslosigkeit zu verharren. Die Menschen bei uns wollen arbeiten. Wir sagen ihnen zu: CDU und FDP/DVP werden alles tun, dass Arbeit für jeden in Baden-Württemberg erreichbar bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dabei ist in der Tat Flexibilität das entscheidende Wort. Bei VW sieht flexibles Arbeiten derzeit so aus: Die Werkferien werden verlängert, 120 000 Mitarbeiter bleiben eine

Woche länger zu Hause. Dies kann nicht das Ziel sein. Wir müssen in Baden-Württemberg alles tun, damit die Auftragsbücher voll werden – Export und Inlandskonsum. Wir müssen alles tun, dass Innovation, Bildung, Kreativität und Flexibilität in diesem Land dazu führen, dass für jeden Arbeit erreichbar ist und Kurzarbeit möglichst die Ausnahme bleibt und nicht die Regel wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen beobachten wir sehr gründlich, was sich seit Freitag in Sindelfingen vollzieht. Wir nehmen die Aussagen und die Drohungen der Konzernleitung sehr ernst. Zuallererst handelt es sich um eine Aufgabe, die zwischen Betriebsrat, Belegschaft und Vorstand im Konzern Daimler-Chrysler und auch bei Bosch behandelt werden muss.

(Abg. Zeller SPD: Was machen Sie?)

Aber wir müssen prüfen, wie die Rahmenbedingungen gestaltbar sind. Wir glauben, dass zum Beispiel ein reiner Konzernstreit dem Mittelstand in Baden-Württemberg nicht hilft, und appellieren daran, zu erkennen, dass die hohen Lohnkosten, die in Baden-Württemberg im Tarifvertrag stehen, nicht nur Daimler und Bosch drücken, sondern auch den Mittelstand.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Möglicherweise wird es notwendig sein, an dem einen oder anderen Standard, der nur in Nordwürttemberg und nur in Nordbaden besteht und der sich in anderen Ländern nie durchgesetzt hat und der zu 8 % Kostennachteil Stuttgart gegenüber München führt, Daimler gegenüber BMW, und zu 18 % Baden-Württemberg gegenüber der Küste, Stuttgart gegenüber Bremen, zu arbeiten. Da appelliere ich auch an Sie, Flexibilität einzufordern, wenn Gewerkschaftsmitglieder, Betriebsräte, Mitarbeiter von Daimler-Chrysler oder von Bosch zu Gesprächen bei Ihnen und bei uns sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Was heißt das jetzt konkret?)

Ein weiterer Punkt: Wenn man weiß, dass in den letzten 40 Jahren die Zahl der Urlaubstage in den Tarifverträgen von 15 auf 30 verdoppelt worden ist, dann sind die drei Feiertage nicht das überragende erste Problem.

(Abg. Zeller SPD: Die Gehälter der Vorstandsmitglieder wurden verfünffacht! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Zeller versteht doch davon nichts!)

Ich schließe Debatten um Feiertage nicht aus, aber ich glaube, Feiertage haben zuallererst Schutz und Bewahrung verdient, sie sind Kultur und Tradition.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Deswegen wollen wir in einem Land, dessen Bezug zu den Religionen und Kirchen stärker als in anderen Ländern Deutschlands ist, schon daran appellieren, zuerst Urlaubstage auf den Prüfstand zu stellen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig!)

(Oettinger)

Ich glaube, der Arbeitnehmer ist bereit, auch mit nur 25 Urlaubstagen seinem Arbeitgeber treu zu sein. Hier sollten wir ansetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Hier ist sicherlich auch der öffentliche Arbeitgeber, sind wir gefragt. Baden-Württemberg hat in den letzten ein, zwei, drei Jahren bei Beamten, Angestellten und Arbeitern einiges in Bewegung gebracht; ich komme darauf nachher zurück. Ich sage jedem Arbeitgeber der privaten Wirtschaft in Baden-Württemberg, dem großen und dem kleinen, zu: Wir sind bereit, im Gleichklang zu gehen: Urlaubstage verringern, Feiertage, wenn es geht, halten, flexibler arbeiten. Dann ist, glaube ich, die Bewahrung von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg möglich. Dies ist jedenfalls unser ehrgeiziges Ziel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Kollege Kretschmann, ein lohnender Schwerpunkt Ihrer Rede war die Energiepolitik. In aller Nüchternheit: Wie sieht die Lage in Baden-Württemberg aus? Die Lage in Baden-Württemberg ist dadurch geprägt, dass bei uns der Strom teurer ist als in jedem anderen europäischen Land. Ganz konkret: Die Megawattstunde kostet in Frankreich 16 €, in England 15 €, in Italien 13 €, in Schweden 10 € und bei uns 26 €.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt kann man sagen: Was soll das mit dem Strom? Der Kostenfaktor ist gering. Aber wir haben in Baden-Württemberg stromintensive Branchen, und wir müssen wollen, dass auch diese Branchen in Baden-Württemberg – die Metallverarbeitung, die Papierindustrie – Arbeitgeber von morgen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen müssen wir die Frage stellen, ob wir den Strompreis erhöhen können oder ob nicht eine Senkung und Deckelung des Strompreises ein Ziel der Politik sein muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich habe mit drei der von Ihnen genannten Faktoren gar kein Problem. Energieeffizienz – kein Problem. Wir unterstützen jeden Vorschlag, wie man Energie effizienter nutzen kann.

Zweitens: Energieeinsparung – kein Problem.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir unterstützen jeden Vorschlag, mit dem aufgezeigt wird, wo man Energie einsparen kann.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist auch neu!)

Trotzdem glauben wir, dass der Strombedarf in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren nicht sinken, sondern Jahr für Jahr leicht steigen wird. Ein Land wie Baden-Würt-

temberg, das jährlich einen Zuwachs um 40 000 Einwohner hat, braucht nicht weniger, sondern trotz Einsparungen und Effizienzsteigerung eher mehr Strom als heute. Deswegen ist die entscheidende Frage, wie man die Stromgewinnung von morgen besorgen kann.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Walter GRÜNE: Er ist nicht auf dem neuesten Stand mit der Aussage! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt ist die Frage, ob man Strom importieren sollte. Ich rate uns von Importstrom ab – nicht um autark zu werden, sondern weil es falsch wäre, wenn Baden-Württemberg 50 % oder mehr seines Strombedarfs aus dem Ausland, aus Nachbarländern beziehen würde. Denn wir wollen, dass auch im Strombereich Arbeitsplätze erhalten werden und Wertschöpfung und Steuerkraft bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Daher verstehen wir uns als Partner der großen Arbeitgeber in der Stromwirtschaft: der Energie Baden-Württemberg, der MVV, der Stadtwerke, aber auch von Eon, die über Thüga und Badenova in Baden-Württemberg vertreten ist, und von RWE, die über Süwag in Baden-Württemberg ist. Eon und RWE haben genauso Partnerschaft verdient, weil uns jeder Arbeitsplatz in der Energiewirtschaft, der in Baden-Württemberg gehalten werden kann, wichtig ist.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei einem dritten Punkt habe ich kein Problem: auf Zeit ein etwas vermehrter Einsatz von Kohle, emissionsarm verbrannt, auf Zeit etwas mehr Gas, GuD, aber keine Verdopplung oder Verdreifachung, ferner Große Wasserkraft, bald gebaut, Biomasse für den ländlichen Raum und den Landwirt und Geothermie – alles kein Problem.

Trotzdem behaupten wir, dass auf der Zeitachse der nächsten 20 Jahre

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

nicht Jahr für Jahr Kernkraftwerke abgeschaltet werden können,

(Abg. Dr. Caroli und Abg. Knapp SPD: Handeln!)

sondern eine Verlängerung der Laufzeit bestehender Kernkraftwerke in Baden-Württemberg für dieses Land notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Knapp SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Welche sind denn sicher? – Gegenrufe von der CDU: Alle! – Abg. Drexler SPD: Das ist ja Steinzeit hier! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Sie gehören in die Steinzeit zurück! – Abg. Alfred Haas CDU: Außer dem Palmer ist alles sicher!)

Zwei Gründe führe ich an. Der eine Grund: Wir wissen, dass von fünf Blöcken, die in Baden-Württemberg stehen, einer im nächsten Jahr abgeschaltet werden soll. Obrigheim – mir tut es weh – hake ich schon ab; denn in Obrigheim

(Oettinger)

wollen Schlauch und Kuhn Freudentänze vollführen, bevor sie aus der Regierung in Berlin abtauchen müssen.

(Lachen bei den Grünen)

Völlig klar: An der Abschaltung von Obrigheim kommen Sie nicht mehr vorbei. Aber ich empfehle, die Abschaltung von Philippsburg und Neckarwestheim zu überdenken. Die Abschaltung des Reaktors Neckarwestheim soll 2009 stattfinden, die des Reaktors Philippsburg drei Jahre später. Dann wären drei von fünf Blöcken in Baden-Württemberg weg. Dann würden uns ein Drittel bis 40 % des Stroms, der in Baden-Württemberg benötigt wird, fehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In dieser Zeit, Kollege Kretschmann, in diesen verbleibenden neun Jahren kriegen wir mit Effizienzsteigerung, mit Einsparung, mit Geothermie, mit Biomasse, mit Großer Wasserkraft

(Abg. Wieser CDU: Kleine Wasserkraft!)

den Ausgleich nicht annähernd hin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Doch! Gutachten Wirtschaftsministerium! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: A wa! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Natürlich! Lesen Sie es doch!)

– Kollege Drexler, ich rede gerade mit dem Kollegen Kretschmann, der hier sachkundiger ist als Sie. – In neun Jahren kriegen Sie das nicht hin. Das Delta geht auf.

(Abg. Drexler SPD: Unsinn! Absoluter Unsinn!)

Wer nicht in Kernkraftwerken erzeugten Strom aus Frankreich oder aus Osteuropa importieren will, wer den Strompreis nicht noch weiter steigern will, muss bereit sein, ohne Ideologie über die Verlängerung von Laufzeiten von Kernkraftwerken nachzudenken. Erst dann entsteht Eigenständigkeit in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Der zweite Grund: Wo soll denn das Geld herkommen, wenn man Biomasse und Geothermie, Solarenergie und anderes weiter erforschen, optimieren, in den Markt einführen, anstoßen und darin investieren soll? Dieser Landeshaushalt schafft es nicht. Die Haushalte von Bad Urach und anderen Kommunen können das ebenso wenig.

Deswegen schlage ich Ihnen folgenden Pakt vor: Wir sollten die Stromwirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland ertüchtigen, in den Kernkraftwerken, die bestehen, die sicher sind, länger Strom zu produzieren. Den geldwerten Vorteil, der daraus entsteht – milliardenschwer –,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

sollten Sie zur Hälfte in die Erforschung und die Markteinführung der erneuerbaren Energien stecken.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Dann kommt eine Anschubfinanzierung in Gang, die es in sich hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

In Sachen Energie noch ein weiterer Punkt.

(Abg. Wieser CDU zur SPD: Da könnt ihr aber mitmachen!)

Die Energie Baden-Württemberg AG gehört nicht mehr dem Land Baden-Württemberg, aber den Namen unseres Landes trägt sie gleichwohl. Sie ist auch noch der größte Arbeitgeber. In wesentlichen Teilen gehört sie der kommunalen öffentlichen Hand. Ich sage es nur vorsichtig: Wir werden in den nächsten sechs bis zwölf Monaten darüber beraten müssen, wie man erreicht, dass die Energie Baden-Württemberg ein eigenständiges Unternehmen mit Sitz in Karlsruhe bleibt und kein Tochterbetrieb der EdF werden muss. Ich glaube, es muss auch Aufgabe der Landespolitik sein, den Kommunen in Oberschwaben zuzumuten und zumutbar zu machen, dass sie am Unternehmen beteiligt bleiben und sogar zukaufen, statt herauszugehen. Ich sehe diesen Prozess – er kommt früher, als ich gedacht hätte – als sehr spannend an, und ich habe den Ehrgeiz, dass in Baden-Württemberg auf Dauer ein eigenständiges Energieunternehmen in die Zukunft geht. Partnerschaft mit der EdF ja, Übernahme nein – das muss das Ziel der nächsten sechs bis acht Monate sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Beim Thema „Bildung und Betreuung“, einem weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit, fasse ich mich kurz. Wir werden bei der Ganztagsbetreuung, Kollege Kretschmann, Kollege Drexler, jeden Weg, der finanzierbar ist und der nachgefragt wird, mitgehen. Es geht nicht um Ideologie. Es geht nicht darum, Familienpolitik gegen Schule und Betreuung zu stellen. Ganztagsbetreuung ist ein Teil der Familienpolitik und nichts Gegensätzliches dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! Richtig! – Abg. Zeller SPD: Späte Erkenntnis! – Weitere Zurufe von der SPD)

ist notwendig für die Frauenpolitik und nichts Gegensätzliches dazu. Deswegen – man kann ja über das Tempo streiten, aber für das Geld sind Sie in Baden-Württemberg nicht zuständig – werden wir entlang folgender Formel im Rahmen der Finanzierbarkeit in die Zukunft gehen: Wir kommen in Baden-Württemberg vom Angebot im sozialen Brennpunkt zur flächenhaften Versorgung nach Bedarf,

(Abg. Fleischer CDU: Nach Bedarf! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Und wer bezahlt es?)

und dies in Stufen. Bezahlt wird dies von der Landesseite, den Kommunen, den Kirchen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aha!)

und allen anderen Trägern in Baden-Württemberg.

(Oettinger)

Aber ein Gedanke gehört dazu: Wenn man weiß, dass für die Betreuung mehr Betreuungskräfte benötigt werden, und wenn man weiß, dass man nicht alle nach Besoldungsgruppe A 13 bezahlen kann, dann kommt doch die Frage auf, ob man neben den hauptamtlichen Kräften in der Betreuung und in der Schule auch ehrenamtliche einsetzen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Erstens nenne ich die Elternarbeit. Eltern geben ihre Kinder an der Schule ab, und keiner kommt hinein. Warum denn eigentlich?

Zweitens nenne ich die Jugendarbeit, die Bereiche Sport, Kultur, Soziales, Kirche, die getrennt ihrer Wege gehen. Meine Frau und Kolleginnen meiner Frau betreuen nachmittags je drei, vier, fünf, sechs Kinder. Wäre es nicht sinnvoll, auch Mütter, Väter, Übungsleiter im Sport oder Vorruhestandler aus dem Handwerk in die Lage zu versetzen, gegen eine Pauschale, die weit kostengünstiger ist als eine Besoldung nach A 13,

(Abg. Drexler SPD: A 13 gefällt ihm!)

Betreuung im schulischen Bereich unter Anleitung von Lehrern und in der sozialen Jugendarbeit Beschäftigter mitzuorganisieren? Wenn Hauptamt und Ehrenamt miteinander vereinbar werden, bekommen wir das Ganze auch finanziell hin. Ich fordere Sie auf, auch darüber nachzudenken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Aber diese Betreuung gibt es doch schon! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Nichts Neues!)

Möglicherweise kommen aus der Föderalismuskommission eine verstärkte Kompetenz der Länder für das Dienstrecht der Beamten und eine verstärkte Funktion der Tarifpartner als Arbeitgeber auf uns zu. Daran arbeiten wir. Ich glaube, dass dies eine Chance und eine notwendige Baustelle ist.

Was meine ich? Schauen Sie sich einmal die Vita eines Beamten an. Nehmen Sie an, ein Chemiker geht nach dem Studium zur Gewerbeaufsicht und fängt in Besoldungsgruppe A 9 an. Eine Alternative wäre ein Einstieg bei der BASF. Am hinteren Ende erhält er eine Pension aus A 13, 71 %, und seine Frau erhält als Witwe noch einige Jahre einen Teil davon. Was meine ich damit? Wir haben eine nachgelagerte Bezahlung, eine Bezahlung zum falschen Zeitpunkt. Wir sind nicht konkurrenzfähig am Anfang, wenn der junge Mensch entscheiden muss, wohin er geht. Junge Menschen wählen heute Berufe nach dem Motto: Wo wird mein Profil gebraucht, wo wird meine Kompetenz gefragt, und was verdiene ich? Aber sie fragen nicht, was ihre Frau, die sie noch gar nicht kennen, in 50 Jahren als Witwe erhalten wird,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

sondern was sie am ersten Arbeitstag verdienen können.

Außerdem wird Leistung nicht genügend prämiert. Ich meine, dass ein Beamter für seine lebenslange Arbeit – wenn man alles mitzählt – ein lebensgerechtes Einkommen erhält, aber nicht zum richtigen Zeitpunkt. Der Dienstherr hat nicht genügend Anreize, um Leistung zu stärken und zu unterstützen. Deswegen empfiehlt sich ein Umbau des Dienstrechts:

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

eine Verringerung der Pensionen, eine Stärkung der Grundgehälter, die Einführung von Leistungsprämien, stärker differenzierte Leistungsstufen. Beförderung, aber auch die Möglichkeit zur Rückstufung müssen Elemente sein, damit die Personalführung der öffentlichen Hand modernen Grundsätzen genügt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Boris Palmer und Dr. Witzel GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Abg. Oettinger CDU: Ja, gerne.

Abg. Zeller SPD: Herr Oettinger, nachdem Sie den Schulbereich jetzt offensichtlich schon verlassen haben, möchte ich Sie nachträglich doch noch fragen: Teilen Sie die Auffassung Ihrer Kultusministerin, dass die Lernmittelfreiheit zulasten der Familien geändert werden soll?

(Abg. Röhm CDU: Was soll denn das? Das passt doch gar nicht! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das passt schon! – Abg. Wieser CDU: Der Bodensee läuft über!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege Zeller, das Thema habe ich schon bei unserer auswärtigen Landtagssitzung in Bebenhausen angesprochen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! Daran erinnern wir uns gut!)

Ich habe das damals getan, weil die Kommunen gebeten hatten, über Folgendes nachzudenken: In keinem anderen Land sind die Lernmittel so kostenfrei wie in Baden-Württemberg – in keinem anderen Bundesland.

(Abg. Zeller SPD: Wollen Sie das ändern oder nicht? – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Augenblick. Jetzt gestatten Sie mir doch eine differenzierte Auskunft, Herr Kollege Zeller. Ganz ruhig bleiben!

(Abg. Seimetz CDU: Der will doch gar keine Antwort! – Abg. Wieser CDU: Der will Propaganda!)

In Baden-Württemberg haben die Kommunen versucht, zu erreichen, dass Kosten in Höhe von 1,50 € für ein Lernmittel, zum Beispiel ein Reclam-Heft, den Eltern zumutbar sein sollen. Aber auch das ist nach unserer Verfassung nicht zumutbar: Alles, was mehr als 1 € kostet, fällt in den Aufgabenbereich von Kommune und Staat.

(Abg. Kübler CDU: Jawohl! – Abg. Wieser CDU: Alles ab Big Mac!)

Mein Vorschlag geht dahin – dazu brauchen wir aber eine Zweidrittelmehrheit, da brauchen wir die SPD -: Wäre es nicht denkbar, dass man die Grenze von 1 € beispielsweise

(Oettinger)

auf 3 €erhöht und damit der großen Mehrzahl der Eltern einen kleinen Beitrag abnötigt, der der Schule, der Kommune und dem Land aber gewaltig hilft?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das läuft doch schon lange so! Wer Kinder in der Schule hat, weiß doch, dass das schon lange so läuft! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich rede nicht von einer Aufhebung der Lernmittelfreiheit, sondern von einer Anhebung dieses minimalen Betrags.

(Abg. Seimetz CDU: Haußmann! Wenn die ihren Mund aufmacht, kommt bloß Quatsch raus!)

Wissen Sie, Herr Kollege Zeller: Was den Eltern im Ruhrgebiet zumutbar ist, kann auch den Eltern in Baden-Württemberg zumutbar sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Zurück zu dem Gedanken, Pensionen abzusenken. Bei einer Grundrente, die in der freien Wirtschaft leider kommen wird, wird die gegenwärtige Höhe der Pension auf Dauer nicht mehr haltbar sein. Stattdessen sollte man aktive Gehälter erhöhen und flexibilisieren.

Wenn dieser Ansatz richtig ist, muss er auch für Abgeordnete richtig sein. Deswegen stehen wir im Gespräch. Ich glaube, dass ab der nächsten Wahlperiode ein Einstieg in die Pensionsabsenkung und eine maßvolle Diätenerhöhung auch in der Öffentlichkeit und bei den Medien positiv bewertet werden könnten. Wir arbeiten daran; bitte machen Sie auch hier mit.

Der Herr Regierungschef sprach die Landesbank an – ich glaube, völlig zu Recht. Eines unserer zentralen Instrumente der Wirtschafts- und Strukturpolitik sind die öffentlich-rechtlichen Banken in Baden-Württemberg. Die Volksbanken, die Raiffeisenbanken und die Genossenschaftsbanken tun ihr Geschäft, haben aber nur einen Marktanteil von 20 %. Die größeren Partner sind die öffentliche Sparkasse und die Landesbank. Ich muss sagen: Mein großer Respekt gilt Heinrich Haasis und Erwin Teufel

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

für das, was hier in den letzten Jahren bewirkt worden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Schauen Sie sich einmal die Ausgangslage an. Schauen Sie sich an, wo noch vor 15 Jahren die Bakola und die Wükola standen! Wo stand danach die SüdwestLB? Und wo standen demgegenüber die WestLB in Düsseldorf oder die Bayerische Landesbank in München? Die spielten in einer anderen Liga als wir. Wir waren Regionalliga, und die waren Europoliga. Heute ist es umgekehrt. Maßvoll und klug, entschieden und mutig haben zuallererst Herr Haasis und Herr Teufel in diesem Land aus einer Sparkassenzentralbank, aus einer Strukturbank des Landes und aus einer Bank, die dem Land bzw. der Stadt gehörte, eine baden-württembergische Landesbank geschaffen,

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

die die beste, größte und stabilste in ganz Deutschland ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Wunderbar!)

Noch ein Punkt: Als die Baden-Württembergische Bank zum Verkauf anstand, waren in diesem hohen Haus lediglich wir bereit, zu sagen: Die muss hier in Stuttgart bleiben, für Baden-Württemberg! Die Mehrzahl wollte Privatisierung oder Verkauf, egal, an wen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir nie!)

Die Vereinsbank in München ist heute in heller Flucht. Die Baden-Württembergische Bank ist in guter Obhut und bärenstark. Die Geschäftsbank übernimmt Geschäftstätigkeiten von der Landesbank. Ich glaube, wir sind im Ländervergleich – Deutschland insgesamt ist in der Finanzwirtschaft auf dem schlechten Weg in die Zweitklassigkeit – am besten aufgestellt. Auch dies wird in der verbleibenden Zeit dieser Legislaturperiode ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Landtag von Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Herbst kommt die Medienpolitik auf uns zu. Es geht dabei um die Anpassung der Rundfunkgebühren. Ich sage für meine Fraktion die Bereitschaft zu einer maßvollen Gebührenerhöhung zum 1. April oder zum 1. Juli 2005 zu. Dies wird hier im Landtag von Baden-Württemberg im kommenden Winter zu beraten sein. Aber wenn wir die Gebühren um 90 oder 95 Cent erhöhen und damit den öffentlich-rechtlichen Anstalten und unserem SWR in Baden-Württemberg eine stabile Finanzgrundlage geben, erwarten wir auch, dass die Anstalten etwas mehr Selbstbeschränkung in der Programmentwicklung üben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Bei uns gilt für den SWR und für den gesamten Rundfunk: Qualität vor Quote und Qualität vor Quantität.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was?)

Beides wird derzeit nicht genügend respektiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schauen Sie nur einmal zwei Beispiele an: Dass die Fußball-Europameisterschaft von ARD und ZDF übertragen wird, ist legitim und abgehakt.

(Abg. Zeller SPD: Aber nicht Netzer und Beckenbauer!)

Aber dass dann, wenn zwei Spiele gleichzeitig stattfinden, der Grundversorgungsauftrag der beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Weise erfüllt wird, dass in der ARD Herr Netzer schwätzt und im ZDF Herr Beckenbauer dagegen hält, halte ich für maßlos und nicht legitim.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Wir brauchen den Netzer nicht!)

(Oettinger)

Da wäre die Abgabe an Private mit Sicherheit besser gewesen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das war super, dass das parallel übertragen wurde!)

Ich habe es nicht gesehen, aber meine Frau hat mir erzählt, dass Bill Clinton in den letzten Tagen sowohl bei der ARD als auch beim ZDF war.

(Abg. Göschel SPD: Der war gut, der Clinton! – Abg. Walter GRÜNE: Es geht doch nicht um Beckenbauer und Netzer, sondern um Übertragenen!)

Auch dabei wurde wohl dem Informationsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen nicht genügt,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das war für den Irak-Krieg genau das Richtige!)

sondern wohl eher nachgefragt, wo es schlüpfrig war. Deswegen sage ich: Die Öffentlich-Rechtlichen sollten Maß halten und sich selbst beschränken. Dann ist eine maßvolle Gebührenerhöhung hier im Landtag mit Sicherheit mehrheitsfähig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitletzter Arbeitsbereich: Vor wenigen Tagen wurde ein großes Krankenhaus in Baden-Württemberg verkauft – weg.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Klinik in Pforzheim ging in die Auktion: 610 Betten, kein Bewerber aus Baden-Württemberg. Die Unternehmensgruppe Rhön-Klinikum hat den Zuschlag bekommen. Es gibt in Baden-Württemberg offenbar keine Gruppe, die in der Lage wäre, wenn ein Krankenhaus etwa in Augsburg in die Auktion ginge, sich für einen Zuschlag zu bewerben. Nicht übernehmen, sondern übernommen werden, das ist derzeit hier unsere Disziplin. Wir haben in Baden-Württemberg kein Gesundheitskonzept für die stationäre Versorgung. Land und Kommunen haben sich noch längst nicht genügend abgestimmt. Wir haben Stück für Stück einen Ausverkauf. Das ist Rosinenpickerei: Helios, Rhön, Sana und andere.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Wieser CDU: Und wenn es Schwierigkeiten gibt, zahlen wir den Kruscht!)

Ich habe gegen Kaufen und Verkaufen überhaupt nichts einzuwenden. Aber ich bin von dem Gedanken geprägt, dass Baden-Württemberg einen Außenhandelsüberschuss hat und eher zukaufte als selbst ausverkauft wird.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Deswegen brauchen wir hier eine Generaldebatte mit Fachleuten darüber,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

wohin die Krankenhauspolitik von Kommunen, freien Trägern und dem Land Baden-Württemberg gehen soll.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Palmer?

Abg. Oettinger CDU: Ja, gerne.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Oettinger, würden Sie der These zustimmen, dass Ihr Redebeitrag mit seinen zahlreichen neuen Ideen und Initiativen wesentlich weiter in die Zukunft weist als die Rede des Ministerpräsidenten?

(Abg. Knapp SPD: Das ist so gewollt! – Abg. Junginger SPD: Neue Besen!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege Palmer, ich habe lange über das Thema Gesundheitswesen nachgedacht. Von dem auch in Zukunft wohl einzigen Bürgermeister der Grünen in Stuttgart, Herrn Murawski, habe ich gute Ratschläge bekommen. Die nehme ich an und bringe sie hier ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Zurück zum Thema: Das Uniklinikum Tübingen kauft das Rottenburger Krankenhaus und bewirbt sich um die Übernahme der Kliniken in Balingen, Reutlingen und Böblingen. Brauchen wir ein Konzept, damit die Uniklinik regional vernetzt wird, ja oder nein? Diese Frage ist bisher nicht aufgeworfen worden. Die Chefarzte und Direktoren arbeiten autonom.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Eine andere Frage ist: Was passiert, wenn in den nächsten Monaten die eine oder andere Klinik den BAT verlässt?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Das Rhön-Klinikum war in Pforzheim auch deswegen erfolgreich, weil die Arbeitskosten dort flexibler und um 15 % geringer sind. Ich stelle die Frage: Halten wir den BAT bei Unikliniken und den kommunalen Häusern auf Dauer durch?

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Oder sind wir nicht automatisch Verlierer, wenn der BAT bleibt?

Übrigens: Eine VBL-Regelung kommt im nächsten Jahr und lässt grüßen. Eine Rente von 90 % hat das Rhön-Klinikum auch nicht zugesagt. Diese Zusage gab nur die öffentliche Hand. Spannende Fragen im Gesundheitswesen stehen uns bevor.

Der letzte Punkt, der zentrale Punkt im Herbst, wird die Haushaltspolitik sein. Erwin Teufel hat die Messlatte heute schon einmal hoch gelegt: Verfassung einhalten. Das verdient großen Respekt, weil die Aufgabe, die Verfassungsbestimmung einzuhalten, in der Tat unglaublich schwierig werden wird. Ich bin dankbar, dass der Europäische Gerichtshof in diesen Tagen ein strenges Urteil gefällt hat und damit flexible Haushaltsführung und Missachtung des

(Oettinger)

Stabilitätspakts durch Eichel, durch Schröder und durch Frankreich in Brüssel im Grunde nicht mehr möglich sind. Wir brauchen eine stringente Haushaltspolitik. Baden-Württemberg wird den Ehrgeiz haben, hinter Bayern auf dem zweitbesten Platz und nach Bayern auf dem besten Platz in diesem Jahrzehnt zu stehen.

Der Deckungsbedarf beträgt im nächsten Jahr über 1,4 Milliarden € und 2006 annähernd 2 Milliarden €. Deswegen erwarten wir, dass die öffentlichen Arbeitgeber hart verhandeln. Wir können uns Tarifabschlüsse, die nach oben führen, in diesen beiden Jahren nicht mehr erlauben. Möglichst null Prozent Steigerung bei Tarifangestellten muss das Ziel der beiden nächsten Jahre sein. Auch dazu abschließend ein offenes Wort: Nur bei den Beamten halten wir weitere Kürzungen für nicht mehr zumutbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Deswegen sage ich, Herr Finanzminister, rein vorsorglich: Das Weihnachtsgeld haben wir vor einem Jahr aus klugen Gründen entlang eines Konzepts, das einleuchtend war, neu strukturiert – 20 % Kürzung, dynamisch in die Zukunft. Wenn man in diesem Jahr nach Tarif dynamisch um 2 % steigert, kann man nicht gleichzeitig dynamisch 12 % kürzen. Dann wäre man, glaube ich, schon sehr nahe an dem Punkt, dass man nicht Wort gehalten, sondern Wort gebrochen hätte. Ich glaube, dass das Weihnachtsgeld der letzte Punkt ist, über den man beraten muss. Alles andere hat für mich bei den Kürzungen und Änderungen Vorrang und ist prioritär.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 Satz 2 der Geschäftsordnung erhält nun der Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion, Herr Abg. Dr. Noll, das Wort.

(Abg. Wieser CDU: Noch einmal der Noll!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst auch den Dank der FDP/DVP-Fraktion an die scheidenden Minister Dr. Döring, Dr. Schäuble, Dr. Repnik und Müller aussprechen. Ich darf mich auch namens der FDP/DVP-Fraktion bei allen Ausscheidenden ganz herzlich für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Genauso darf ich den neuen Mitgliedern der Exekutive Ernst Pfister, Frau Gönner, Herrn Rech und Herrn Mappus weiterhin eine vertrauensvolle und konstruktive gemeinsame Arbeit anbieten. Ich schaue da natürlich besonders Frau Gönner an, denn der Sozialbereich wird ja nun ein Ressort sein, in dem ich auch persönlich weiterhin präsent sein werde.

Lassen Sie mich diesen Dank und die Zusage auf gute Zusammenarbeit auch auf diejenigen erweitern, die heute nicht

zur Diskussion stehen, weil sie gar nicht neu in das Kabinett eingetreten sind, sondern schon bewährte Mitglieder dieser Regierung sind und auch bleiben werden. Insbesondere gilt das natürlich unserer Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo ist sie?)

Ich denke, Herr Kollege Drexler, es fällt auf Sie selbst zurück,

(Abg. Drexler SPD: Warten wir ab! Keine Vermutungen! – Abg. Schmiedel SPD: Das hat der Döring auch gesagt! Und zwei Wochen später war er weg!)

wenn Sie, auf Vermutungen und Verdächtigungen basierend, die schwere Keule der Rücktrittsforderung in einem solchen Moment führen. Denn das, was die Justizministerin als Einziges getan hat, ist völlig rechtens. Ich darf aus einer Passage in den „Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren“ zitieren, in der es um Abgeordnete geht:

Soweit Ermittlungsverfahren allgemein genehmigt sind, ist dem Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaft

– also dem Landtagspräsidenten –

und, soweit nicht Gründe der Wahrheitsfindung entgegenstehen,

– das ist von der Staatsanwaltschaft geprüft und verneint worden –

(Abg. Drexler SPD: Die hat überhaupt nichts geprüft!)

dem betroffenen Abgeordneten mitzuteilen, dass die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens beabsichtigt ist.

Nichts anderes als das, was in diesen Richtlinien festgelegt ist, hat die Frau Ministerin getan.

(Abg. Drexler SPD: Nein, die Staatsanwaltschaft hat es gemacht, und die ist auch zuständig!)

Nun lassen Sie mich aber auf das Thema kommen, Herr Drexler. Machen Sie und wir alle uns als Parlament, als Legislative nicht ein bisschen sehr klein, wenn wir die Perspektive der Landespolitik ausschließlich an den Köpfen festmachen, um die es gerade geht? Da bin ich Herrn Kretschmann sehr dankbar dafür, dass er ganz klar gemacht hat, dass es für uns alle hier, die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg, jetzt darauf ankommt, auf dem aufbauend, was wir erreicht haben, neue Impulse zu setzen, eine Weiterentwicklung des schon bestehenden guten Niveaus zu erreichen.

Ich darf an dieser Stelle wirklich sagen: Wer hier den Eindruck vermittelt, als wären wir in der Stunde null, sollte einmal in andere Länder schauen. Ich denke, wir starten von einem sehr hohen Niveau aus. Das muss uns umso mehr Ansporn sein, in allen Bereichen, in denen wir gut sind, noch besser zu werden und dort, wo wir vielleicht nicht so gut sind, nach Möglichkeit schnell aufzuholen.

(Dr. Noll)

Bei dieser Zusammenarbeit, die ja demnächst sehr schnell konkret werden wird, lasse ich mich und lassen wir Liberalen uns eigentlich von zwei Polen leiten, nämlich Freiheit und Verantwortung, die die Achse für unser tägliches politisches Handeln darstellen. Wir können nur dann glaubwürdig sein, wenn wir uns daran messen lassen, ob wir im täglichen politischen Handeln diese beiden untrennbaren Pole Freiheit und Verantwortung auch tatsächlich wahrnehmbar machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Nun ist die Wahrheit ja immer konkret. Deshalb darf ich mit dem Thema beginnen, das uns demnächst bevorsteht, übrigens im Zusammenspiel zwischen Exekutive und Legislative, nämlich den Haushaltsberatungen. Haushaltsberatungen sind ein zentrales Freiheitsthema und ein Verantwortungsthema. Ich sage noch einmal: Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Gestaltungsfreiheit künftiger Generationen nicht übermäßig einengen. Wir haben die Verantwortung, unseren Kindern und Enkeln die Freiheit zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das lässt sich konkret daran festmachen, ob ich immer weitere Schulden auftürme oder ob ich bereit bin, zu sagen: Jawohl, wir werden bei allen Prioritäten auch Posterioritäten festsetzen müssen, damit der Schuldenberg nicht steigt; denn auf Schuldenbergen können Kinder nun einmal nicht spielen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das ist also die Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit, die wir jetzt angehen müssen und die schon im Gange ist. Ich denke, auf dieser Grundlage ist klar, dass es keine Alternative zum Haushaltskonsolidierungskurs gibt. Das Ziel „Nettoneuverschuldung null“ war richtig, ist richtig und bleibt richtig, auch wenn es ein hohes Ziel war und ist. Es bleibt natürlich auf der Agenda.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Mit euch kriegt man es nie hin! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber in Berlin kriegt man es besonders hin! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Ihr habt doch 650 Milliarden hinterlassen!)

– Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Das zweite Ziel ist eigentlich ein nicht sehr ehrgeiziges, sondern ein für uns selbstverständliches, nämlich dass wir eines der wenigen Länder bleiben wollen, die einen verfassungskonformen Haushalt aufstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist für uns die absolute Bedingung, übrigens auch für den Vollzug des laufenden Haushalts, nicht nur in der Planung für 2005/06.

Grundlage für unseren baden-württembergischen Wohlstand und unsere Spitzenposition – ich denke, das ist auch ein Freiheitsthema – ist, dass wir es verstanden haben, durch die Rahmen, die unsere Minister und unser Parlament

den Menschen in diesem Land setzen, mehr Freiheiten zu geben – ich möchte es konkret machen –, damit sie bereit sind, auch Verantwortung zu übernehmen. Warum sind wir denn Spitzenreiter beim Ausbildungsplatzangebot?

(Abg. Wintruff SPD: Was? Wo sind wir Spitzenreiter?)

Warum sind wir Spitzenreiter im positiven Sinn, was die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit oder der Arbeitslosigkeit insgesamt angeht?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben dieselben Rahmenbedingungen wie die anderen, aber wir setzen – das erwarte ich von Ernst Pfister als unserem neuen Wirtschaftsminister, und ich weiß, dass er dies tut – auf den Mittelstand und die freien Berufe als Rückgrat dieser Entwicklung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Mittelstand und die freien Berufe die Freiheit nicht dazu nutzen, mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verantwortungslos umzugehen, sondern dazu, verantwortlich gemeinsam zu arbeiten.

Mir stößt dabei schon ein bisschen sauer auf, wenn ich von der „baden-württembergischen Krankheit“ lese. Gerade ich als Freiberufler aus dieser Region habe ganz konkret erlebt, wie Mittelstand und freie Berufe massiv unter dem, was zwischen den großen Parteien – den Tarifparteien – vereinbart wurde, zu leiden hatten, weil sie nicht mithalten konnten. Die Tarifverträge sind nicht von der Politik geschlossen worden, sondern sowohl von Betriebsseite als auch von Gewerkschaftsseite.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer jetzt das Wort „Flexibilität“ im Munde führt – und das haben heute alle getan –, der sollte nicht, Herr Drexler, bei denen stehen, die sofort beim geringsten Anzeichen dafür, dass Flexibilität mit den Beteiligten vereinbart werden könnte, alle auf die Barrikaden treiben und bei jedem kleinen Schritt zu mehr Flexibilität sofort den Widerstand organisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Thema Flexibilität zieht sich ja durch, und zwar von der freien Wirtschaft bis hin zum Staat. Von Herrn Oettinger wurde gerade zu Recht angesprochen: Wir als Staat und als Kommunen sind auch Arbeitgeber. Ich werde nachher ein paar Sätze dazu sagen. Das Thema zieht sich durch bis zu den Unikliniken. Es ist angesprochen worden.

Mehr Flexibilität heißt für mich zunächst einmal auch: Bevor ich über eine Streichung von Feiertagen und über eine Verlängerung der Arbeitszeit rede, muss ich zuerst einmal schauen, dass ich Flexibilität zwischen denen, auf die es ankommt, ermögliche, nämlich zwischen Belegschaft und Betriebsleitungen.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

(Dr. Noll)

Das gilt übrigens auch dann, wenn wir als Arbeitgeber hier im Land reden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich möchte sehr gerne das Beispiel nennen, das jeder von uns, der einen Betrieb führt – ob es ein kleiner Betrieb ist wie bei mir oder ein größerer –, erlebt haben müsste: Wenn man direkt mit den Betroffenen redet, sind meistens Lösungen, die im ersten Moment scheinbar nur schwierig zu erreichen sind, leichter zu erreichen, als wenn man in die Gräben steigt und nicht mehr herauskommt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich rufe uns alle gemeinsam auf, als Land die Gräben ein Stück weit zu verlassen.

Nächstes Thema: Wir sind uns darüber einig, dass Haushaltskonsolidierung allein nicht alles ist. Die zentrale Aufgabe einer richtig verstandenen Wirtschaftspolitik lautet vielmehr, dafür zu sorgen, unseren Betrieben und Belegschaften die Freiheit zu belassen, um mehr Wachstum und damit in diesem Land Baden-Württemberg noch mehr Beschäftigung zu schaffen.

Ich denke, das ist nicht in erster Linie eine Frage des Geldes, sondern das sind die Themen, die für uns von Beginn an wichtig waren: Was belastet denn diejenigen, die nur Beschäftigung schaffen können? Es hat sie die Drohung massiv belastet, die Sie jetzt als Wohltat darstellen: „Wenn ihr nicht genug ausgebildet, bekommt ihr eine neue Abgabe!“ Es ist doch Ihr Problem, dass Sie jedem Problem ein neues Gesetz oder eine neue Abgabe hinterherwerfen und damit den Mehltau der Bürokratie, der alles in unserem Land lähmt, immer noch verstärken, anstatt ihn wegzublasen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Hier hat der Amtsvorgänger von Ernst Pfister, Walter Döring,

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

hervorragende Ansätze eingeleitet. Die FDP/DVP-Fraktion wird natürlich gemeinsam mit der Regierung am Thema „Bürokratieabbau, Aufgabenabbau“ drangleiben. Dabei gibt es ein natürliches Wechselspiel. Das ist gar keine Frage. Denken Sie an das Innenministerium, wo die kommunale Seite ressortiert.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Da gibt es ein Wirtschaftsministerium, das ich in diesem Spiel der Kräfte sozusagen als den Anwalt des Mittelstands verstehe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dazu will ich ganz klar schon heute sagen: Wenn es um faire Konkurrenz zwischen kommunalen und mittelständischen Betrieben geht, dann wird das nicht so sehr ein The-

ma des Geldes, sondern ein Thema der Rahmenbedingungen – Stichwort Gemeindefinanzrecht – sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zu einem Thema, das auch jeder im Munde führt: Wie können wir Innovationen, Beschäftigung und Wachstum fördern? Dabei ist der möglichst schnelle Wissenstransfer ein zentrales Thema. Bei großen Betrieben funktioniert das häufig gut. Bei der Frage, wie man das auch bei kleinen und mittleren Betrieben realisieren kann, ist mir nicht bange, weil der neue Minister in Person sozusagen Programm hierfür ist.

(Lachen bei der SPD)

Daher müssen wir uns auch vor niemandem verstecken. Wir haben die Förderung der Forschungsentwicklung in der Vergangenheit jährlich um eine Million aufgestockt. Selbstverständlich wollen wir auch in künftigen Haushalten dabei einen Schwerpunkt setzen.

Das nächste Thema: Privatisierung. Das schließt genau an das andere an. Herr Ministerpräsident, wir haben, glaube ich, gemeinsam nach Verabschiedung der Verwaltungsreform ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass wir nicht am Ende einer Entwicklung stehen, sondern dass wir mit dieser Verwaltungsreform trotz aller Schwierigkeiten, die bei der Durchsetzung zweifellos vorhanden waren, erst einmal die Grundlage für eine Aufgabenkritik geschaffen haben. Bei dieser Aufgabenkritik können wir uns als Land natürlich nicht aus der Verantwortung stehlen, aber sie muss subsidiär erfolgen, dezentral auf der Ebene, wo die Leute am besten wissen, wie man Aufgaben der Daseinsvorsorge in die privatwirtschaftliche Erledigung geben kann. Dass wir uns darüber unterhalten, lohnt sich.

Ich möchte anknüpfen an das vom Kollegen Oettinger genannte Beispiel Gesundheitswesen. Das Wirtschaftsministerium hat – dafür bin ich Walter Döring sehr dankbar – das Thema Gesundheitswesen als die Megabranche der Zukunft auch für Baden-Württemberg mit Berufspotenzial, mit Arbeitsplatzpotenzial aufgegriffen,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

übrigens auch für Umsteiger. Es muss nicht jeder, der irgendwann einmal im produzierenden Gewerbe war, bis zum Ende seines Lebens in diesem bleiben. Warum soll Weiterqualifizierung immer nur mit dem fünften oder sechsten Computerkurs möglich sein? Man kann durchaus auch einmal darüber nachdenken, ob man neben dem angesprochenen ehrenamtlichen Engagement stärker bereit ist, vorhandene Chancen zu nutzen. Allerdings müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

(Abg. Fischer SPD: Herr Noll, das hört sich wunderbar an! Aber wissen Sie, wie das in der Praxis aussieht?)

– Das hört sich wunderbar an. Wir werden es konkret machen bei dem angesprochenen Thema „Universitätsklinik, Krankenhauswesen“. Wir sind uns völlig einig, dass eine ideologische Debatte, die da lautet „Privatisierung ja oder nein“, wie sie jahrelang hier geführt worden ist, vielleicht

(Dr. Noll)

mit ein Grund ist, Herr Kollege Oettinger, warum bei diesen Fragen teilweise ein Bogen um Baden-Württemberg gemacht wird.

(Abg. Zeller SPD: Was wollen Sie machen? Sagen Sie es doch!)

Wir sollten völlig unideologisch dafür sorgen, dass wir erkennbar nicht mehr passende Strukturen ändern. Beispiel: Universitätsklinika, egal in welcher Trägerschaft. Darüber muss man sich unterhalten. Die Tatsache, dass manche erfolgreicher sind, hängt nicht damit zusammen, dass der Träger privat ist, sondern dass er eben mehr Flexibilität hat. Da müssen wir schauen, ob wir das hinbekommen. In einem zweiten Schritt kommt dann die Frage: Was muss noch staatlich sein, was kann künftig privat erledigt werden?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Er sagt immer bloß „müsste“, „könnte“! – Abg. Drexler SPD: Werden Sie doch mal konkret! Was wollen Sie denn machen bei den Universitätskliniken?
– Abg. Zeller SPD: Alles Floskeln!)

– Ich denke, ich bin konkreter, als es jeder von Ihnen war.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wir haben die Arbeitsfelder ganz klar umschrieben.

Nächstes Thema: Subventionsabbau. Noch einmal: Haushaltskonsolidierung heißt kritisch an alles herangehen, was Subvention ist.

(Abg. Zeller SPD: Also jetzt konkret! – Abg. Drexler SPD: Auf geht's! – Zurufe von der SPD und den Grünen: Messe!)

– Gut, dass Sie mich an die Messe erinnern. Ich hätte es fast vergessen: Zur Wirtschaftspolitik gehört natürlich auch eine Infrastrukturpolitik. Im Gegensatz zu Ihnen stehen wir zu „Stuttgart 21“, weil Verkehr ein zentrales Infrastrukturthema sein wird, das natürlich auch den Wirtschaftsminister nicht ruhen lassen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

Bei den Grünen respektiere ich, dass sie auf allen Ebenen weder „Stuttgart 21“ noch die Messe wollen. Das ist wenigstens ehrlich.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist blödes Geschwätz!)

Aber bei den anderen Damen und Herren, bei Ihnen, Herr Schmiedel, akzeptiere ich nicht, dass Sie mit gespaltener Zunge reden.

(Abg. Schmiedel SPD: So ein Quatsch!)

Das Thema Verkehrsinfrastruktur wird uns also auch beschäftigen.

Jetzt möchte ich mich dem Thema Subventionen zuwenden, und zwar Subventionen im weitesten Sinne. Subventionen kann man ja sehr eng als direkte Zahlungen definieren, aber man kann sie auch sehr weit fassen. Wir wollen uns jetzt nicht mit Definitionen herumschlagen. Ich sage einmal als

Vorspann: Eine Vorgabe, dass die Subventionen insgesamt jährlich um – ich sage jetzt einmal eine Zahl – 20 % zurückgefahren werden müssen, ist ein ehrgeiziges Ziel. Aber es ist ein Ziel, das zu erreichen ist, weil jede Subvention aus liberaler Sicht begrenzt und degressiv gestaltet sein muss.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Warum? Die Subvention bestraft den, der sie nicht bekommt – das sind meistens mehr als die, die sie bekommen –, doppelt: Er bezahlt die Subvention mit, und sein Wettbewerber wird durch die Subvention gestärkt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Danke, Frau Präsidentin.

Jetzt sind wir bei einem weit gefassten Subventionsbegriff.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Welche wollen Sie streichen?)

– Ich komme schon noch dazu. – Wenn wir jetzt Prioritäten setzen müssen – –

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, ich möchte diesen Gedanken ausführen. Wahrscheinlich beantworte ich die Frage damit.

Ich möchte jetzt genau dieses Reizwort „Lernmittelfreiheit“ nehmen. Ich sehe dies unter dem Begriff Subvention. Das ist keine klassische Subvention, sondern das ist eine Form der Unterstützung.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist ein Verfassungsgrundsatz!)

– Ja, das ist ein Verfassungsgrundsatz. Aber Subventionen sind auch dann Subventionen, wenn sie gesetzlich legitimiert sind. Dann muss man eben Gesetze oder Verfassungen ändern.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das ist doch ein Auftrag und keine Subvention! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Hören Sie doch bitte erst einmal zu! Sind wir uns einig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dann, wenn die Mittel knapp werden – in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Wirtschaftspolitik –, das Gießkannenprinzip out sein muss?

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das Gießkannenprinzip muss out sein. Wir müssen dann konzentriert dort fördern, wo es zielführend, wo es erfolgreich ist, und fragen:

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Dr. Noll)

Wo gibt es Mitnahmeeffekte?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Da bin ich bereit, an vielen Stellen mit den Kollegen in der Koalition, aber auch mit Ihnen offen darüber zu diskutieren. Ich führe es am Beispiel Lernmittelfreiheit noch konkreter aus: Natürlich müssen wir, wie bei Studiengebühren, darauf achten, dass keine soziale Benachteiligung entsteht.

Nun kann man, wie Sie alle wissen, so etwas regeln.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bürokratisch! – Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Boris Palmer GRÜNE)

– Danke für das Stichwort. Dennoch muss ich im Hinterkopf haben: Wenn die Regelung allzu bürokratisch wird, macht dies den anderen Effekt möglicherweise zunichte. Aber Sie dürfen doch nicht von vornherein schon wieder Gräben aufmachen und sagen: „Um Gottes willen, die wollen Bildung nach dem Geldbeutel machen.“ Nein, das wollen wir eben nicht,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Doch, das wollt ihr!
– Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

sondern wir wollen gezielt fördern und dort, wo es Mitnahmeeffekte gibt, versuchen umzuschichten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Denn noch einmal: Wenn wir uns zumindest mit Herrn Kretschmann und der CDU-Fraktion einig sind, dass wir nicht weiter draufsatteln können, dann müssen wir jede Subvention, jede Fördermaßnahme daraufhin überprüfen, ob sie zielgenau ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Bei der Kürzung von Subventionen kann auch nicht mehr das Rasenmäherprinzip gelten. Vielmehr gilt auch da – übrigens auch zwischen den Ministerien; da gibt es sehr unterschiedliche –

(Zurufe der Abg. Zeller SPD und Kretschmann GRÜNE)

– Nein, ich habe das nie gesagt. Wenn Sie heute etwas Neues hören wollen, sollten Sie mir schon zuhören.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich habe gesagt: „Schluss mit der Gießkanne“, und ich habe gesagt: „Schluss mit dem Rasenmäher bei den Kürzungen“. Das Ziel eines 20-prozentigen Subventionsabbaus heißt nicht, dass bei jeder Subvention um 20 % gekürzt werden soll. Vielmehr: Wenn ich bei einer Subvention weniger kürze oder sie in gleicher Höhe belasse, muss ich eine andere stärker kürzen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt einmal Ross und Reiter!)

– Jetzt machen wir es konkret an einem Beispiel, das Sie angeführt haben: Landeserziehungsgeld. Auch da stellen sich die Stacheln bei vielen Leuten sofort hoch.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bei mir nicht!)

– Bei mir auch nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bei mir auch nicht!)

Aber das ist doch ein klassisches Beispiel für etwas, wo das Land Fördermaßnahmen gewährt hat, und zwar zu Recht,

(Beifall des Ministers Dr. Christoph Palmer)

weil Familien über das Steuer- und Transfersystem auf Bundesebene finanziell offensichtlich nicht ausreichend ausgestattet werden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist nämlich das Problem!)

Ich stehe dazu: Es ist ein Skandal, dass es das größte Armutsrisiko ist, Kinder zu haben.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Das heißt, ich beschneide damit die Freiheit der jungen Menschen, sich für Kinder zu entscheiden. Das ist ein zentrales liberales Thema.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich erwarte dann auch die Verantwortung des Staates, diese Freiheit zu gewährleisten – aber übrigens auch die Verantwortung der Eltern, wenn sie sich dann für Kinder entscheiden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, ich will das jetzt zu Ende führen.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben als Land Baden-Württemberg für die Familien ergänzend Transferleistungen gebracht, nämlich für Kinder im dritten Lebensjahr.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind doch an der Regierung seit acht Jahren! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie sind doch an der Regierung!)

– Könnten Sie jetzt bitte einmal zuhören?

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Wir gehen davon aus – der Herr Ministerpräsident, ich und andere –, dass 2006 ein neues Steuersystem kommen wird – am liebsten natürlich nach Solms –,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Solms! 63 Milliarden € zu wenig!)

weil wir Sie ablösen werden. Das beste familienpolitische Programm, was die Transfers angeht, ist das Solms-Modell, weil es nämlich für jedes Kind einen Freibetrag von 7 500 € und ein entsprechend angepasstes Kindergeld vorsieht.

(Dr. Noll)

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Jetzt komme ich zu dem Thema Konnexität. Es ist Aufgabe des Bundes, im Steuer- und Transfersystem die wirtschaftliche Grundlage für die Entscheidung für Kinder zu schaffen. Da haben auch wir in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Aber wir gehen davon aus, dass es 2006 auf Bundesebene geschieht.

Das Landeserziehungsgeld wirkt, wenn wir da etwas machen, erst in zwei oder in drei Jahren – also nach 2006. Jetzt muss es doch legitim sein, sich einmal darüber zu unterhalten, ob dann, wenn die Steuertransfers von Bundesseite so sind, dass wir sagen: „Jawohl, das ist jetzt auskömmlich“, das Land Baden-Württemberg nicht sagen kann: Das, was wir bisher ergänzend eingesetzt haben, weil es uns zu niedrig schien, schichten wir künftig um. Da bin ich doch bei Ihnen, Herr Kretschmann:

(Abg. Drexler SPD: Schon wieder! Ich würde mich nach hinten setzen!)

Wir müssen umschichten, weil wir ganz genau wissen: Ein zentrales Thema für junge Menschen, insbesondere immer noch für Frauen, ist, ob sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen. Das ist kein ideologisches Thema, sondern wir wollen, dass Lebensentwürfe frei und verantwortlich gestaltet werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir da offenkundig Defizite haben, dann lohnt es sich, darüber nachzudenken, ob wir nicht bisher für Fördermaßnahmen verwendete Gelder künftig stärker zielgerichtet einsetzen können.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das wird eine spannende Diskussion. Da wünsche ich mir dann auch Ihre Unterstützung.

(Abg. Zeller SPD: Dann machen Sie doch mal etwas! Sie regieren doch! Sie schwätzen bloß immer daher!)

– Herr Zeller, nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich seit einer Woche Fraktionsvorsitzender der Liberalen bin

(Abg. Drexler SPD: Ach was! Sie sind doch schon vorher in der Fraktion gewesen!)

und dass Sie jetzt von uns fordern, wir sollten jetzt einmal Impulse setzen.

(Abg. Drexler SPD: Seit acht Jahren! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Wir haben vorher vieles richtig gemacht. Das muss ich nicht wiederholen. Der Ministerpräsident hat Punkt für Punkt die Erfolge aufgezählt: familienfreundliches Baden-Württemberg, Sprachförderung, Ganztagschulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wann haben Sie in der großen Koalition eine einzige Ganztagschule zustande gebracht?

(Abg. Zeller SPD: Peinliche Nummer! – Abg. Drexler SPD: Das ist doch peinlich!)

Sie haben es nicht hingebracht, wir haben es hingebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Darauf aufbauend werden wir jetzt neue Impulse setzen und uns überlegen:

(Abg. Zeller SPD: Der Bund hat das doch initiiert! Dass er nicht rot wird, wenn er lügt! Der Bund finanziert das! 28 Millionen € und der sagt, sie machen es!)

Wo können wir auf diesem Weg vielleicht noch schneller voranschreiten? Da sind mir alle Überlegungen willkommen, die da lauten: Wie können wir durch Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements ohne zusätzliches Geld noch mehr erreichen?

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

(Abg. Zeller SPD: Bundesmittel kassiert der, ohne rot zu werden!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Danke, Herr Zeller, für das Stichwort.

(Abg. Zeller SPD: Sie schmücken sich mit fremden Federn!)

Da macht die Bundesregierung wieder einen tollen Vorstoß. Wir reden alle in der Föderalismusreform über Konnexität.

(Abg. Drexler SPD: Sie nicht!)

Wir haben in Baden-Württemberg beim Kindergartengesetz genau dies gegen Ihren massiven Widerstand gemacht: Konnexität!

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch gar nicht wahr! Sie gliedern die Waldkindergärten aus!)

Wer bezahlt, der hat auch das Sagen.

Jetzt sage ich Ihnen zu dem Thema Kommunen: Es ist Aufgabe der kommunalen Ebene, die Betreuung zu organisieren. Dann muss meiner Meinung nach zunächst einmal die finanzielle Basis der kommunalen Ebene auf eine sicherere Grundlage gestellt werden.

(Abg. Zeller SPD: Deswegen streichen Sie den Kommunen immer mehr Geld!)

Sie dürfen nicht wieder irgendwelche Programme mit Incentives machen, wo Sie dann die Kommunen mit Folgekosten sitzen lassen und das Konnexitätsprinzip sträflichst vernachlässigen. So geht das nicht weiter.

(Dr. Noll)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie kürzen die Zuweisungsmittel für die Kommunen! Reden wir mal über die Kürzung im kommunalen Finanzausgleich!)

Das Nächste ist ein Freiheitsthema, für das wir wirklich Verantwortung übernehmen müssen. Das hängt mit der Familienpolitik zusammen. Vorhin ist schon klar geworden: Bildung ist die Freiheit, einen Lebensentwurf zu entwickeln, damit man nicht von Anfang an verloren hat. Deswegen möchte ich auch das Thema Bildung in Zukunft sehr viel breiter in die politische Diskussion einbringen. Bildung fängt in der Tat praktisch nach der Geburt an.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Pränatal!)

Da sind es die Mutter und der Vater, die mit dem Kind sprechen und singen. Es geht weiter über den Kindergarten. Da haben wir noch unter der Ägide des Sozialministers Dr. Repnik mit mir zusammen ausdrücklich den Erziehungsauftrag und den Bildungsauftrag in das Kindergarten-gesetz aufgenommen. Nur – das muss ich auch ehrlicher-weise sagen –: Wir müssen jetzt natürlich „Butter bei die Fische bringen“, auch was die Finanzierung anbelangt.

(Abg. Teßmer SPD: Fangen Sie mal an!)

Genau deswegen sage ich, wir müssen alles auf den Prüfstand stellen und dann entscheiden: Wo können wir umschichten? Die Frage ist nicht, wo wir abschaffen, sondern wo wir umschichten können.

(Abg. Stichelberger SPD: Sie stellen nur Fragen!)

Wir reden jetzt über Familienpolitik und Bildung. Beides ist eng verzahnt. Das ist gerade an dem Beispiel klar geworden: Wenn ich Ganztagsbetreuung anbiete, dann schaffe ich einerseits bessere Bildungschancen – unter Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements, keine Frage. Aber andererseits müssen wir, wenn wir Erstausbildungszeiten verkürzen und schauen, dass Bildung von Anfang an integriert stattfindet, auch im Kindergarten, uns dann auch verstärkt des Themas „Lebenslanges Lernen, Weiterbildung auch für ältere Menschen“ annehmen. Das betrifft das Thema Demografie. Warum werden ältere Menschen aus den Betrieben gedrängt? Warum werden sie vorzeitig weggemobbt? Weil man ihnen in der Vergangenheit nicht zugetraut hat, dass sie mit den modernen Technologien, mit modernen Verfahren umgehen können. Auch da lohnt es sich, natürlich nicht von Staats wegen, aber unter Moderation der staatlichen Ebene zusammen mit den Belegschaften und den Betrieben danach zu schauen. Da gibt es gerade in Baden-Württemberg hervorragende Beispiele – Fahrion will ich nur nennen –, wie man das organisieren kann. Ich denke, die Politik ist gefragt, dafür zu sensibilisieren. Denn wenn wir über die Anhebung von Pensionsgrenzen und das Renteneintrittsalter reden, müssen wir erst einmal dafür sorgen, dass diejenigen, die bis zum derzeit gültigen Pensionseintrittsalter arbeiten wollen, überhaupt arbeiten können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Noch ein Wort zum Thema – das wurde schon angedeutet – Flexibilität im Personalbereich auch für das Land und die Kommunen als Arbeitgeber. Herr Oettinger hat das völlig

richtig ausgeführt. Deswegen brauche ich das nicht zu wiederholen. Ich denke nur, eines muss auch klar sein: Wir müssen bei den Stellenkegeln strukturelle Überlegungen anstellen. Als ich zur Schule gegangen bin,

(Abg. Teßmer SPD: Das muss schon sehr lange her sein!)

waren die Mehrzahl der Lehrer Studienräte, jetzt sind fast alle Lehrer Oberstudienräte. Wir müssen schauen, wie das Verhältnis innerhalb der Berufslaufbahn ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Es ist völlig richtig: Auch da ist das Stichwort Flexibilität. Aber wenn man irgendwo in einer Sparte an den BAT heranwill, dann sind doch Sie diejenigen, die dann sofort den Widerstand organisieren

(Abg. Drexler SPD: Freiheit!)

gegen diese Flexibilität,

(Abg. Drexler SPD: Freiheit!)

die den Menschen die Freiheit gibt,

(Abg. Drexler SPD: Ja! Freiheit! – Abg. Zeller SPD: Wer Geld hat, kann Freiheit nutzen! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

verantwortlich mit dieser Flexibilität umzugehen. Das ist, denke ich, wirklich klar geworden.

Nächstes Thema: Die innere Sicherheit wird weiterhin eine Priorität auch unserer liberalen Politik sein. Aber auch da sage ich – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Unterhaltungen draußen zu führen.

(Abg. Schmid SPD: Er kann aufhören zu reden! Das wäre auch eine Lösung! – Fortdauernde Unruhe)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Innere Sicherheit ist eine Medaille mit zwei Seiten. Dazu gehört die Polizei, dazu gehört aber auch genauso die Justiz; das ist überhaupt keine Frage. Liberale tun sich immer ein bisschen schwerer, wenn gerade unter dem aktuellen Eindruck von Terrorismus und ähnlicher Dinge sofort der Ruf nach neuen Gesetzen – übrigens auch nach neuen Stellen – kommt, und sagen erst einmal: „Jawohl, Freiheit durch den Staat, aber auch Freiheit vor dem Staat“,

(Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

und zwar in Abwägung, wo wir möglicherweise überproportional die Freiheit des Einzelnen gefährden. Das ist und bleibt ein liberales Kernthema. Das kann man nicht ein für alle Mal festlegen. Denn ich behaupte: Wenn sich ein älterer Mensch abends nach 20 Uhr nicht mehr auf die Straße traut, weil er sich subjektiv dazu nicht in der Lage sieht

(Dr. Noll)

oder bedroht sieht, dann müssen wir das als Freiheitsthema begreifen und durchaus darüber nachdenken, wie die Balance in diesem Bereich aussieht.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP –
Abg. Zeller SPD: Das ist ein wirres Zeug!)

Letzte Bemerkung – da möchte ich noch einmal die Justizministerin, der ich sehr herzlich danke, ins Spiel bringen –: Thema Integration. Auch das ist ein Freiheitsthema. Wir wollen Toleranz und Freiheit natürlich auch anderen Kulturen und den Mitbürgerinnen und Mitbürgern anderer Herkunft gewährleisten. Aber da fordern wir genauso die Verantwortung. Wir haben auf der Basis des jetzt endlich gefundenen Kompromisses für ein Zuwanderungsgesetz

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

verantwortlich damit umzugehen. Aber ich sage auch ganz klar: Integration ist natürlich keine Einbahnstraße, sondern sie erfordert von beiden Seiten Verantwortung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Da appelliere ich an uns alle, bei diesem Thema auch künftig gemeinsam mit der Ausländerbeauftragten, Frau Werwigg-Hertneck, die dieses Thema in ihrer gesamten Amtszeit als hochprioritär behandelt hat, bewusstseinsbildend weiter voranzugehen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber wir wollen auch noch etwas merken!)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen.

(Zurufe von der SPD: Gerne! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Die soll auch mal was zur Integration machen! Was macht sie denn? Wir warten, warten, warten!)

– Herr Kretschmann, meiner Meinung nach habe ich genug Impulse gegeben,

(Zurufe von der SPD: Nein!)

wo Sie durchaus – –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Beim Kopftuch!)

Es wird ja auch alles konkret werden, wenn wir in die Haushaltsberatungen eintreten. Es wird konkret werden,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

wo die Prioritäten gesetzt werden und wo man auch zumutet, dass Maßnahmen nachrangig behandelt werden, weil sie der Förderung nicht mehr bedürfen oder weil wir sie uns nicht mehr leisten können. Da bin ich einmal auf Ihre Impulse gespannt, die Sie dann setzen. Bei Herrn Drexler weiß ich es schon: Bei jedem Impuls, mit dem wir Prioritäten setzen, werden Sie jubeln, und da, wo wir sagen: „Dafür müssen wir aber dort streichen“, werden Sie sagen: „Nein, auf gar keinen Fall“. Damit werden Sie natürlich dazu beitragen, den Schuldenberg weiter zu erhöhen.

(Abg. Drexler SPD: Das war beim letzten Haushalt gar nicht so! Erzählen Sie keine Märchen!)

Jedenfalls glaube ich, dass deutlich geworden ist, dass wir gerade bei der Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen, bei der Zusammenarbeit mit der Exekutive diesen Kompass „Freiheit und Verantwortung“

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

nachvollziehbar zur Richtschnur unseres tagtäglichen Handelns und unserer Entscheidungen machen sollten. Denn nur dann werden wir unseren Bürgerinnen und Bürgern glaubwürdig vermitteln können, dass wir bereit sind und wirklich wollen, ihnen mehr Freiheit zu geben in vielen – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, der Stenografische Dienst kann nicht mehr folgen. Darf ich Sie bitten, mehr Ruhe zu halten.

(Zurufe von der SPD: Wir auch nicht mehr! – Das wundert uns nicht!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dass aber, wenn wir Freiheit geben, damit untrennbar auch Verantwortung verbunden ist, ist manchmal nicht nur angenehm, aber das, was Sie an uns als Maßstab anlegen – Freiheit und Verantwortung in der politischen Entscheidung –, können wir dann sowohl im Freiheitsteil als auch im Verantwortungsteil viel glaubwürdiger von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einfordern. Ich denke, das hilft dann,

(Abg. Teßmer SPD: Das denken auch nur Sie!)

das Glaubwürdigkeitsproblem, das wir derzeit in der Politik haben, doch entscheidend zu reduzieren.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Das war eine schwache Vorstellung! Der Mann der Worthülsen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung – Drucksache 13/3355

– **dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO**

Das Plenum hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Drexler, Sie erhalten das Wort.

Abg. Drexler SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon heute Morgen über das Thema diskutiert. Ich werde jetzt unseren Antrag einbringen. Ich glaube auch, dass dieser Antrag berechtigt ist.

(Drexler)

Herrn Dr. Noll kann ich sagen: Freiheit können Sie jetzt in der Abstimmung ausüben,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das werden wir tun!)

und auch Verantwortung für das Land und die landeseigenen Unternehmen können Sie jetzt übernehmen. Beides!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich glaube, 1994, als es schon einmal eine Ausschreibung der Stelle des Vorstandsvorsitzenden eines landeseigenen Unternehmens gegeben hat – ich habe vorhin schon darauf hingewiesen –, gab es dafür gute Gründe. Auch jetzt nach dem Besetzungsvorschlag des Herrn Ministerpräsidenten habe ich in der CDU-Fraktion, aber auch in den Vorfeldorganisationen des CDU-Landesverbandes – CDU-Wirtschaftsrat, Junge Union, Einzelstimmen – immer wieder gehört: Das Beste, was man machen kann, ist eine Ausschreibung.

Nun ist die Besetzung noch nicht vorgenommen, die Aufsichtsräte haben noch nicht abgestimmt. Es ist übrigens auch interessant, festzustellen, wie die Aufsichtsräte besetzt sind. Aber lassen wir das jetzt einmal beiseite.

Auf jeden Fall kann das Parlament heute Folgendes sagen:

Erstens: Wir sind der Auffassung, dass die Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur nach öffentlicher Ausschreibung zu vergeben sind.

Zweitens: Die Positionen des Geschäftsführers bei der Staatlichen Toto-Lotto GmbH und des Vorstandsvorsitzenden der staatlichen Rothaus-Brauerei AG sollen öffentlich ausgeschrieben werden.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, glaube ich, dass nicht nur die große Öffentlichkeit, nicht nur die veröffentlichte Meinung für dieses Verfahren ist, sondern, wenn wir eine geheime Abstimmung durchführen würden, mehrheitlich auch das Parlament dafür wäre.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Leider sieht die Geschäftsordnung keine geheime Abstimmung vor, obwohl diese heute eine gute Möglichkeit für das Parlament darstellen würde, zu diesen Vorgängen die Meinung zu sagen.

Drittens sollte das Parlament die geplante Besetzung der Leitungspositionen in den beiden landeseigenen Unternehmen mit zwei ehemaligen Landesministern stoppen. Das wäre die Notwendigkeit aus den ersten zwei Forderungen, auf jeden Fall aus der zweiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt muss ich einfach sagen: Wenn wir als Parlament der Auffassung sind, dass die Besetzung falsch gelaufen ist und bezüglich des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Politik großen Schaden angerichtet hat, liegt es an uns, dies zu stoppen. Diese Möglichkeit haben wir. Wir können die Landesregierung entsprechend beauftragen. Das wäre überhaupt kein Problem.

Ich glaube auch nicht, dass der CDU- oder der FDP/DVP-Fraktion auch nur ein Zacken aus der Krone brechen würde, wenn man heute sagen würde: Das ist falsch gelaufen; wir erinnern uns an das Jahr 1994, als schon einmal ausgeschrieben worden ist, was sich als sehr gut erwiesen hat, und machen das noch einmal; wir nehmen die Bedenken ernst. Es ist ja auch nicht so – Herr Kretschmann hat das vorhin gesagt –, dass nur die CDU-Fraktion und die Zeitungen Leserbriefe bekämen, sondern uns geht es ja genauso. Insgesamt schadet das allen. Es wird ja immer so getan, als hätte ich hier Spaß an der Skandalisierung der Politik. Das habe ich überhaupt nicht, weil ich genau weiß –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ein bisschen Spaß macht es Ihnen schon! – Zurufe der Abg. Dr. Reinhart und Oettinger CDU)

– Sie können mir schon abnehmen, dass ich auch als Generalsekretär mehrere Wahlkämpfe in Baden-Württemberg geführt habe und dass ich mich bei den Umfragen sehr gut auskenne.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

– Was haben Sie denn? Ein Plus von 8,3 % beim letzten Mal – da können Sie sich ja verstecken. Eigentlich hätten Sie bei der letzten Landtagswahl erheblich mehr zulegen müssen, weil über 80 % der Baden-Württemberger zufrieden mit ihrer ökonomischen Situation waren. Dass dies nicht geschehen ist, lag daran, dass wir die Defizite Ihrer Regierungszeit aufgedeckt haben. Das machen wir beim nächsten Mal auch.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP)

Damit Sie es gleich wissen: Herr Oettinger hat uns in der letzten Plenarsitzung einen Vorschlag gemacht. Wir sind der Meinung: Bei der Art und Weise, wie skandalträchtig Sie handeln und wie Sie mit Staatseigentum umgehen, haben die Baden-Württemberger die Schnauze wirklich gestrichen voll. Deswegen, Herr Oettinger: Wenn Sie zusammen mit der FDP/DVP einen Antrag zur Auflösung des Parlaments stellen und Neuwahlen im Oktober wollen, machen wir mit. Tun Sie das!

(Beifall bei der SPD – Lachen der Abg. Hauk und Oettinger CDU – Ministerpräsident Teufel: Sofort! – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Seimetz)

– Natürlich. Tun Sie das doch. Es wäre das erste Mal, dass Sie keinen Wahlkampf mit Berliner Themen führen können. Wir hätten zum ersten Mal die Möglichkeit, einen Landtagswahlkampf mit eigenen Themen zu führen. Da würden Sie – nach dem, was Sie hier aufführen – hundsliederlich aussehen.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Seimetz CDU – Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

Dann noch einmal zu dieser „Besetzungsaktion“: Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, er habe überhaupt keine negativen Reaktionen auf die Versorgungsentscheidungen für Repnik und Schäuble erhalten.

(Drexler)

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Diese Woche hat er keine Zeitungen gelesen!)

Ich weiß ja, dass der Herr Ministerpräsident ständig Zeitungen liest, allerdings nicht solche aus Baden-Württemberg.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

In Norddeutschland mag das so sein. Aber wir leben ja in Baden-Württemberg und müssen auch hiesige Zeitungen lesen. „Das sind unrühmliche Versorgungsspielchen – Am Tag danach wächst der Unmut über Teufels Personalpolitik“, so die „Stuttgarter Nachrichten“. „Der Unmut reicht weit in die CDU hinein – Nach der Kabinettsumbildung: Proteste, Personen und Pensionen“ stand am 9. Juli in der „Stuttgarter Zeitung“. „Lotto um ‚Versorgungsposten‘ – Der Wechsel zweier Landesminister auf gut dotierte Posten erzürnt viele Kritiker“, so der „Südkurier“ vom 9. Juli. Das ist eine Zeitung im Land, Herr Ministerpräsident. „Teufel verpatzt den neuen Anlauf“ war in der „Südwest-Presse“ vom 9. Juli zu lesen. Die „Heilbronner Stimme“ vom 9. Juli: „Teufels Personalpolitik: eigenwillig und teuer“. Die „Heilbronner Stimme“ ist ja nun kein linkes Kampfblatt.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Beifall des Abg. Zeller SPD)

Sie bringt am 9. Juli einen Beitrag mit dem Titel „Vetterleswirtschaft“. „Vetternwirtschaft – Teufel in Not“ titelt die „Bild“-Zeitung. „Goldener Handschlag“, so das „Schwäbische Tagblatt“. „Ex-Minister rundum versorgt“ – „Pforzheimer Zeitung“ vom 9. Juli.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie auch nur einen Teil der Briefe überhaupt zur Kenntnis nehmen würden, die die Zeitungen gerade abdrucken! Ich will es nicht überziehen, aber einen davon will ich Ihnen noch zum Besten geben.

(Minister Stächele: Den hat er selber geschrieben!)

– Nein: Dr. Johann Springer, Stuttgart, in der „Stuttgarter Zeitung“:

Pfui Teufel!

lautet die Überschrift.

Die Versorgung der amtsmüden oder nicht mehr erwünschten Minister mit attraktiven Jobs bei Rothaus und Lotto ist ein so ekelhafter Vorgang, dass er mir das letzte Vertrauen in die herrschende Clique (Klüngel) nimmt. Pfui Teufel! Wo bleiben die sonst vorgeschriebenen Stellenausschreibungen? Es hätten sich gewiss kompetentere Bewerberinnen und Bewerber ohne Amtsmüdigkeit gefunden.

(Beifall des Abg. Gaßmann SPD)

So geht es reihenweise.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Sie müssen es nicht zur Kenntnis nehmen, aber ich glaube schon, dass es Unmut gibt. Es war falsch, es so zu machen. Vor allen Dingen, Herr Ministerpräsident: Sie nehmen immer das Wort in den Mund: „zuerst das Land, dann die Leute, dann die Partei und dann ich“ – ich meine Sie –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen)

aber diesmal haben Sie anders entschieden. Zuerst die Partei – und dann haben Sie schon gar nicht mehr an die Leute oder gar an das Land gedacht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Minister Stächele: Für das Land gute Leute!)

Damit das anders wird, bitten wir Sie, sich die Freiheit, die Herr Dr. Noll vorhin in Anspruch genommen hat, zu nehmen und als Abgeordnete zu entscheiden und Verantwortung für das Land zu übernehmen. Wir hoffen, dass Sie diesen Anträgen dann auch zustimmen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Ministers Stächele)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der SPD: Frau Präsidentin! – Abg. Ursula Haußmann und Abg. Drexler SPD: So viel Zeit muss sein! – Heiterkeit und Unruhe)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wann gendert ihr denn endlich?)

Ich glaube, entscheidend wäre, dass Sie einmal triftige Argumente gegen eine Ausschreibung

(Abg. Drexler SPD: Die wir schon gemacht haben!)

vorbrächten. Bei der letzten Besetzung der Toto-Lotto-Gesellschaft haben Sie ja eine Ausschreibung für richtig gehalten. Warum jetzt auf einmal nicht mehr?

(Abg. Drexler SPD: Da waren wir in der Regierung!)

Da sind wir wirklich gespannt. Welche triftigen Gründe gibt es, solche Positionen nicht auszuschreiben? Dann könnte sich jeder auf eine solche Position bewerben, selbstverständlich auch Minister, die ausscheiden und von der Regierung in die Wirtschaft wechseln wollen.

Allerdings muss ich sagen: Wenn es jemandem in der Regierung nicht gefällt und derjenige stattdessen in die Wirtschaft will, dann hat er ein weites Feld vor sich. Ich frage mich, warum sich diese Leute, die doch angeblich so gut sind, nicht ganz normal wie andere auch in der Wirtschaft bewerben. Es gibt ja solche Leute. Der ehemalige Justizminister Goll hat das gemacht. Er hat sich umgeschaut und ist in eine Kanzlei eingetreten. Da muss ich sagen: Respekt. Er hat hier seinen Job gemacht, und irgendwann hat er beschlossen, etwas anderes zu tun. Daraufhin hat er sich umgeschaut und ist in eine renommierte Kanzlei eingetreten.

(Kretschmann)

Das ist doch in Ordnung. Wenn die Minister wirklich so gut sind, wie Sie immer behaupten, dann können sie das doch tun. Oder muss man landeseigene Unternehmen in erster Linie mit Leuten aus der Regierung besetzen? Ich meine, das geht vielleicht manchmal gut. Bei Nothelfer und Rothaus ist es gut gegangen. Oft geht es aber auch schlecht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Beispiele?)

Schauen wir doch einmal den Herrn Goll

(Abg. Drexler SPD: EnBW!)

und die EnBW an. Sie haben von den hohen Strompreisen in Baden-Württemberg gesprochen.

(Abg. Drexler SPD: Der Strompreis ist höher als in anderen Bundesländern!)

Woher kommt denn diese Erhöhung der Strompreise? Herr Goll hat dieses Unternehmen an die Wand gefahren.

(Abg. Drexler SPD: Durch Einkauf!)

Erst nachdem die EnBW sich dazu durchgerungen hat, dieses Arbeitsverhältnis zu beenden, geht es mit dem Unternehmen aufwärts. Der neue Vorstandsvorsitzende Claassen saniert das Unternehmen,

(Abg. Drexler SPD: Verkauft es!)

allerdings mit schweren Opfern, die die Belegschaft für die Misswirtschaft, die zuvor betrieben wurde, bringen muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es! Jawohl! – Abg. Teßmer SPD: Und er sitzt in goldenen Unterhosen da!)

Verstehen Sie: Die Sache mit Herrn Schäuble geht vielleicht gerade noch, wenn man es nicht so genau nimmt. Er hat rechtzeitig gesagt, dass er hier aufhören will und etwas anderes machen möchte. Soweit ich weiß, möchte er ja auch sein Landtagsmandat niederlegen. Aber die Sache mit Herrn Repnik ist ein völlig anderer Fall. Jemandem, der hier nicht herauswill, muss der Ministerpräsident offenbar einen Versorgungsposten verschaffen,

(Abg. Drexler SPD: Rauskaufen!)

weil der es sonst nicht machen würde und weil der Krach in der CDU sonst noch größer wäre, als er ohnehin schon ist. So etwas geht einfach nicht, und es muss einfach das Vertrauen in die Tatsache zerstören, dass für öffentliche Ämter – auch wenn landeseigene Unternehmen verfassungsrechtlich in strengem Sinne vielleicht keine öffentlichen Einrichtungen sind, so gehören sie in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit doch dazu – der Grundsatz gelten muss, dass nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung verfahren wird. Dies erreicht man am besten dadurch, dass man die Ämter ausschreibt. Dann hätte man eine politische Kultur, in der sich die Menschen wohl fühlen können, und gleichzeitig hat man die Gewähr dafür – zumindest eher als bisher –, dass die Unternehmen auch richtig und anständig geführt werden. Deswegen ist es richtig, diese Ausschreibung zu machen. Wir haben das schon vor vier Wochen ge-

fordert und sind nun gespannt auf Ihre Argumente zu der Frage, warum Sie das partout nicht so machen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

(Abg. Alfred Haas CDU: Guter Abgeordneter!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Frau Präsidentin! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gendern!)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass Sie die Diskussion über diesen Punkt beantragt haben, halte ich für ehrlich und geradlinig. In der Tat wird in der Öffentlichkeit über die Frage dieser vorgesehenen Berufungen diskutiert, und deswegen ist es gut, dass der Landtag hier nicht schweigt und nicht die Dringlichkeit verneint, sondern offen über Vorzüge und Nachteile der Berufungen spricht. Wir weichen der Debatte überhaupt nicht aus.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt überhaupt nicht!)

Wenn zwei Berufungen zur gleichen Zeit anstehen, ist eine solche Debatte umso eher angebracht.

Ich glaube, der entscheidende Punkt ist, ob Thomas Schäuble bei Rothaus die Geschäftsentwicklung erfolgreich gestaltet und ob Dr. Repnik bei Toto-Lotto ebenfalls die Geschäftsführung mit Erfolg und Engagement wahrnimmt. Wir trauen beiden diese Aufgabe in vollem Umfang zu.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Dann können sie sich ja bewerben!)

Wir trauen beiden aufgrund ihrer bisherigen beruflichen und politischen Vita und aufgrund ihrer Sachkompetenz und ihres Intellekts die Aufgaben zu, und deswegen sage ich gern: Wiedervorlage in einem Jahr. Dann werden wir nach einem Halbjahresergebnis in Grafenhausen und in Stuttgart, bei Rothaus und Toto-Lotto, alle gemeinsam sehen, ob Ihre Vorbehalte richtig sind oder ob unser Vertrauen in eine hervorragende Aufgabenwahrnehmung gerechtfertigt ist.

(Abg. Drexler SPD: Und dann? – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Das Thema Ausschreibung: In der freien Wirtschaft wie beim Staat gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, wie man Personalfindungen und -entscheidungen betreiben kann. Da gibt es die Ausschreibung. Die praktizieren wir auch in einigen Fällen.

(Zuruf des Abg. Haller SPD)

Da gibt es die Heranholung von Personalberatern, von Headhuntern, und es gibt die direkte Entscheidung intern. Wir haben in diesem Land mit allen drei denkbaren Mechanismen in der Mehrzahl gute Berufungen und gute Erfahrungen gehabt.

(Oettinger)

Ich nenne Beispiele: Bei Rothaus kam Nothhelfer ohne Ausschreibung und ohne Headhunter. Er hat in den letzten zehn Jahren einen hervorragenden Job gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich nenne ein anderes Beispiel:

(Zuruf von der SPD: Dr. Wetter!)

Ihr Kollege Beerstecher.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hört, hört!)

Es geht um das Thema, Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen zu vergeben. Vorstand der L-Bank ist eine Führungsposition in einem zu 100 % landeseigenen Unternehmen. Herr Beerstecher war im Landtag. Er war nur im Landtag. Er war Finanzausschussvorsitzender und hat den Job bekommen und hervorragend gemacht.

(Beifall des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

Auch Puchta. Ich sage das sehr ungern, weil meine Kollegen bei diesem Thema nicht ganz so viel klatschen. Aber meine abweichende Meinung ist: Auch Puchta hat die Aufgabe hervorragend gemacht.

(Beifall der Abg. Alfred Haas CDU und Moser SPD – Abg. Seimetz CDU: Ja, das hören sie ungern! Wenn jetzt ein Genosse dabei wäre, gäbe es keine Diskussion!)

Ich traue auch dem früheren Ministerialdirektor Epple, vorgeschlagen vom früheren Wirtschaftsminister, zu, dass er in diesen Fußstapfen bei der gleichen L-Bank diesen Vorstandsposten hervorragend macht.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deswegen meine ich: Entscheidend ist die Aufgabenwahrnehmung. Wenn jemand aus der Politik kommt und den Job miserabel macht, dann muss er nach zwei oder fünf Jahren weg. Wenn er ihn gut macht, darf er kein Stigma haben, weil er aus der Politik kommt. Wir trauen unseren beiden Kollegen die Aufgaben zu, so wie auch andere Kollegen – ich habe drei genannt –

(Abg. Drexler SPD: Das können Sie aber nicht vergleichen!)

diese Aufgaben in den letzten Jahrzehnten hervorragend versehen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das können Sie aber nicht vergleichen!)

Meine Bitte ist: Schauen Sie einmal unsere Landesverwaltung an. Kein Land hat derart wenige politische Beamte, die man abberufen kann, wie Baden-Württemberg. In keiner Landesregierung ist die Administration so stark allein fachlich, verwaltungsmäßig besetzt. In keinem anderen Land ist die Zahl der Wechsel wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Politik so gering wie in unserem Land.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Ich meine auch Versetzungen in den vorzeitigen Ruhestand.

Deswegen ist die „Filz-Debatte“ bei dieser Regierung in diesem Land aufgrund der Praxis mit Sicherheit fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Minister Stächele: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Zeller und Abg. Stickelberger SPD: Freiheit und Verantwortung!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wenn wir verantwortlich mit diesem Thema umgehen wollen, dann sollten wir hier vor allem nicht die Schau der Scheinheiligkeit abziehen. Es ist gerade schon angedeutet worden – und ich habe das aus berufenem Munde eines derer, die es wissen müssen, gehört –, dass sich immer dann, wenn in irgendeinem landesbeteiligten Unternehmen in Baden-Württemberg in der Vergangenheit Spitzenpositionen zu vergeben waren,

(Zuruf von der SPD: Da war die FDP/DVP beteiligt!)

alle Couleurs bei ihm die Türklinke in die Hand gegeben haben. Ein paar Beispiele sind ja gerade eben genannt worden.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das können Sie aber nicht ernsthaft von uns behaupten! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Die Grünen sind da zu grün dazu!)

– Okay. Ich sage das einfach. Man weiß

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das wissen Sie nicht! Wir haben noch nie die Klinke irgendwo geputzt!)

aus genannten Beispielen, dass das so ist.

(Unruhe)

Zweitens: Deswegen nützt es jetzt doch überhaupt nichts, hier Vergangenheitsbewältigung zu betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es geht doch darum, für die Zukunft Lehren aus dem zu ziehen, was offensichtlich nach Meinung vieler hier drin möglicherweise nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich bedauere zunächst einmal etwas ganz gewaltig. Ich erinnere mich sehr gut, wie hier beim Kollegen Schäuble stehende Ovationen stattgefunden haben, und zwar im Wissen, um welchen Posten er sich bewirbt. Diese Ovationen sind auch von Ihnen erfolgt. Er hat es nicht verdient, aufgrund der jetzigen Debatte persönlich attackiert zu werden, übrigens auch der Kollege Repnik nicht.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wer hat denn hier persönlich attackiert?)

(Dr. Noll)

Das ist jetzt meine Verantwortung: Wenn wir immer davon reden, dass das Parlament in seiner Zusammensetzung aus den unterschiedlichen Bevölkerungs- und Berufsgruppen nicht repräsentativ sei, frage ich Sie einfach einmal verantwortlich: Welches Signal geben Sie einer Justizministerin, die ihre Kanzlei aufgibt,

(Abg. Drexler SPD: Die hat die Kanzlei nicht aufgegeben!)

einem Apotheker, der seine Apotheke aufgibt? Welches Signal geben Sie denn, wenn Sie sagen: „Wenn du dich auf Zeit in der Politik engagiert hast, bist du automatisch für bestimmte Unternehmen disqualifiziert.“?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das muss man doch einmal sehen. Die beiden genannten Personen haben es schlicht und einfach nicht verdient, dass man das jetzt an ihnen festmacht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So viel auch zum menschlichen Umgang miteinander.

(Unruhe)

Wenn man ein Übel erkannt zu haben glaubt – ich glaube, es ist nicht verborgen geblieben, dass dies auch in der öffentlichen Wirkung, natürlich auch durch Sie unterstützt, aber auch durch Nachfragen, so gesehen wurde –, muss man fragen: Wie können wir das Übel beseitigen? Da gibt es in der Medizin eine Möglichkeit. Ich mache jetzt keinen solchen Schnellschuss wie Sie gerade mit einer nur symptomatischen Behandlung des vermeintlichen Übels. Ich bin gewohnt, an die Wurzel des Übels zu gehen, wenn man es als solches sieht. Was ist denn die Wurzel des Übels?

(Zurufe von der SPD)

Da wünsche ich mir künftig eine große Koalition hier drin in Bezug auf unsere Meinung, dass Staatseinfluss in privatwirtschaftlichen Betrieben eigentlich eher nichts zu suchen hat

(Abg. Drexler SPD: Dann macht es doch! – Abg. Fischer SPD: Hören Sie doch auf! Sie sind doch darin unehrlich!)

und dass wir deswegen nicht wie Sie, um Löcher im Haushalt zu stopfen, sondern aus ordnungspolitischen Gründen Privatisierung haben wollen.

Auch da ist die Wahrheit konkret. Es ist nichts Neues, dass sich die FDP/DVP auch die Staatliche Toto- und Lotto-Gesellschaft durchaus in privater Trägerschaft vorstellen könnte,

(Abg. Zeller SPD: Wie ist es mit Rothaus?)

selbstverständlich mit klaren Rahmenbedingungen, wie die Gewinnverwendung zu sein hat und mit einer Tätigkeitsbeschreibung. Dieser Meinung bin ich schon immer gewesen. Ich glaube, andere sehen dies anders. Spielen ist gut, wenn es der Staat betreibt und es den Leuten anbietet, aber schlecht, wenn es Private betreiben.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Kannst du zum Konkreten nichts sagen, dann flüchte dich ins Grundsätzliche!)

Ich will nichts verharmlosen, zum Beispiel Spielsucht und solche Geschichten. Jedenfalls werden wir dieses Thema – konkret: Spielbanken und Toto-Lotto – im Rahmen der Privatisierung, was ich vorhin in meiner programmatischen Rede gesagt habe, selbstverständlich wieder aufs Tapet bringen,

(Zurufe von der SPD: Wann?)

und das umso mehr nach dem, was jetzt hier passiert ist.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Teßmer SPD: Lächerlich!)

Jetzt drücke ich mich aber nicht darum, dass das in der Tat im Moment noch landesbeteiligte Unternehmen sind. Es ist die Frage: Ist Ihr Antrag verantwortlich und sachgerecht? Und da sage ich: nein. In Ziffer 3 des Antrags geht es darum, die geplante Besetzung der Leitungspositionen zu stoppen. Die wurden jetzt einmal genannt, aber Sie wissen, dass nicht der Ministerpräsident, sondern die Aufsichtsräte zu entscheiden haben.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. Fischer SPD: Jetzt wird es noch peinlicher!)

Nächster Punkt: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir der Überzeugung –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, im Moment nicht. Eine Nachfrage erlaube ich.

Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir auch landesbeteiligte Unternehmen zunächst als Unternehmen an, die unternehmerisch handeln müssen und die genauso wie andere große Unternehmen keine Stellenanzeige für ihren Vorstandsvorsitzenden mit Ausschreibung aufgeben, sondern sich der schon genannten Instrumente – Headhunter, interne Diskussion – bedienen. Übrigens auch Gewerkschaftsposten schreiben Sie nicht aus, sondern intern wird schon vorher darüber diskutiert, wen man den Gremien nachher vorschlägt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Hören Sie doch auf! Das wird doch delegiert!)

Entscheiden tun dann aber die Gremien. Von daher ist schlicht und einfach, wenn man verantwortlich mit dem Thema umgeht, zu sagen: Es ist verantwortlich, sich Gedanken darüber zu machen, wie schnell wir zu Privatisierungen kommen und wie wir in landesbeteiligten Unternehmen künftig ein in der Privatwirtschaft übliches Verfahren einführen können, das im Übrigen die betroffenen Bewerber

(Dr. Noll)

nicht vorzeitig „verbrennt“. Dem genügt Ihr Antrag nicht. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Stickleberger SPD: Wollen Sie Rothaus privatisieren? – Abg. Teßmer SPD: Große Gosch und dann nichts machen!)

Stellv. Präsidentin Christa Voss schulze: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

(Lebhafte Unruhe)

Ministerpräsident Teufel: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst mit den Fragen beschäftigen, welche Bürger im Zusammenhang mit der Besetzung der Geschäftsführerstellen von Rothaus und der Toto-Lotto-Gesellschaft stellen. Dann will ich auf Ihre Angriffe eingehen.

(Zuruf von der SPD: 10 Millionen!)

Erstens: Sind die beiden vorgeschlagenen Persönlichkeiten – Dr. Thomas Schäuble und Dr. Friedhelm Repnik – für die Aufgabe geeignet? Das ist die erste Frage, die zu Recht auch in dieser Debatte gestellt worden ist.

Beide waren bisher über Jahre Mitglieder der Landesregierung. Sie haben je ein großes klassisches Ressort geleitet. Sie haben einen Personalkörper geführt, der erheblich größer ist als die Belegschaft von Rothaus und der Toto-Lotto-Gesellschaft. Sie haben sich in ihrer Führungsaufgabe, die immer unter der Kontrolle des Landtags und der Öffentlichkeit stand, bewährt. Sie kennen ihre Arbeit. Es ist wirklich nicht in Ordnung, diesen beiden Persönlichkeiten die Befähigung für die Führung eines Unternehmens abzusprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wer hat denn das gemacht? – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Noll hat es noch deutlicher gesagt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hat gar niemand gemacht!)

– Dann bin ich unglaublich dankbar. Dann ist aber auch gar nichts gegen die Besetzung zu sagen, wenn sie für diese Aufgabe unzweifelhaft auch aus der Sicht der Opposition geeignet sind. Das ist mehr, als ich erwarten konnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Wechsel von Führungspersönlichkeiten in der Wirtschaft zwischen Unternehmen selbst unterschiedlicher Branchen ist häufig. Was an Führungsqualitäten in einem mittelständischen Unternehmen notwendig ist, bringen beide mit. Schon vor ihrer Minister-tätigkeit hatten sie als Oberbürgermeister bzw. als Selbstständiger wirtschaftliche Erfahrungen und Führungserfahrungen gesammelt. Beide seitherigen Minister sind für die vorgesehene Aufgabe geeignet und bestens vorbereitet. Das wird auch die Zukunft zeigen.

Meine Damen und Herren, ich verweise darauf, dass wir vor Jahren eine ganz ähnliche Diskussion bei der Besetzung

des jetzigen Direktors von Rothaus, Herrn Dr. Norbert Nothhelfer, hatten. Er war Regierungspräsident, vorher Landrat und vorher Bundestagsabgeordneter.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Natürlich ist damals von Ihnen die Frage gestellt worden – ich habe sie noch ganz deutlich in Erinnerung –: Was versteht der vom Bierbrauen? Damals wurde gefragt, was er von dem neuen Geschäft verstehe. Die Frage ist längst verstimmt. Dr. Nothhelfer hat die Rothaus-Brauerei hervorragend geführt, hat den Umsatz verdreifacht und sie zur profitabelsten deutschen Brauerei gemacht –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hört, hört!)

zum Nutzen des Landes Baden-Württemberg!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich sage es nicht aus taktischen Gründen, sondern aus Überzeugung, weil ich die Persönlichkeiten und ihre Arbeit kenne: Genauso bewährt hat sich der frühere Wirtschaftsminister Dr. Schwarz, SPD, der direkt nach seinem Ausscheiden als Wirtschaftsminister Geschäftsführer des öffentlichen Unternehmens Gasversorgung Süddeutschland geworden ist und dieses Unternehmen über Jahre erfolgreich geführt hat.

(Abg. Straub CDU: Gab es da eine Ausschreibung? – Minister Stächele: Da gab es keine Ausschreibung!)

Genauso bewährt – das habe ich bei seinem Ausscheiden gesagt – hat sich der ehemalige SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses des Landtags Hans Beerstecher, als er zum Mitglied des Vorstands der Landeskreditbank berufen wurde.

Einen weiteren SPD-Abgeordneten dieses Landtags, auch Vorsitzender des Finanzausschusses, Professor Puchta, haben wir in die Führungsverantwortung der Landeskreditbank berufen.

(Zuruf von der SPD: Der ist aber bald wieder gegangen!)

Alle diese Entscheidungen haben sich bewährt. Wir haben auch nur solche Vorschläge von Ihnen akzeptiert, von denen wir sicher waren, dass die Vorgeschlagenen sich auch bewähren würden. Sie stellen das so dar, als wäre es etwas völlig Neues und etwas Unverantwortliches. Ich sage, in der Geschichte des Landes gibt es zahlreiche erfolgreiche Beispiele aus allen Fraktionen. Wir sollten nicht die Tätigkeit von Abgeordneten, von Finanzausschussvorsitzenden, von Regierungsmitgliedern selber so einschätzen, dass sie für nichts anderes geeignet wären als für die Tätigkeit des Abgeordneten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Das ist doch nicht die Frage!)

Die zweite Frage, die Bürger zu Recht stellen und die beantwortet werden muss, lautet: Schustern wir verdienten Ministern auf Kosten des Landes und mit öffentlichen Mit-

(Ministerpräsident Teufel)

teln Stellen zu in einer Zeit, in der Arbeitnehmer und Rentner weniger bekommen?

(Abg. Teßmer SPD: Ja?)

– Ja, die Frage beantworte ich: Auf gar keinen Fall. Beide Anwärter – für Rothaus und Toto-Lotto – bekommen keinen Euro mehr an Bezügen, wie sie jeder externe Bewerber erhalten würde. Keinen Euro mehr! Was ist das dann für eine Zuschusterung?

(Zurufe von der SPD)

Das muss einfach einmal gesagt sein, weil Sie bewusst Nebel werfen und den Eindruck erwecken, dass etwas Unsehrliches geschehe.

(Unruhe)

Dritte Frage der Bürger ist: Werden die beiden Herren Dr. Repnik und Dr. Schäuble begünstigt, indem sie Versorgungsbezüge des Landes aus ihrer seitherigen Tätigkeit als Minister neben der Vergütung ihrer neuen Aufgabe bekommen? Die Antwort: Nein.

(Abg. Capezzuto SPD: Seit zwei Tagen! – Widerspruch bei der CDU)

Ich bin dankbar, dass Sie diesen Zwischenruf machen und sagen, dass es vorher so gewesen wäre. Ich möchte Ihnen sagen – der Finanzminister ist mein Zeuge –,

(Oh-Rufe von der SPD)

der Finanzminister hat Vorverhandlungen über einen Vertrag mit Dr. Thomas Schäuble geführt. Er hat das auch zweimal mit mir besprochen. Die Verhandlungen laufen seit Wochen. Der Finanzminister hat mir vor Wochen vorgeschlagen, dass jeder einzelne Euro der Versorgungsbezüge des Innenministers Schäuble bei Rothaus auf die Besoldung angerechnet wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Es ist nicht wahr, dass das die Antwort auf die Diskussion der letzten zwei, drei Tage wäre.

(Unruhe bei der SPD)

Mit Minister Dr. Repnik sind noch keine solchen Gespräche geführt worden. Aber es ist doch völlig klar, dass wir, wenn wir Herrn Schäuble so behandeln, Herrn Repnik nicht anders behandeln. Ich sage noch einmal: Wir hatten zu keiner Stunde etwas anderes vor. Wir werden also in beiden Fällen die gesamten Versorgungsbezüge auf Heller und Pfennig von den Vergütungen der Geschäftsführer abziehen. Sie erhalten keinen Euro mehr, weil sie Minister waren, keinen Euro mehr als externe Besetzungen.

Wenn die Frage bejaht wird, dass sie für diese Position geeignet sind, wenn sie zweitens nicht mehr bekommen als jeder externe Bewerber und wenn sie drittens ihre ganzen Versorgungsbezüge angerechnet bekommen, dann frage ich mich schon, was bei dieser Besetzung nicht in Ordnung sein soll.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Nun zur Ausschreibung. Lassen Sie mich das bitte einmal im Zusammenhang darstellen. Sie wissen ganz genau, dass Ausschreibungen bei Leitungsfunktionen von Unternehmen möglich, aber nicht zwingend sind. Sie sind nicht einmal üblich. Auch andere Auswahlverfahren orientieren sich am Wohl des Unternehmens und an den üblichen Kriterien für die Auswahl. Gerade für Führungspositionen in der Wirtschaft ist die öffentliche Ausschreibung unüblich.

In den letzten Tagen und Wochen hatten wir allein im Land drei Fälle gehabt. Gestern wurde der debis-Geschäftsführer neu berufen. Haben Sie zuvor eine Ausschreibung gelesen? In der letzten Woche wurde der Vorstandsvorsitzende von Siemens neu berufen. Haben Sie zuvor eine Ausschreibung gelesen? Die Stelle des Vorsitzenden der Geschäftsführung von Bosch ist vor wenigen Wochen neu besetzt worden. Haben Sie zuvor eine Ausschreibung gelesen? Haben Sie bei einer Aktiengesellschaft in Baden-Württemberg oder darüber hinaus überhaupt Ausschreibungen gelesen?

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich will nicht sagen, dass dies unmöglich wäre. Vielmehr geht es mir darum, dass nicht der Eindruck erweckt wird, Ausschreibungen würden überall sonst erfolgen, nur wir würden sie nicht vornehmen. Das ist einfach nicht in Ordnung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich sind auch die Spitzenpositionen, die durch SPD-Abgeordnete und ehemalige SPD-Minister besetzt wurden, zuvor nicht ausgeschrieben worden.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Pfisterer zur SPD: Scheinheilig!)

Die Berufung erfolgte, weil die Persönlichkeiten geeignet waren. Damals, muss ich sagen, habe ich gar keine Drucksache gelesen, in der die SPD im Landtag von Baden-Württemberg eine Ausschreibung beantragt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Minister Stächele: Was? Antrag zurückziehen!)

Hätten wir jetzt, meine Damen und Herren, einen SPD-Bewerber zum Zuge kommen lassen – es gehört nicht viel Fantasie dazu, diese Frage zu beantworten –, dann gäbe es den SPD-Wunsch auf Ausschreibung ganz gewiss nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Dann gäbe es diese Debatte nicht!)

Ich frage mich: Was ist das für eine doppeldeutige Haltung?

(Abg. Seimetz CDU: Scheinheilige Veranstaltung!)

Meine Damen und Herren, in unser aller Interesse wäre es gut,

(Minister Stächele: Es wird immer stiller im SPD-Lager!)

(Ministerpräsident Teufel)

wir hätten in Deutschland ganz selbstverständlich auch den Wechsel von der Politik in die Wirtschaft und von der Wirtschaft in die Politik, wie es in vielen Ländern der Welt der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dies würde beiden Seiten nutzen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Jetzt komme ich zum Antrag der SPD und zur Kritik an der Besetzung. Dazu möchte ich nur sagen: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr wahr!)

Die Grünen und vor allem die SPD sollten sich mit Kritik an der Besetzung von Führungspositionen in staatseigenen und staatsnahen Unternehmen mit Politikern äußerst zurückhalten.

Ich nenne folgende Beispiele – auch mit einer Bewertung von mir –: Das frühere SPD-Parteivorstandsmitglied, die Bundestagsabgeordnete Ingrid Matthäus-Maier, ist 1999 als Vorstandsmitglied der bundeseigenen KfW in Frankfurt berufen worden.

(Minister Stächele: Ohne Ausschreibung! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Da ich selbst im Aufsichtsrat dieses Unternehmens bin, kann ich die Arbeit von Frau Matthäus-Maier beurteilen, und ich beurteile sie gut. Das war eine gute Besetzung.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Alfred Haas: War da eine Ausschreibung?)

Ich bringe das nächste Beispiel: Der SPD-Landtagsabgeordnete Friedel Neuber aus Nordrhein-Westfalen wurde der allmächtige Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, mächtiger als jeder Minister und Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen.

(Minister Stächele: Ohne Ausschreibung! – Zuruf von der SPD: Haasis!)

Ich bringe Ihnen das nächste Beispiel, eines aus den letzten Tagen. Vor wenigen Wochen mussten in der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen der Leiter der Grundsatzabteilung und sein Stellvertreter abberufen werden, weil sie nachgewiesenermaßen überhaupt nur SPD-Parteiarbeit gemacht haben. Jetzt lese ich Ihnen ein Zitat aus dem „Focus“ vom 7. Juni 2004 vor:

Für seinen ehemaligen Chefplaner Werner Kindsmüller . . . hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Peer Steinbrück . . . einen hoch dotierten Job geschaffen.

– Neu geschaffen, wohlgermerkt.

Kindsmüller, der wegen Verquickung von Staatsaufgaben und Parteiarbeit von seinem Abteilungsleiterposten abberufen wurde, darf zu gleichen Konditionen (Besoldungsgruppe B 7 . . .) in der Staatskanzlei weiterarbeiten.

Zum 1. Juni wurde der Spitzenbeamte zum „Chefkoordinator“ zwischen NRW-Förderbank und Landesregierung berufen,

(Zurufe von der CDU: Oi!)

um den Einsatz staatlicher Fördermittelprogramme in dreistelliger Millionenhöhe zu steuern.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: Zugabe!)

Also wir schaffen keine neuen Positionen

(Abg. Gaßmann SPD: Doch!)

für SPD- oder CDU-Mitglieder, die man vorher entlassen musste, meine Damen und Herren.

Die Beispiele, die mir nur in den letzten zwei Tagen eingefallen sind: Der frühere Kanzleramtsminister Bodo Hombach – vielleicht erinnern sich noch manche an den Namen – trat im Zuge des Bekanntwerdens um Unstimmigkeiten bei der Finanzierung seines Eigenheims zurück; dennoch wurde er von der rot-grünen Bundesregierung nominiert als EU-Koordinator für den Balkan.

Ich nenne Ihnen ein positives Beispiel: Der frühere Bundeswirtschaftsminister Müller wurde nach seinem Ausscheiden Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG, die öffentlich gefördert wird. Ich stelle ausdrücklich nicht seine Qualifikation infrage.

(Abg. Birzele SPD: Der kam ja aus Düsseldorf!)

Meine Damen und Herren, die SPD-Politikerin und frühere Gewerkschaftsvorsitzende Monika Wulf-Mathies ist nach ihrem Ausscheiden als EU-Kommissarin nunmehr Leiterin des Zentralbereichs Politik bei der Deutschen Post, einem Bundesunternehmen.

(Abg. Reichardt CDU: Das macht sie sehr schlecht!)

Ich kritisiere das nicht, denn sie ist eine gute Frau. Aber ich wundere mich über Ihre Kritik, wenn wir eine Besetzung mit einem qualifizierten CDU-Mann vorsehen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Damit er das Ministeramt verlässt!)

Hartmut Meyer, der SPD-Mann, war bis Herbst 2003 Verkehrsminister von Brandenburg und hat im Dezember 2002 ein Geschäft mit der DB Regio, der Nahverkehrstochter der Bahn, abgeschlossen: Laufzeit zehn Jahre, garantierte Einnahme für die Bahn insgesamt 1,9 Milliarden € Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft, denn noch während seiner Amtszeit als Verkehrsminister – so die Staatsanwaltschaft – habe Meyer mit der Bahn über einen Beratervertrag gesprochen. Im Februar 2004 wurde er als Beauftragter des Bahnvorstands für Brandenburg engagiert.

Das scheint überhaupt die große Masche zu sein, denn der frühere SPD-Ministerpräsident und Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt ist jetzt Beauftragter des Bahnvorstands für das Saarland; die Bahn ist bekanntlich ein Bundesunternehmen. Der frühere Bürgermeister von Bremen, Klaus

(Ministerpräsident Teufel)

Wedemeier, ist jetzt Beauftragter des Bahnvorstands für das Land Bremen.

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Wolfgang Roth, früherer Bundestagsabgeordneter der SPD aus Pforzheim, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist seit 1993 Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank. Auch das war eine gute Besetzung.

Nur, meine Damen und Herren: Die Roten ins Töpfchen, die Schwarzen ins Kröpfchen – was ist das für eine Heuchelei!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir sollten damit aufhören, jemanden nur deswegen schlechtzureden, weil er von einer anderen Partei kommt. Wir sollten auf Qualität setzen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das sagen die Richtigen!)

Deshalb haben Sie von mir niemals ein Wort der Kritik gehört – nicht bei Dieter Puchta, nicht bei Hans Beerstecher, nicht bei Ingrid Matthäus-Maier, nicht bei Monika Wulf-Mathies, nicht bei Wolfgang Roth. Warum? Weil es der Anstand gebietet, Menschen mit einer beachtenswerten Lebensleistung, die eine neue Aufgabe übernehmen, die ihnen gebührende Chance auch tatsächlich zu geben und sie gegebenenfalls später zu kritisieren, wenn sie nicht das gebracht haben, was man erwartet hat. Die meisten der Genannten haben diese Chance auch genutzt – auch, weil sie zuvor Politiker waren, und nicht, obwohl sie Politiker waren.

Nun muss ich, weil Sie so sehr vom Leder gezogen haben, lieber Herr Kollege Drexler, noch etwas hinzufügen. Häufig, wenn eine Führungsposition in einem landesbeteiligten öffentlichen Unternehmen in Baden-Württemberg zu besetzen ist, bekomme ich Besuch vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, nämlich von Herrn Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Wann?)

Er macht mir dann Vorschläge aus seinen Reihen, zuletzt bei der Vorstandsbesetzung der LKB, aber auch in einer ganzen Reihe anderer Fälle.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Abg. Teßmer SPD: Aber nicht für sich!)

Es waren dann gute Entscheidungen, wenn wir uns ohne Ausschreibung für qualifizierte SPD-Bewerber entschieden haben. Das wären natürlich auch heute gute Entscheidungen. Nur: Wenn wir einen qualifizierten CDU-Bewerber nehmen, ist das eine Landtagsdebatte wert.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist doch überhaupt nicht der Punkt!)

Das ist nicht glaubwürdig. Das ist doppelte Moral.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht sehr hilfreich, Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Praxis, die Sie jetzt auch bei der Besetzung der Führungspositionen bei Toto-Lotto und Rothaus geübt haben, mit der Aussage zu legitimieren versuchen, dass dies die übliche Praxis im politischen Leben sei.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Also! Deswegen für die Zukunft!)

Was macht das besser? Nichts macht es besser!

(Abg. Drexler SPD: Eben! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Für die Zukunft!)

Das zeigt nur, dass man dem endlich ein Ende setzen muss,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber durch Privatisierung!)

dass der eine – ich sage es jetzt einmal drastisch – Gaunereien mit Gaunereien des anderen legitimieren kann.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Hauk CDU: Also bitte! Bleiben wir bei der Realität! – Abg. Dr. Birk CDU: Mäßigen Sie sich! – Minister Stächele: Herr Kretschmann, Sie haben sich in der Wortwahl vergriffen! Nehmen Sie die „Gaunereien“ zurück! – Abg. Fleischer CDU: Nimm die „Gaunereien“ lieber gleich zurück!)

– So klingt es doch! So klingt es doch wirklich! Das geschieht doch alles nach dem Grundsatz der Gleichheit im Unrecht. Das ist aber, wie jeder wissen sollte, kein Rechtsgrundsatz. Ich meine, Herr Ministerpräsident, damit können Sie niemanden beeindrucken. Vielmehr bestärkt einen die Agenda, die Sie hier vorgelesen haben, in der Auffassung, dass man mit der angesprochenen Praxis endlich einmal Schluss machen sollte. Das ist jedenfalls unsere Auffassung.

Sie haben kein einziges Argument gegen eine Ausschreibung von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen gebracht.

(Abg. Drexler SPD: Nichts!)

Sie haben lediglich gesagt, dass das nicht immer üblich sei. Das mag ja sein.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In der Privatwirtschaft selten!)

Wir sind der Ansicht, dass bei landeseigenen Unternehmen, die unter einer besonderen öffentlichen Beobachtung stehen und bei denen wir als Parlament eine Verantwortung haben, eine Ausschreibung gemacht werden sollte, damit saubere Verhältnisse bestehen und gar nicht erst der Verdacht aufkommen kann, dass hier Vetterleswirtschaft herrscht. Es ist jedenfalls auffällig, dass die Führungspositionen aller landeseigenen Unternehmen und landesnahen Institutionen praktisch immer nur durch CDU-Parteimitglieder besetzt werden.

(Kretschmann)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wo können Sie andere Beispiele nennen?

Der Grundsatz, der für die Besetzung öffentlicher Ämter gilt – und wir tun gut daran, diesen auch auf landeseigene Unternehmen anzuwenden –, lautet, die Ämter nach Leistung, Eignung und Befähigung zu besetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Befähigt sind eben nicht nur Minister, die amtsmüde sind

(Abg. Wieser CDU: Aber auch! Aber auch!)

oder die Sie vor die Tür setzen,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

befähigt sind möglicherweise auch Hunderte von anderen Leuten, die dieselbe Qualifikation, Eignung und Befähigung für diese Führungsaufgaben haben,

(Abg. Wieser CDU: Die sitzen alle in der Bundesregierung!)

und darum geht es. Wenn Ihre amtsmüden Minister oder die Minister, die Sie nicht mehr haben wollen, besser sind als die anderen Bewerber, werden sie solche Ausschreibungen gewinnen; das ist gar keine Frage. Dann ist das Problem gelöst und werden die Unternehmen von den besten Leuten geführt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dass das auch Minister sein können, hat noch nie jemand angezweifelt.

Wir haben während der ganzen Auseinandersetzung in keinem einzigen Satz angezweifelt, dass die beiden genannten Personen grundsätzlich ein solches Amt führen könnten. Aber ob sie es erfolgreich führen, Herr Ministerpräsident, weiß man eben erst hinterher.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Auch nach Ausschreibungen übrigens! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist bei jeder Stellenbesetzung so!)

Es ist nun einmal bei Wirtschaftsunternehmen so, dass man das erst hinterher weiß.

Sie haben das Beispiel von Herrn Nothhelfer rauf- und runterbetet. Ich kann auch gerne das Beispiel von Herrn Goll von der EnBW rauf- und runterbeten, der die EnBW mit einer völlig abstrusen Einkaufspolitik an den Rand der Insolvenz gebracht hat. Das ist das negative Beispiel einer Politik, bei der man Ämter einfach mit Leuten aus dem eigenen Stall besetzt. Damit muss Schluss gemacht werden, um saubere Verhältnisse im Sinne der politischen Kultur und im Sinne der Führung der Unternehmen zu schaffen. Die haben wir dann, wenn landeseigene Unternehmen ihre Führungspositionen öffentlich ausschreiben. Und wenn andere das auch nicht machen, ist das überhaupt kein Grund, genauso zu verfahren, sondern eher Anlass, hier in Baden-Württemberg und woanders auch mit dieser Praxis aufzuhören.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Durch Privatisierung, jawohl!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Zuruf von der CDU: „Ich ziehe den Antrag zurück“!)

Abg. Drexler SPD: Überhaupt nicht!

Herr Kretschmann hat ja die richtige Begründung gegeben. Wir sind weder für Nordrhein-Westfalen noch für Sachsen, noch für Brandenburg zuständig. Herr Ministerpräsident, Sie machen immer das Gleiche: In dem Moment, in dem es um die eigene Landespolitik geht, weichen Sie immer aus. Ich bin für die Politik anderer Länder nicht zuständig, ich kann auch nicht einschätzen, warum sie so betrieben wird. Deshalb kann ich dazu nichts sagen. Ich kann Ihnen jetzt auch herunterbeten, wie es zum Beispiel in Hessen ist, ich kann Ihnen herunterbeten, wie es in anderen Bundesländern ist,

(Abg. Zeller SPD: Bayern!)

beispielsweise in Bayern. Aber was hätte das denn für einen Sinn? Wir sind verantwortlich für unser Land und haben die Frage zu beantworten: Ist das, was jetzt passiert ist, richtig oder nicht?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Stächele)

Die Aussage – Sie haben formuliert, ich wäre jedes Mal gekommen, wenn eine Position zu besetzen gewesen sei – nehme ich Ihnen schon übel, weil sie so nicht stimmt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt nicht?)

– Sie haben gesagt, immer dann komme der Herr Fraktionsvorsitzende Drexler. Ich will das schon sagen. Ich sage aber nicht, was Sie mir dann gesagt haben, weil ich noch immer der Meinung bin – –

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie waren also dort! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie waren da nie ein Thema, Herr Haas!)

– Ja, ich werde das jetzt sagen.

Erstens: Es gab die Frage Rechnungshof. Ich habe – das stand auch in der Zeitung; dazu stehen wir auch – das berechnete Interesse der SPD-Fraktion geltend gemacht, im Senat des Rechnungshofs mit einer Person vertreten zu sein. Das war das eine Mal, Herr Ministerpräsident. Ich weiß nicht, ob man das mit einem Herauskaufen von Ministern vergleichen kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zweitens: Beerstecher und Puchta haben sich bei Ihnen oder bei der Bank jeweils privat beworben und sind wegen ihrer Fähigkeiten genommen worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

(Drexler)

– Ja, ja. Ich komme noch darauf. – Als Herr Dr. Puchta nach Berlin abgeworben wurde, hatten wir ein Gespräch. Damals habe ich gefragt, ob es Sinn macht, dass sich Mitglieder unserer Fraktion, die dafür befähigt sind, durch Bewerbung um die Stelle bemühen. Ich will jetzt nicht sagen, was Sie mir gesagt haben, unter welchem Druck Sie stünden; Sie haben dann gesagt, das mache nicht arg viel Sinn, und deswegen gab es auch keine Bewerbung. Ich finde das überhaupt nicht anstößig.

Drittens: Die SPD-Fraktion hat wie alle anderen Fraktionen auch ein Interesse daran, dass ihre parlamentarischen Berater, die aus dem Landesdienst kommen, irgendwann – obwohl sie bei der SPD sind – auch wieder in den Landesdienst zurückkehren können. Denn anderenfalls würde es keinen Sinn machen, sie als Beamte zu beschäftigen. Das war das dritte Mal, als ich Sie aufgesucht habe. Ich glaube, das kann man mit der Art und Weise, wie es jetzt bei Toto-Lotto geschieht, nicht vergleichen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann
GRÜNE)

Ansonsten ist der SPD-Fraktionsvorsitzende Drexler nicht bei Ihnen gewesen und hat versucht, irgendwelche Geschichten abzumachen, damit die SPD irgendeinen Posten bekommt. Ich glaube, die drei genannten Bereiche sind nachvollziehbar und können in der Öffentlichkeit durchaus auch behandelt werden. Ich glaube, ich habe da auch ein sehr gutes Gewissen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Glauben heißt nicht wissen! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Das war ein Gespräch zwischen Ehrenmännern, nicht mit dir! – Lebhaftige Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Unruhe – Abg. Mack CDU: Das sagt gerade der Richtige! Der Capezzuto ist von der ehrenwerten Gesellschaft!)

Herr Ministerpräsident, es geht auch darum, dass es nicht nur die zwei Fälle bei Rothaus gibt. Es gibt auch den Fall LfK, es gibt den Umstand, dass man Leute aus dem Staatsministerium bei der Landeszentrale für politische Bildung unterbringen will. Es geht auch darum, dass es seit einiger Zeit – da will ich überhaupt keine Kritik äußern – aktive Abgeordnete der CDU-Fraktion gibt, die auch bei der EnBW arbeiten. Aber es ist doch auffällig, dass mehrere abgewählte Abgeordnete der CDU-Fraktion und abgewählte Oberbürgermeister bei der EnBW untergebracht wurden.

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Alfred Haas und Schneider: Auch SPD!)

– Nein! Abgewählte SPDler gibt es nicht! Gibt es nicht!

(Heiterkeit)

Abgewählte SPDler gibt es nicht. Nein.

(Abg. Oettinger CDU: Pforzheim, Herr Kollege!
Pforzheim!)

Ich sage nur: Dies alles könnte man noch aufführen. Nur um dies deutlich zu sagen: All dies hat weder mit irgendeinem Patronat begonnen, noch hat die SPD im Grunde ge-

nommen die Möglichkeit und die Macht, Parteileute irgendwo unterzubringen. Das ist bei Ihnen anders. Insofern kommt jetzt die Frage auf, wie das Land regiert wird. Gerade eine Partei, die lange regiert, hat besonders darauf zu achten, dass die Institutionen, für die sie steht, nicht beschädigt werden. Ich sage Ihnen: Das ist schon in der Vergangenheit passiert, aber jetzt häuft es sich. Wegen dieser Häufung haben wir Sie heute auch gestellt.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie einen Minister nicht mehr in der Regierung haben wollen, ist es etwas ganz anderes, wenn Sie ihm eine Stelle anbieten, unabhängig davon, dass Sie diese Stelle auch anders, mit jemand Jungem, besetzen könnten. Unsere Kritik lautet, dass Sie nicht nach dem Land fragen, sondern dass Ihr Angebot ein parteipolitischer Schachzug war.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE)

Das ist ein großer Unterschied. Es ist schon so, dass wir nicht für Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bremen verantwortlich sind, Herr Ministerpräsident

(Abg. Zeller SPD: Bayern!)

– auch nicht für Bayern. Wir sind für Baden-Württemberg verantwortlich.

Ich sage Ihnen, es gab 1994 einen guten Grund dafür, die Stelle des Geschäftsführers bei Toto-Lotto auszuschreiben. Der frühere Abgeordnete Wetter hat damals mit Skandalen,

(Abg. Zeller SPD: Vetterleswirtschaft!)

dem Verteilen von Geldern usw. sogar einen riesigen Bericht des Landesrechnungshofs ausgelöst. Die SPD hat damals nicht darauf gedrungen, diesen Posten mit irgendjemand Bestimmtem zu besetzen, sondern sie wollte eine Ausschreibung. Nach meiner Meinung ist das die einzige Chance, einen fairen Wettkampf hinzubekommen. Da hätten sich auch andere Leute bewerben können.

Herr Crusen hat Toto-Lotto hervorragend aus dieser Geschichte herausgeholt. Sie haben keinen Grund angegeben, weshalb Sie diesmal nicht ausgeschrieben haben. Im Übrigen hätte Herr Crusen auch weiterarbeiten können.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Er hätte es auch weiterhin gemacht! Das wollte er ja!)

Sie haben ihn nicht weitermachen lassen, obwohl Sie sonst ständig der Auffassung sind, man solle bis 65 oder sogar 67 Jahren arbeiten. Herr Crusen ist 63 Jahre alt. Aber man hat wohl schon länger das Ziel gehabt: „Repnik muss raus!“ Deshalb hat man ihm diese Stelle angeboten, und im Nachhinein wird alles Mögliche verbrämt. Das ist ein großer Unterschied.

So etwas passiert in diesem Land öfter. Der Fall LfK ist bloß ein Beispiel dafür. Der Regierungssprecher soll Präsident der LfK werden. Inzwischen wird vom Staatsministerium eine neue Ausschreibung befohlen, weil er einen Bescheid nicht bekommt oder weil er sich nicht an den Landespersonalausschuss wenden will. Alle diese Dinge werden von den Leuten zur Kenntnis genommen.

(Drexler)

Wenn Sie das haben wollen und wenn Sie die öffentlichen Empfindlichkeiten nicht mehr wahrnehmen, dann machen Sie, Herr Ministerpräsident, und die CDU-Fraktion nur so weiter. Wenn Sie aber wollen, dass es ein faires Verfahren gibt, dann stoppen Sie diese Berufungen jetzt. Dann führen wir ein Ausschreibungsverfahren durch, und daraufhin können sich die Minister bewerben.

Herr Dr. Noll, ich muss schon noch einmal auf Sie zurückkommen. Was Sie hier heute aufgeführt haben, war schon toll. Bei Rothaus sind Sie früher gegen eine Privatisierung gewesen; jetzt schreiben Sie, man solle privatisieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zu Recht!)

Sie äußern sofort nach dem Vorschlag der CDU, diese beiden Posten mit Ministern zu besetzen, Landesbetriebe seien keine Parteibetriebe.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt, ich bin gefragt worden! – Lachen bei der SPD)

Dann stellen Sie sich hier hin –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Soll ich denn da Ja sagen? – Unruhe)

– Das haben Sie gesagt. Dann kommt eine „Orgie“, damit Sie zu dieser Aussage nicht mehr stehen müssen und nicht zu sagen brauchen: „Wir wollen eine Ausschreibung.“ Solange es um Staatsbetriebe geht, gibt es nur eines, nämlich auszuschreiben. Da gibt es gar nichts anderes.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein!)

– Was heißt „Nein“?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Betrieb ist Betrieb, ob vom Staat gelenkt oder von Privaten! Und Ausschreibungen sind eben betrieblich nicht üblich!)

– 1994 ist die Geschäftsführerstelle bei Toto-Lotto ausgeschrieben worden. Seit zehn Jahren sitzt jemand auf der Stelle, der sich auf eine Ausschreibung hin beworben hat und der hervorragende Arbeit macht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Lesen Sie nach, was ich gesagt habe!)

– Ja, ist klar. Ich stelle nur fest: Im Fraktionsvorsitz der FDP/DVP hat sich nichts verändert. Sie reden über Freiheit und Verantwortung, aber wenn man Sie stellt, macht die FDP/DVP wieder genau das Gleiche wie früher.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich stelle Sie dann bei der Privatisierung, Herr Drexler!)

– Dabei haben wir Sie doch schon im Frühjahr gestellt. Es ist jedes Mal das Gleiche.

Ein großes Lob kann ich dem Kollegen Winckler zollen. Ich habe es als wohltuend empfunden, dass es in der CDU-Fraktion wenigstens einen gab, der sofort reagiert hat und gesagt hat, die geplante Besetzung bei Toto-Lotto könne man den Leuten nicht zumuten. Er ist als Aufsichtsratsmit-

glied der Toto-Lotto GmbH zurückgetreten. Das war hochanständig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es hat Ihre Reputation in der Öffentlichkeit möglicherweise einigermaßen gerettet, dass es unter Ihren 63 Abgeordneten einen gibt, der sagt: So geht das nicht!

Wenn man dem Anliegen des zurückgetretenen Aufsichtsratsmitglieds Winckler überhaupt nachkommen will, müsste man heute dem Antrag der SPD zustimmen. Alles andere wäre im Grunde genommen das, was die Leute sagen: Pfründewirtschaft, Herauskaufen von Ministern; weil sie in der CDU sind, kriegen sie die Stellen halt.

Das sollte man beiden Ministern nicht antun, denn offensichtlich sind sie ja qualifiziert. Dann sollen sie sich auch dem Ausschreibungsverfahren stellen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Herr Abg. Fischer, bitte.

Abg. Fischer SPD: Frau Präsidentin, wir beantragen namentliche Abstimmung.

(Oh-Rufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Es wird namentliche Abstimmung beantragt. Ich gehe davon aus, dass die hierfür erforderliche Mehrheit vorhanden ist. – Das ist der Fall.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der antworte mit Nein, wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Dr. Klunzinger, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben S.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

Beteiligt haben sich 119 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt.*

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Enthalten hat sich ein Abgeordneter.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckemann, Weiß, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Zimmermann.

Der Stimme **e n t h a l t e n** hat sich:

Moser.

*

Meine Damen und Herren, ich erteile nun Herrn Abg. Kretschmann das Wort für zwei Sätze.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Persönliche Erklärung?)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe zu der Darstellung des Ministerpräsidenten, dass die Besetzung dieser beiden Unternehmenspositionen mit der Besetzung solcher Positionen in anderen Ländern zu vergleichen sei, in der Debatte gesagt, das erscheine mir, als wenn Gaunerei mit Gaunerei begründet werde. Das tut mir Leid. Da bin ich über das Ziel hinausgeschossen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich nehme den Ausdruck mit Bedauern zurück. Schließlich ist die geplante Besetzung ja nichts Illegales, und bei aller Kritik möchte ich diesen Eindruck natürlich nicht erwecken.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich darf noch bekannt geben, dass der Untersuchungsausschuss „FlowTex“ in zehn Minuten im Haußmann-Saal tagt. Die Sitzung des Wirtschaftsausschusses beginnt in einer halben Stunde im Friedrich-Ebert-Saal. Die Sitzung des Schulausschusses entfällt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 28. Juli 2004, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 15:57 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Umbesetzung in der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“	ordentliches Mitglied	Dr. Noll	Dr. Döring

14. 07. 2004

Dr. Ulrich Noll und Fraktion